

KLEINE CHRONIK

DES STATISTISCHEN BUNDESAMTES



56.689 16/

## WIDMUNG

Zur Einweihungsfeier unseres neuen Gebäudes sei diese „Kleine Chronik eines großen Amtes“ allen denen gewidmet, die sich der statistischen Arbeit im Bund, in den Ländern und Gemeinden verbunden fühlen. In erster Linie will sie aber eine Erinnerungsgabe für die Angehörigen des Statistischen Bundesamtes sein. Ihre Arbeit und ihre Leistungen haben der amtlichen Statistik im Lande und draußen Achtung und Anerkennung eingetragen und damit die wahren Fundamente gelegt für den schönen Bau, den wir mit einigem Stolz nun „unser Amt“ nennen dürfen.

Als wir unsere Arbeit 1947 begannen, fühlten wir uns alle als Angehörige *eines* Amtes, die *einer*, wenn auch sehr vielfältigen Aufgabe dienen. Dann folgten Jahre, in denen das wachsende Amt räumlich mehr und mehr getrennt wurde. Damit entstand die Gefahr, daß dieses Gefühl der Gemeinsamkeit verloren ging. Das ist nun vorbei. Aber die äußere Zusammenführung allein würde nicht viel bedeuten, wenn nicht auch wieder ein stärkerer innerer Zusammenhalt daraus erwüchse. Das kann wohl am ehesten geschehen, wenn jeder weiß, was in dem großen Gebäude gearbeitet wird und wie es kam, daß die Zentrale der Bundesstatistik heute in Wiesbaden steht.

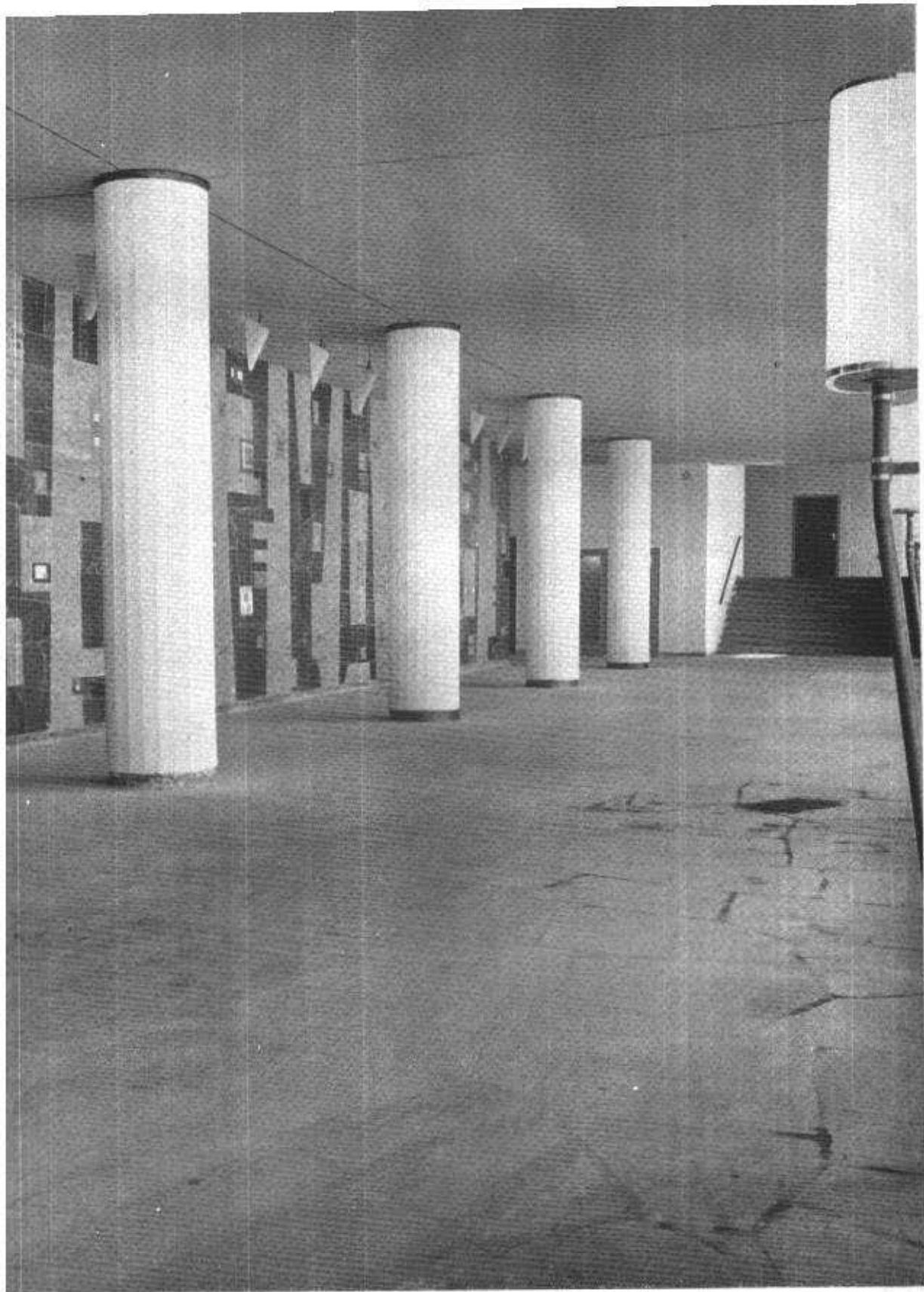
Diesem Ziele will unsere kleine Festschrift dienen. Sie ist für das Haus und nicht für die Öffentlichkeit bestimmt. Damit sie auch gelesen wird und nicht nur den Bücherschrank zierte, wurde auf Goldschnitt und äußere Aufmachung verzichtet — wir haben dafür ohnehin kein Geld. Unsere Bibliotheksreferentin — Archivrätin Dr. *Lisa Kaiser* — hat im modernen Stil mit zahlreichen Vor- und Rückblenden und ohne allzu grimmigen Ernst diese kleine Chronik des Amtes geschrieben. Das war nicht leicht, denn es zeigte sich, daß außer dem, was ältere Amtsangehörige aus der Erinnerung mündlich überliefern konnten, kaum Dokumente vorhanden waren, welche die Chronistin als Quelle hätte benutzen können. Um so wichtiger schien es uns, wenigstens das im Druck festzuhalten, was noch bekannt ist. Dabei mußte allerdings manche besonders hübsche Anekdote oder treffende Charakteristik dem zensierenden Grünstift des Amtsleiters zum Opfer fallen. Vielleicht wurde infolge der Zufälligkeiten der mündlichen Überlieferung die eine oder andere Persönlichkeit oder Tatsache nicht in restlos objektiver Sicht gesehen. Wir haben uns aber immer nach bestem Wissen bemüht, der historischen Wahrheit zu dienen.

Allen, die mit Rat und Tat geholfen haben, daß diese Schrift zustande kam, herzlichen Dank.

*Dr. Gerhard Fürst*

Wiesbaden, zum 1. März 1956

Präsident des Statistischen Bundesamtes



*Eingangshalle des Statistischen Bundesamtes.*

Das Statistische Bundesamt ist am Jahresende 1955 in sein stattliches neues Haus eingezogen und vereinigt nun endlich nach sieben langen Jahren alle seine Abteilungen unter einem Dach. Die Mitarbeiter in Wiesbaden sind inzwischen recht zahlreich geworden — sie haben etwa die Zahl von 1800 erreicht — und so wurde ein Haus gebaut, das mancher brave Kurstädter beinahe für einen Wolkenkratzer halten mag. Es läßt sich seitdem jedenfalls nicht länger verheimlichen, daß Wiesbaden Sitz einer deutschen Zentralbehörde für Statistik geworden ist, nachdem vor mehr als zehn Jahren ein schwerer Luftangriff das Hauptgebäude des Statistischen Reichsamts in Berlin zerstörte.

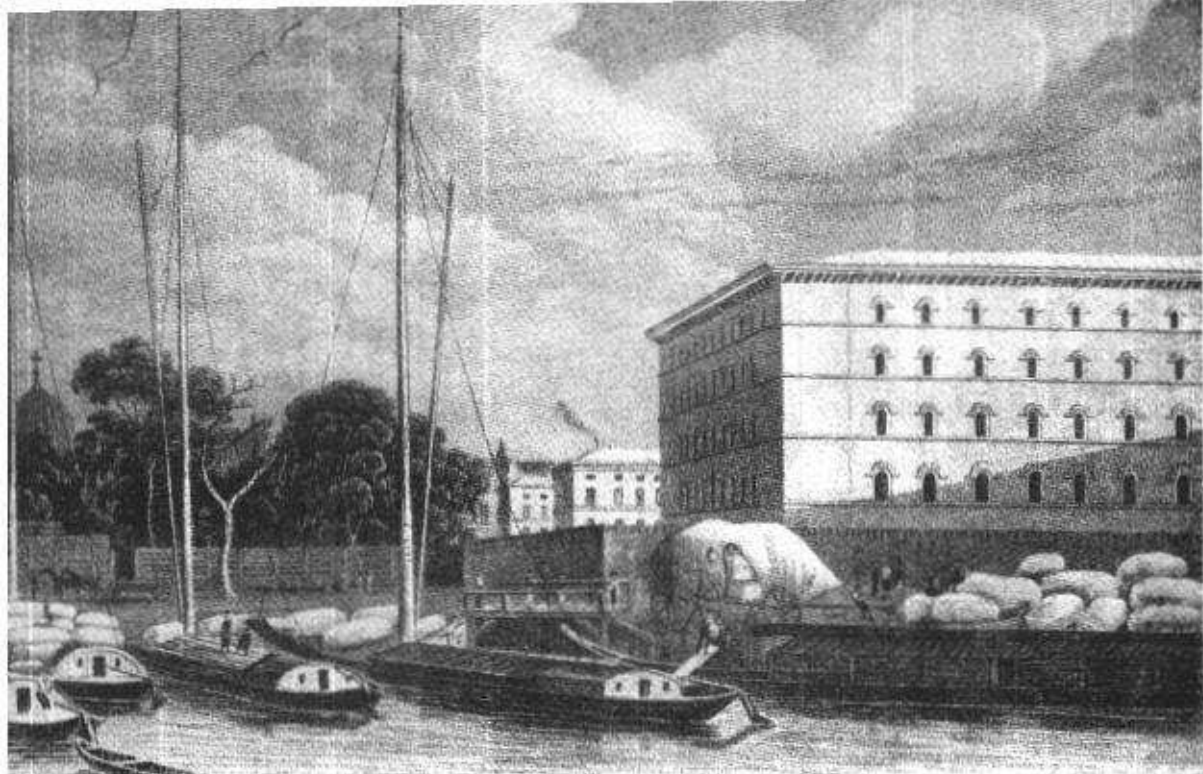
Fast kann man die wechselvolle Geschichte der deutschen statistischen Zentrale an der langen Reihe der Häuser ablesen, die ihr nach- und nebeneinander als Amtssitz dienten. Nur eines von ihnen, das nun auch zerstörte Haus am Berliner Landwehrkanal, ist eigens für diese Behörde gebaut worden. Alle anderen Häuser mußten erst allmählich in für Statistiker mehr oder weniger brauchbare Verwaltungsräume umgestaltet werden, und nicht alle besaßen sie die Voraussetzungen, die der Präsident des Preussischen Statistischen Büros 1913 für einen Neubau forderte: „gutes Tageslicht, reine Luft und tunlichste Ruhe“. Vom Wiesbadener Glas- und Hochhaus dagegen dürfte zumindest die erste Forderung erfüllt sein. Und wenn sich auch bisher in den Amtsräumen der Statistiker immer etwas von der bescheidenen Unauffälligkeit kundgetan hat, in der sich diese Tätigkeit gewöhnlich vollzieht, — sollte dann etwa das neue und nicht mehr so ganz unauffällige Haus ein Zeichen dafür sein, daß die statistische Arbeit auch äußerlich wachsende Anerkennung findet? Trägt doch jeder aufrechte Statistiker das Goethewort in seinem Herzen umher: „Man sagt oft: Zahlen regieren die Welt. Das aber ist gewiß, Zahlen zeigen, wie sie regiert wird.“

Die Geschichte des deutschen statistischen Amtes ist eigentlich — von innen und außen gesehen — ein unaufhörliches Auf-dem-Wege-sein, eine Geschichte des ständigen Um- und Ausbaues der Arbeit, der Organisation und der Unterkünfte, eine Geschichte der Umzüge und Umbauten und der wechselnden Vielzahl von Zweig- und Außenstellen; eine Geschichte, die genau so lebhaft ist wie die Entwicklung der Statistik als Wissenschaft und als wirtschaftspolitisches Instrument im Deutschland der letzten drei Generationen.

Von dieser Geschichte berichtet keine so stattliche, goldverzierte Chronik, wie sie vor dem ersten Weltkrieg das Königlich Preussische Statistische Bureau zu seiner 100-Jahrfeier herausgab. Allerdings ist das Statistische Reichsamt auch viel jünger als das preussische Amt und in einer recht unruhigen Zeit groß geworden. Wir besitzen nur zwei schlichte Gedenkblätter aus den Jahren 1922 und 1932 zum 50- und 60jährigen Bestehen. Jedes Blatt weist schon in den ersten Worten auf die Schwere der Zeit hin, die ein festliches Gedenken der vergangenen Jahrzehnte verbiete.

Auch heute sind wir noch mitten im Wiederaufbau, für den wir alle Kraft nötig haben. Dazu gehört aber auch ein wenig Kenntnis und Verständnis der Anfänge und Entwicklungen, aus denen schließlich das Statistische Bundesamt und sein neues Haus in Wiesbaden hervorgegangen sind.

Diese Anfänge sind eng verbunden mit der Vorgeschichte zur Gründung des Deutschen Reichs im 19. Jahrhundert. Darüber haben wir alle in der Schule gelernt, daß sich eine Anzahl deutscher Länder im Jahre 1834 zu einem Deutschen Zollverein zusammenschloß. Wer von uns weiß aber, daß der ganze Deutsche Zollverein eigentlich nur aus einem kleinen sogenannten „Zentralbüro“ im Neuen Paackhof in Berlin bestand? Im Zeichen der neuen Einigkeit teilten sich ein preussischer und ein bayerischer Kommissar einträchtig in die Oberaufsicht. Der Bürovorstand regierte über einige wenige Schreiber, die von ihren Stehpulten aus das Umladen und Verzollen auf den Schiffen und Fuhrwerken unter ihren Bürofenstern beobachten konnten. Viel Zeit blieb wohl nicht, aus



*Neuer Packhof Berlin 1835*

den Fenstern zu gucken, denn es gab eine Menge Arbeit in dem kleinen Büro: Zunächst mußten da die laufenden Einkünfte des Zollvereins aus den gemeinschaftlichen Zöllen und Steuern auf Heller und Pfennig berechnet werden. Weil diese Einkünfte je nach der Bevölkerungszahl auf die einzelnen „Vereinsstaaten“ verteilt werden sollten, war das Zentralbüro auch dafür verantwortlich, daß jeder Staat alle drei Jahre die Ergebnisse einer neuen Volkszählung meldete. Seit 1843 kamen auch noch Meldungen aus gelegentlichen Gewerbezahlungen hinzu. Aus diesen Zahlen stellten nun die Federkiele einiger eifriger Kanzleischreiber meterlange statistische Tabellen für den Handgebrauch der Länderministerien zusammen. Die erste „Reichsstatistik“ war also eine, freilich noch sehr unvollkommene, Außenhandelsstatistik.

Als der Zollverein immer größer wurde und vor allem die kleinen Staaten mit Argusaugen über ihren Anteil am „Vereinseinkommen“ wachten, zeigte sich, daß die Tabellen des Zentralbüros nicht nur unhandlich, sondern auch ungenau waren. 1857 in Wien, auf einem der ersten internationalen Statistischen Kongresse, als der Belgier Quetelet international vergleichbare Statistiken anregte, machten die deutschen Delegierten zum erstenmal ihrem Kummer über die deutsche Zollvereinsstatistik untereinander Luft und sahen auf dem nächsten Kongreß in Berlin 1863 eine Abhilfe nur in einer „gemeinsamen, einheitlichen deutschen Statistik“. Der Weg dahin schien aber noch weit. Immerhin ärgerte sich der Großherzoglich Hessische Zollvereinsbevollmächtigte, Dr. Fabricius, über die ihm vorgelegten Tabellen 1868 so sehr, daß er sich bei dem Vorsitzenden des Zollvereins, dem Grafen Bismarck, in aller Form schriftlich beschwerte. Er stellte, zugleich im Namen seiner Kollegen, beweglich und ausführlich die größten Mängel dar und beendete seine Klagen mit den Worten:

„Ew. Excellenz stelle ich daher gehorsamst anheim, ob hieraus Veranlassung genommen werden soll, die Vornahme einer Revision der auf die Zollvereins-Statistik bezüglichen Bestimmungen bei dem Bundesrath des Zollvereins in Anregung zu bringen.“

Das Schreiben verfehlte seine Wirkung nicht. 1869, ein Jahr später, berief Bismarck als preußischer Ministerpräsident eine

„Kommission zur weiteren Ausbildung der Statistik des Zollvereins“

nach Berlin. Unter preußischem Vorsitz berieten vom Januar 1870 ab etwa ein Dutzend Statistiker und Verwaltungsbeamte aus den Ländern des Zollvereins in zahlreichen Sitzungen, wie die „für die Kommerzialnachweisungen notwendigen Erhebungen“ zu verbessern seien. Nach der 33. Sitzung brach der deutsch-französische Krieg aus und machte den geruhssamen Beratungen ein Ende.

Als die gleiche Kommission im April 1871 erneut zusammentrat, war aus dem Deutschen Zollverein inzwischen ein Deutsches Kaiserreich geworden. Man begann, sich auch über die Organisation einer zentralen Reichsstelle Gedanken zu machen,

„welcher die Sammlung, Zusammenstellung, Verarbeitung und Veröffentlichung des in Aussicht genommenen reichhaltigen Materials einer gemeinsamen deutschen Statistik zufallen würde“.

Der Reichskanzler Bismarck gab sein Interesse zu erkennen. Und hatten bisher die Verhandlungen nur in den drei vornehmen Stunden des späten Vormittags und in einer Atmosphäre kühler, abgeklärter Ruhe stattgefunden, so treffen sich die „statistischen Kommissare“ jetzt bereits morgens 9 Uhr und gehen nicht vor abends 10 Uhr wieder auseinander. Besonders erhitzen sich die Gemüter bei der Beratung der Methode und Technik einer gemeinsamen Volkszählung und Gewerbestatistik. Nicht nur die Hausväter, nein, auch die Gewerbetreibenden sollen bei den nächsten Erhebungen persönlich Auskunft geben, da diese

„wohl in der größeren Mehrzahl die Vermuthung der Intelligenz für sich haben und darum die Voraussetzung zulässig ist, daß sie kraft dieser Intelligenz auch geeignet sein werden, einige auf ihr Gewerbe bezügliche Fragen gut und wahrheitsgetreu zu beantworten.“

Das Problem, ob die Befragten in der Lage sind, die gewünschten Auskünfte zu geben, ist also keineswegs neu, wie wir sehen.

Es ist heute noch eine Freude, als 18. abschließenden Kommissionsbericht das gründliche und weitblickende Gutachten

„über die Gründung und Einrichtung einer Reichsbehörde für deutsche Statistik“

zu lesen. Der württembergische Statistiker Rümelin hat es verfaßt und darin die Arbeitsbereiche der Landesämter klar gegen die Aufgaben der künftigen Reichsbehörde abgegrenzt. Was er darüber sagt, gilt im wesentlichen auch heute noch:

„Sämtliche Arbeiten von statistischen Behörden Deutschlands werden künftig in drei Klassen zerfallen, die ich mir der Kürze wegen durch den Namen der zentralen, der föderierten und der partikularen Statistik erlauben will zu unterscheiden.

Den *zentralen* Teil bilden diejenigen statistischen Arbeiten, welche ohne alle Mitwirkung der Einzelstaaten ganz und unmittelbar von Behörden des Reichs besorgt werden“ (z. B. die Außenhandelsstatistik).

„Die *föderierte* Statistik bildet dasjenige, was zwar von den Einzelstaaten, aber nach gemeinsamen Grundsätzen und gleichartigen Formularen zu erheben und an die Reichsbehörde vorzulegen ist. Auf die Zentralbehörde treffen hier die Arbeiten der Einsammlung und Prüfung und Berichtigung etwaiger Mängel und Ungleichheiten, der Zusammenstellung und Verarbeitung, der Veröffentlichung“. (z. B. die Volkszählungen)

„Die *partikulare* Statistik besteht aus denjenigen Arbeiten, welche in den einzelnen Staaten nach freiem Ermessen und ohne Beziehung zum Reich ausgeführt werden“ (z. B. die Kulturstatistik).



Größten Wert legt die Kommission darauf, daß die neue Reichsbehörde kein bloßes Rechnungs- und Redaktionsbüro bleiben, sondern ein mit wissenschaftlichen Kräften ausgestattetes Institut werden soll.

In der Schlußsitzung der Kommission am 19. August 1871 schlug Dr. Engel als Leiter des preußischen, d. h. des größten und ältesten Landesamts vor,

„angesichts der vielfachen Anregung und Belehrung, welche er persönlich aus der Begegnung und dem mündlichen Gedankenaustausch empfangen, regelmäßig wiederkehrende Versammlungen der amtlichen Vertreter der deutschen Statistik zu einer dauernden Institution zu machen“.

Die Geburtsstunde der Statistischen Ausschüsse und Beiräte hatte geschlagen.

Am 8. April 1872 wurde die 3. Session des Deutschen Reichstages im Weißen Saale des Königlichen Schlosses in Berlin feierlich mit einer Thronrede eröffnet, die der Reichskanzler, Fürst von Bismarck, verlas. Darin wird die Einrichtung eines Statistischen Amtes angekündigt und der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß dieses Amt instande sein werde,

„durch einheitliche wissenschaftliche Bearbeitung der Ergebnisse statistischer Erhebungen im Reiche der Gesetzgebung und Verwaltung sowie der wissenschaftlichen Erkenntnis der staatlichen und gesellschaftlichen Zustände wesentliche Dienste zu leisten.“

In den Nachtragsetat des Reichs wurde der Haushalt der neuen Reichsbehörde mit ganzen 31 760 Talern eingesetzt und eine Denkschrift beigelegt, die als Musterbeispiel für die berühmte preußische Sparsamkeit gelten kann. Es heißt darin:

„Es werden innerhalb dieser Behörde zunächst drei Gruppen

1. für Bevölkerungsstatistik,
  2. für die Statistik der Landwirtschaft und Gewerbe,
  3. für die Statistik des (Waren-)Verkehrs, der gemeinschaftlichen Einnahmen und der Steuer- und Zollverwaltung
- zu bilden sein, von welchen jede unter einen Rat von fachmännischer Bildung zu stellen und mit dem entsprechenden Personal an Rechnungsbeamten (insgesamt acht!) auszustatten ist.“

Die geringe Anzahl der Stellen wird damit begründet, daß

„erfahrungsgemäß den statistischen Behörden aus den Kreisen des strebsamen Gelehrten- und Beamtentums tüchtige Kräfte zur vorübergehenden remuneratorischen Beschäftigung zuströmen pflegen, welche . . . die Gelegenheit suchen, ihre Kenntnisse zu erweitern und fruchtbringende Gesichtspunkte für ihre spätere Wirksamkeit, sei es in der Verwaltung, sei es auf dem Lehrstuhle, sei es im parlamentarischen Leben, zu gewinnen.“

Der Direktor sollte zugleich Leiter einer der drei Abteilungen sein und das Gehalt eines Vortragenden Rates der Zentralbehörden erhalten, die beiden anderen Räte — „Mitglieder“ genannt — das Gehalt der „ständigen Hilfsarbeiter des Reichskanzleramtes“, das Büropersonal die gleichen Gehaltssätze wie „die Bürobeamten der in Berlin ansässigen Provinzialbehörden“.

Die nötigen Geschäftsräume für das Statistische Amt sollten, „wenn irgend möglich“, in einem noch im Bau begriffenen Seitenflügel des Reichskanzleramtes zur Verfügung gestellt werden.

„Bis dahin dürften die gegenwärtig vom Zentralbüro des Zollvereins benutzten Räume mit Zuversicht darauf genügen, daß die regelmäßige Tätigkeit des Statistischen Amtes sich zunächst auf die Verkehrs- und Einnahmestatistik beschränken wird. Das Zentralbüro des Zollvereins hat auf Anordnung des Bundesrats am 31. 3. 1872 seine Funktion eingestellt.“

Am 23. Juni 1872 erhielt das dem Reichskanzler (seit 1879 dem Reichsamt des Innern) unterstellte „Kaiserliche Statistische Amt“ in seiner „Geschäftsinstruktion“ zwei Aufgaben:

1. „Das auf Grund von Gesetzen oder auf Anordnung des Reichskanzlers für die Reichsstatistik zu liefernde Material zu sammeln, zu prüfen, technisch und wissenschaftlich zu bearbeiten und die Ergebnisse geeignetenfalls zu veröffentlichen.“
2. „Auf Anordnung des Reichskanzlers statistische Nachweisungen anzustellen und über statistische Fragen gutachtlich zu berichten.“

Damit hatte sich das neue Reich nach dem Reichskanzleramt mit seinen beiden Abteilungen (Generalpostamt und Generaldirektion der Telegraphen) eine seiner ersten Behörden geschaffen, wenn man von der nur wenig früher entstandenen Normal-Eichungskommission und dem Bundesamt für das Heimatwesen absieht.

*Dr. Carl Becker,  
der erste Direktor des  
Kaiserlichen Statistischen Amtes*



Am 23. Juli 1872 trat der Direktor des neuen Amtes seinen Dienst zunächst im Neuen Packhof in den bescheidenen Räumen des ehemaligen Zentralbüros und mit dem gleichen Personal an. Man hatte, nachdem aus Bayern eine Absage gekommen war, ihn aus Oldenburg geholt, wo der Ministerialrat Carl Becker schon 20 Jahre als Vorstand des Großherzoglichen Statistischen Büros gewirkt und als solcher auch an den Beratungen der Berliner Kommission teilgenommen hatte.

Der neue Direktor war durch eine ungewöhnliche Laufbahn ausgezeichnet. Aus dem ehemaligen Berufsoffizier war in der Schule des Preußischen Statistischen Büros ein bekannter Mathematiker und Bevölkerungsstatistiker geworden, der sich vor allem durch die Einführung der Haushaltsliste bei den Volkszählungen und die Berechnung von Sterbetafeln einen Namen gemacht hatte.



Im Oktober des Gründungsjahres zog das Statistische Amt bereits zum erstenmal um, und zwar in die Unterwasserstraße 5. In diesem Hause entstand der erste Geschäftsverteilungsplan des Amtes, der so elastisch war, daß er 30 Jahre hindurch, bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts, im wesentlichen unverändert blieb.

Der Plan sah entsprechend den Aufgaben, welche die Statistische Kommission dem Amte zugedacht hatte, folgende Einteilung vor:

**Abteilung I: Allgemeine Statistik**

- a) Bevölkerung (Volkszählung, Bewegung der Bevölkerung, Auswanderung, Staatsangehörigkeit, Ortschaftsverzeichnis)
- b) Erwerbstätigkeit (Landwirtschaftliche Bodenbenutzung, Ernteerträge, Viehhaltung, Statistik des Bergwerks-, Hütten- und Salinenbetriebes, Gewerbestatistik)

**Abteilung II: Handels-, Verkehrs- und Steuerstatistik**

Die Leitung der Abteilung I mit den Aufgaben der „föderierten“ Statistik übernahm der Direktor persönlich. Zum ersten „Mitglied“ wurde der Kaiserliche Geheime Regierungsrath Dr. A. Meitzen ernannt, der aus dem Königlich Preussischen Statistischen Bureau in die Reichsdienste hinüberwechselte und praktisch damit als der Urahn aller Abteilungsleiter in der Reichsstatistik angesehen werden kann. Leider hat die Geschichte kein Bild von ihm aufbewahrt. Die zweite Mitgliedstelle wurde 1873 endgültig besetzt, als der Königlich Württembergische Zollinspektor Hegelemaier die Leitung der Abteilung II übernahm.



*Das erste Dienstgebäude  
des Statistischen Amtes in Berlin,  
Lützowufer 6—8*

Am 15. September 1876 zog das Kaiserliche Statistische Amt in sein erstes eigenes Dienstgebäude ein. Am Lützowufer leuchtete der dreistöckige Neubau, der nun für ein halbes Jahrhundert die Heimat aller Reichsstatistiker bleiben sollte. In maßvoller Repräsentanz spiegelte er seine spätklassizistische Front in dem Wasser des Landwehrkanals wider. Wir wissen nicht mehr, ob und wie dieser Einzug festlich begangen wurde. Aber wir können uns vorstellen, daß eine olympische Feierlichkeit und Ruhe die hohen Räume durchwaltete, in denen der Direktor auch seine Dienstwohnung nahm.

Es ist nun beinahe ebenso schmerzlich wie unglaublich zu hören, was dieses ursprünglich so stille und würdevolle Haus in der Folgezeit an baulichen Veränderungen und Ausweitungen erdulden mußte, um seiner Aufgabe nur einigermaßen nachzukommen. Elf kaiserliche Beamte mit Vollbart und hohem Stehkragen zogen im Jahre 1876 ein — und bis zu 1000 „Reichsbedienstete“, Männlein und Weiblein buntgemischt, mußte dasselbe Haus in den folgenden Jahrzehnten in sich aufnehmen, bis es sich 1925 auch beim besten Willen als nicht weiter ausdehnungsfähig erwies. Im Dienst der unruhig vorwärtsdrängenden Statistik war es noch schneller häßlich als alt geworden. Bereits 1886 wurde das Gebäude erheblich vergrößert, 1904-05 ein hinterer Seitenflügel angebaut. Auf die drei Stockwerke wurden allmählich vier weitere aufgesetzt; das Nachbar- und Hinterhaus kamen hinzu und wurden ebenfalls um- und ausgebaut. In den zwanziger Jahren mußte selbst der Ziegenstall des Herrn Präsidenten im Hinterhof einem Bürobau weichen. Und natürlich entfernte man dabei auch die lieben Tiere mit Rücksicht auf die empfindliche Nase mancher Mitarbeiter. In den Fluren und auf den Treppen wurde der Bauschutt eine Dauererscheinung, immer wurde irgendwo gehämmert und gesägt, und was das heißt, kann sich jeder vorstellen, dessen Nervenkostüm den monatelangen Einzug in den Wiesbadener Verwaltungsneubau soeben erst überstanden hat. Gott schütze uns das nächste Jahrzehnt vor Erweiterungsbauten à la Lützowufer! Unser heutiger Präsident, der seine Laufbahn in diesen Umbauzeiten begann, war jedenfalls davon noch 30 Jahre später so beeindruckt, daß er die beiden rückwärtigen Treppenhäuser im Bauteil B außerhalb anbringen ließ. Dort ragen sie nun wie weiße Festungstürme über das Baugelände hinaus. Sie sollen nicht nur dem sich schüchtern von hinten nahenden Besucher die Hochburg der Statistik anzeigen, sondern auch die Angliederung eines etwaigen künftigen Erweiterungsbaues ohne jede Störung des Dienstbetriebes ermöglichen.

*Rückansicht des Statistischen Bundesamtes*

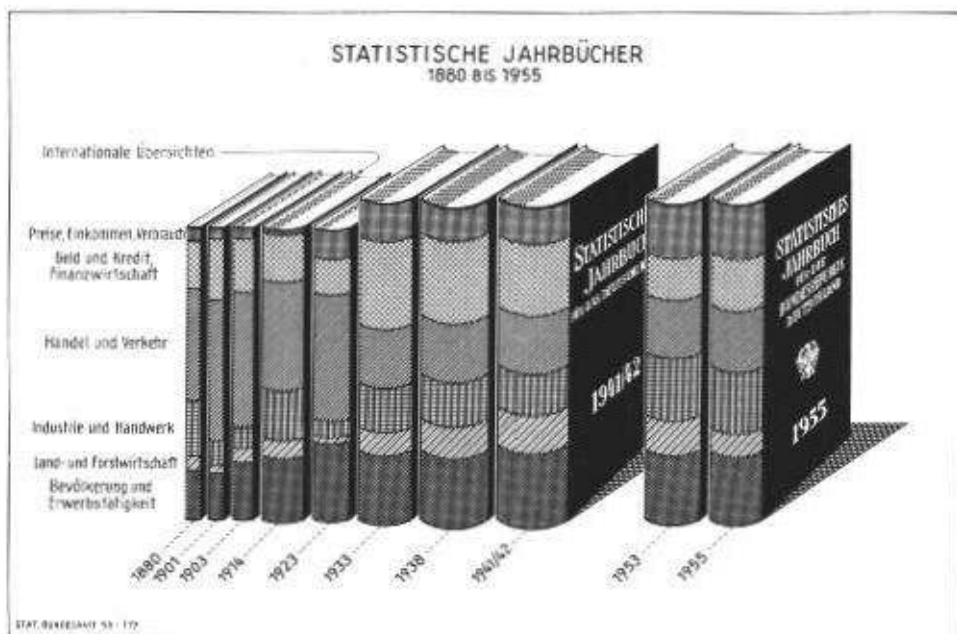


Doch zurück nach Berlin ans Lützowufer. Hier war schließlich von der geheiligten Ruhe früherer Zeiten nur die Sitte übriggeblieben, an den Amtsräumen des Präsidenten und des Personalreferenten auf den Zehen vorbeizuschleichen, aber bald half auch das nichts mehr. Die Verwaltung floh und nahm die meisten Fachabteilungen mit sich. Zurück kehrte als Sieger auf das verlassene Schlachtfeld — die seit 1880 wegen ihres raschen Wachstums immer wieder aus dem Hause geworfene Außenhandelsstatistik.

Schon die erste bedeutende Ausweitung seiner Arbeit im Jahre 1880 hatte das Amt einer Reform der Handelsstatistik zu verdanken, die mit dem zur Schutzzollpolitik gehörigen „Gesetz betreffend die Statistik des Warenverkehrs des deutschen Zollgebietes mit dem Ausland“ 1879 begann. Bis dahin waren die für die Handelsstatistik notwendigen Übersichten von den Zollämtern angefertigt und vom Statistischen Amt lediglich zusammengefaßt worden. Das hatte Verzögerungen zur Folge, die der Kanzler nicht gern sah, weil ihm daran lag, die deutsche Landwirtschaft vor dem billigen ausländischen Getreide zu schützen. Deshalb erhielt jetzt das Statistische Amt den Auftrag, die Übersichten selbst und zwar unmittelbar aus den zahllosen Anschreibungen der Anmeldestellen über alle einzelnen Warenposten herzustellen. Das waren die Fanfaren zur Entfesselung des eigentlichen Papierkriegs im Statistischen Amt. Damals begannen sich die Kompanien der Paginierer, Signierer, Sortierer und Tabellierer zu formieren, die noch heute im gleichen tapferen Kampf begriffen sind, wenn auch mit Motor statt mit Bleistift bewaffnet. Zehn Jahre nach dieser Verwaltungsreform, also im Jahre 1890, zählte das Amt 5 Mitglieder (Räte) und 115 Bürobeamte, von denen mehr als die Hälfte in der Handelsstatistik beschäftigt war. Seitdem ist die Außenhandelsstatistik stets die größte Abteilung geblieben.

*Der Tabelliersaal 1956*





1880 war auch das Geburtsjahr des „Statistischen Jahrbuchs für das Deutsche Reich“, das von da an in seinem schlichten dunkelgrünen Kleide 60 Jahre hindurch ohne Unterbrechung erschien. In seinem Umfang und Inhalt gibt es ebenso wie die stattliche Anzahl der Bände, die in der Reihe „Statistik des Deutschen Reichs“ bereits in den ersten beiden Jahrzehnten erschienen, den Werdegang der amtlichen deutschen Statistik getreulich wieder. Wir erkennen auch am Umfang der ihnen gewidmeten Statistiken, wie sich die Textil- und Eisenindustrie in ungeahnter Weise entwickelt, wie als neue deutsche Großindustrie die Elektrotechnik und die Chemie neben sie tritt. Zu der Statistik der Dampfkessel kommt die der Verbrennungsmotoren hinzu, neben dem Handwerks- erscheint der Großbetrieb.

Und je mehr der deutsche Staat zum Industriestaat ausgebaut wurde, desto vernichtlicher machte die immer zahlreicher werdende Arbeiterschaft ihre sozialen Ansprüche geltend.

Als durch eine kaiserliche Botschaft im November 1881 der Beginn einer großen Sozialgesetzgebung feierlich verkündet worden war, unternahm das Statistische Amt auf Veranlassung des Reichskanzlers eine erste Erhebung über den Umfang der öffentlichen Armenpflege in Deutschland, die 1885 wiederholt wurde. Die größte Aufgabe in diesem Zusammenhang erwuchs dem Amt jedoch in der für 1882 vorgesehenen deutschen Berufszählung, die zur Vorbereitung der Reichsversicherungsgesetze dienen sollte. Der sogenannte „vierte Stand“ wurde zum erstenmal in seiner Vielschichtigkeit und seinem Gesamtumfang zu erfassen versucht. Auch eine Betriebszählung war damit verbunden. Noch lange wurden im Archiv des Statistischen Reichsamtes ehrfurchtsvoll die Randbemerkungen „Seiner Durchlaucht“ des Fürsten Bismarck gezeigt, durch die er mit eigener Hand in einer Vorlage die Größenklassen der landwirtschaftlichen Betriebe abgeändert hatte. Unter dem Mathematiker Becker kamen die Resultate dieser Erhebungen allerdings nicht recht über einen großen Zahlenfriedhof hinaus. Bei allen Verdiensten, die sich der erste Direktor des Kaiserlichen Statistischen Amtes in seiner 20jäh-

rigen Amtszeit bis zu seinem 1891 aus Gesundheitsrücksichten erfolgten Rücktritt um den stetigen Ausbau seiner Behörde erwarb, blieb er doch der Statistiker des älteren Schlags, der preußische Rechnungsbeamte.

Ganz anders sein Nachfolger, Hans von Scheel, der bereits seit 1877 als drittes „Mitglied“ im Hause am Lützowufer hauptsächlich mit dem Aufbau der Landwirtschafts- und Preisstatistik beschäftigt war! Mit diesem Wirtschafts- und Sozialstatistiker aus Leidenschaft blies ein frischer Wind durch alle Räume. Die Handelsstatistik erhielt moderne „Zusammenrechnungsmaschinen“, damit sie ihre Monats- und Jahresergebnisse schneller herausbringen konnte. Die Landwirtschaftsstatistik stellte er zur rascheren Gewinnung zuverlässiger Resultate völlig um. In wenigen Monaten wurde, als Reichskanzler Fürst Hohenlohe das angesichts der wachsenden Gefährdung des Handwerks durch die Industrie 1895 verlangte, eine erste Stichprobenerhebung über die Handwerker-Verhältnisse durchgeführt und zu deren Bearbeitung das ganze Amt herangezogen. Der neue Chef verlangte nicht nur gründliche, entsagungsvolle Kleinarbeit am Tabellenwerk, er wollte auch, daß in klaren, allgemein verständlichen Darstellungen die großen Zusammenhänge mit dem Wirtschaftsleben sichtbar wurden. Nicht die Zahl als solche, sondern ihre Bedeutung im großen Ganzen und ihre volkswirtschaftliche Nutzenanwendung war ihm die Hauptsache. So wertete er die Ergebnisse der 2. Berufs- und Betriebszählung 1895 zu einer umfassenden Darstellung der „deutschen Volkswirtschaft am Ende des 19. Jahrhunderts“ aus. Die von ihm begonnenen „Vierteljahreshefte zur Statistik des deutschen Reichs“ zeigen in Texten und Tabellen, wie das Statistische Amt sich zu bemühen begann, über die Tagesarbeit hinauszublicken und mehr und mehr statistische Bereiche in seinen Gesichtskreis einzubeziehen. Scheel veröffentlichte viele eigene Arbeiten aus den verschiedensten Bereichen der Volkswirtschaft und ließ auch seine Mitarbeiter aus der bisherigen Anonymität mit eigenen Publikationen hervortreten. Er machte das Statistische Amt erst eigentlich auch zu einem wissenschaftlichen Institut.

Seine besondere Neigung galt der Sozialstatistik. Die Stichprobenerhebungen der von ihm beratenen Kommission für Arbeiterstatistik über die Arbeitsverhältnisse in den Gaststätten, Bäckereien und Getreidemöhlen, in den Handels- und Konfektionsbetrieben wurden im Amt unter seiner persönlichen Leitung bearbeitet. Er veranlaßte, daß Anzahl und Löhne der jugendlichen Fabrikarbeiter und der Fabrikarbeiterinnen nach dem Vorbild der Arbeiterstatistik in England, Frankreich, Österreich und USA in die amtliche Statistik aufgenommen wurden. Die Berufszählung 1895, die erstmalig auch den Umfang der Arbeitslosigkeit in dem auf die Gründerzeit folgenden Zusammenbruch zeigte, benutzte er, um die Zusammenarbeit mit den Statistischen Landesämtern zu vertiefen. Bald sahen sie in ihm ihren „Reichsvater“ und beschlossen auf der Konferenz in Koburg 1897 einstimmig alljährlich unter dem Vorsitz des Kaiserlichen Statistischen Amtes zur Beratung der gemeinsam interessierenden Fragen zusammenzukommen. Die Amtsleiterkonferenz war damit zur ständigen Einrichtung erklärt. Sie kann sogar als ein Jubiläumsgeschenk der Landesämter an die Reichszentrale angesehen werden, denn im gleichen Jahr veröffentlicht das Statistische Amt einen Rückblick auf die 25 Jahre seines Bestehens und meldet:

„Das Personal besteht zur Zeit aus

- 1 Direktor
- 6 Mitgliedern
- 2 Bürovorstehern
- 57 expedierenden Sekretären
- 115 Sekretariats-Assistenten
- 10 Kanzlei-Sekretären
- 11 Unterbeamten
- 84 (ohne die für die Berufszählung thätigen) diätarisch oder gegen Tagegeld beschäftigten Hilfsarbeitern und etwa



20 aus der Zoll- und Steuerverwaltung je für ein Jahr hierher kommandierten Grenzaufsehern“

Der Etat des 306 Personen umfassenden Amtes betrug um diese Zeit 924000 Mk, also etwa das 10fache des ersten Jahres.

Als Scheel im September 1902 starb, wurde Leopold Wilhelmi, ein älterer Vortragender Rat im Reichsamt des Innern, zum Nachfolger als *Präsident* ernannt. Sein Verdienst ist es, dem Statistischen Amt eine weitere Abteilung, die Abteilung III für Arbeiterstatistik, hinzugefügt zu haben, die für folgende Erhebungen zuständig war:

Arbeitsmarkt (Arbeitsvermittlung, Beschäftigungsgrad, Arbeitslosigkeit),  
Arbeitskämpfe (Streiks und Aussperrungen),  
Löhne (Tarifverträge, Lebenshaltungskosten).

Die Leitung dieser Abteilung, die bis 1920 das monatliche „Reichsarbeitsblatt“ herausgab, übernahm Wilhelmi persönlich, kam er doch auch aus einem sozialpolitischen Referat seiner früheren Behörde. In den beiden Jahren, die ihm nur noch zur Verfügung standen, hat er, wie der Statistiker Friedrich Zahn sagt,

„ohne Ängstlichkeit und Engherzigkeit im Interesse dieser Neuorganisation Beziehungen zu den Verbänden der Arbeitgeber wie der Arbeiter herbeigeführt und hat ferner Scheel's Idee, auch die Städtestatistiker zu enger Mitarbeit an den reichsstatistischen Aufgaben zu gewinnen, mit Erfolg durchgesetzt“.

Von schwerer Krankheit gezeichnet, eröffnete Wilhelmi am 21. September 1903 im Reichstagsgebäude den ersten und bisher einzigen Kongreß des 1885 gegründeten Internationalen Statistischen Instituts, der in Deutschland stattfand. Unter den 100 ausländischen Gästen waren nach den Franzosen und Österreichern die Russen am zahlreichsten vertreten. Aus USA hatten sich damals dagegen nur 2 Statistiker eingefunden. Unter den Vorträgen, die auf dieser Konferenz hauptsächlich über Volkszählungsprobleme der Jahrhundertwende gehalten wurden und die einen über 1000 Seiten starken Band füllen, fällt uns noch heute der Bericht eines Berliner Universitätsprofessors als ein erster deutscher Beitrag zur Berechnung des Volkseinkommens aus preußischen Steuerlisten auf. Auch sonst zeigen sich gute und nützliche Auswirkungen der internationalen Verbindungen: seit 1903 erhielt das Statistische Jahrbuch in einem besonderen Anhang eine Reihe „Internationaler Übersichten“, die in den folgenden Jahren immer weiter ausgebaut wurden, bis sie als — ausnahmsweise — grünes Schlußlicht einen recht beachtlichen Teil des Jahrbuches einnahmen. Das Beispiel anderer europäischer Länder bewirkte auch, daß die Reichsstatistik, deren Bilderschmuck sich früher in der Zeichnung von Querschnitten explodierter Dampfkessel so ziemlich erschöpfte, das Jahrbuch und einzelne Quellenwerke mit vielen graphischen Tafeln ausstattete.

Wilhelmi starb wenige Monate nach dem Kongreß, der für die Geschichte der Reichsstatistik einen gewissen Höhepunkt darstellt.

Der nächste Präsident, der ehemalige Professor und preußische Landtagsabgeordnete Richard van der Borcht, war sogar von der Theologie zur Staatswissenschaft gekommen. Er zeigte sich als ein vielseitiger Mann der Praxis und der Organisation. In seiner Amtszeit bis 1912 ließ er die Fäden zum Internationalen Statistischen Institut, die sich anläßlich des Berliner Kongresses enger geknüpft hatten, nicht mehr abreißen. Seinen Bemühungen verdankt das Institut die Gründung eines ständigen Sekretariats, das 1913 im Haag begann, die Statistiken aller Länder zu sammeln und ein internationales Jahrbuch herauszugeben. Er sah es nach dem Prestigegewinn des Amtes durch den Berliner Kongreß auch als eine seiner Hauptaufgaben an, den Bereich der bisher vor allem in den Abteilungen II und III geführten zentralen Statistiken zu erweitern und das Arbeitsgebiet des Amtes, dem von seiner Entstehung her noch immer viel Zufälliges, Unaus-



geglichenes anhaftete, allmählich abzurunden, so besonders anlässlich der Aufbereitungs- und Veröffentlichungsfragen bei der Berufs- und Betriebszählung 1907.

Zur besseren Bewältigung der Aufbereitungsarbeiten führte van der Borcht bereits 1906 versuchsweise die ersten Lochapparate und Sortiermaschinen ein. 1910 mietete er je eine Sortier- und Tabelliermaschine sowie einige Lochapparate von der Deutschen Hollerith-Gesellschaft zum Einsatz in der Außenhandelsstatistik. Diese uns heute sehr schwerfällig erscheinenden Apparate bedeuteten damals einen großen Fortschritt gegenüber den unendlich mühsamen Zählblättchen-, Markenklebe- oder Strichel-Methoden, mit denen bei großen Zählungen ganze Familien in Heimarbeit beschäftigt wurden. An die Stelle der vom häuslichen Herd aus „mithelfenden Angehörigen“ traten jetzt plötzlich Scharen berufstätiger Frauen, die von nun an Tag für Tag hinter den damals noch recht bockigen Lochapparaten saßen. Als „Hilfsarbeiterinnen“ bezeichnete und bezahlte man diese ersten weiblichen Bediensteten des Statistischen Amtes, die alle eine abgeschlossene Lyzeumsausbildung nachweisen mußten. Der Personalbestand hatte sich in kürzester Zeit auf diese Weise mehr als verdoppelt. 1912 zählte man unter den 790 Amtsangehörigen 322 „Bureauhilfsarbeiterinnen“. Ist es da zuviel gesagt, daß eigentlich die Frauen das Statistische Amt groß gemacht haben? Natürlich reichten die Räume am Lützowufer nicht mehr aus, und die Misere des dienstlichen Untermieterdaseins, mit der die Handelsstatistik schon seit 1880 Bekanntschaft gemacht hatte, begann 1907 auch für die Bearbeiter der Berufs- und Betriebszählung, um sich dann auf das Referat für die industrielle Produktionsstatistik und die gesamte Abteilung III auszudehnen und von da an niemals mehr abzureißen, denn auch das Statistische Reichsamt hat schon Zeiten gekannt, in denen seine Mitarbeiter auf mehr als ein Dutzend Außenstellen verstreut waren.

*Der Lochsaal des Statistischen Amtes 1956.*



*Einstellungsurkunde  
für eine unserer Mitarbeiterinnen  
aus dem Jahre 1913*

Der Präsident  
des Kaiserlichen Statistischen Amtes

Berlin N.O. Lietzen-Ufer 67/5  
den 5. September 1913

L.H. 1 A 6773

Es bietet sich Gelegenheit, Sie in das Kaiserliche Statistische Amt zur vorübergehenden Beschäftigung als Mitarbeiterin einzuberufen.

Das Taschengeld der Mitarbeiterinnen beträgt 3,75 M und kann bei zufriedenstellenden Leistungen mit bestimmten jährlichen Steigerungssätzen auch auf 5,00 M erhöht werden. Es wird zwar auch für die Sonn- und Feiertage, aber im übrigen nur für diejenigen Tage gezahlt, an welchen die Beschäftigung in Amt wirklich stattgefunden hat.

Während Ihrer Tätigkeit als Mitarbeiterin gegen Tagelohn steht in Ausführung des § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuchs in Fall 2 unverschuldeter Dienstverhinderung auf Sie die folgende Grundsatz-Anwendung finden:

1. Den Mitarbeiterinnen wird bei Arbeitsvermahnung infolge Nichterhaltung von Termimen als Zuspätkommen, Verspätung, Verhinderung usw. das Taschengeld für die Dauer der notwendigen Abwesenheit weiterbezahlt; die etwa für Zeitverlust oder weit reichenden Fernschaltungen wird anzurechnen.

2. In allen übrigen Fällen unverschuldeter Dienstverhinderung wird zwar ein Rechtsanspruch auf Vergütung nach § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuchs ausgerechnet, jedoch bleibt dem Interesse der beteiligten Verwaltungsbehörde überlassen, gegebenenfalls, namentlich bei Arbeitsvermahnung wegen dringender persönlicher Angelegenheiten, das Taschengeld weiterzugewähren.

Das Arbeitsverhältnis ist gemäß § 601 des Bürgerlichen Gesetzbuchs von beiden Seiten mit einseitiger Frist kündbar.

Wenn Sie die Beschäftigung unbedenken bekräftigen, so wollen Sie sich sofort hieran anzeigen und sich ausbilden lassen, mindestens aber am 10. September 1913, bei dem Statistischen Amt im Dienstgebäude des Amtes, Lietzen-Ufer 67, zwischen 9 Uhr, der Einweisung in Ihre Tätigkeit stellen, auch gleichzeitig die Ihnen zu Gebote stehenden Personalausweise (Führer- und Berechtigungsscheine, Lebenskartei beibringen. Falls diese Anzeige nicht innerhalb 3 Tagen erfolgt, wird angenommen werden, daß Sie der Einberufung nicht Folge zu leisten beabsichtigen. Ich muß Sie ausdrücklich darauf aufmerksam machen, daß Ihnen eine Aussicht auf dauernde Halbhaltung nicht gewährt werden kann.

*Delbrück*

An  
*Franklin Graf Schöndler*

In  
*Berlin*

L.H. 75

Die Bilanz, die das Amt zu seinem 40jährigen Bestehen im Jahre 1912 zu ziehen vermochte, konnte sich schon sehen lassen. Es schien beinahe, als ob das Kaiserliche Statistische Amt nicht nur über die deutschen Landesämter, sondern auch über seine ausländischen Schwesterbehörden hinauszuwachsen beginne. Das Personal, noch immer mehr als zur Hälfte aus Beamten bestehend, überschritt das erste Tausend, die Zahl der Referenten (Mitglieder) war auf 17 gestiegen. Der Haushalt stand bei  $2\frac{1}{2}$  Millionen Goldmark, und über die maschinelle Ausstattung, der die Landesämter anfänglich eine Menge sachlicher und sozialer Bedenken entgegenbrachten, sagt ein Bericht:

„Außerdem werden zur Bewältigung der Arbeiten die durch die moderne Technik gelieferten mechanischen Hilfsmittel in weitestem Umfang verwendet. Neben 3 hollerith'schen elektrischen Sortier- und 2 derartigen Zählmaschinen werden noch 51 Additionsmaschinen, davon 5 mit elektrischem Antrieb, und 28 Multiplikations- und Divisionsmaschinen, von denen eine ebenfalls elektrischen Antrieb hat, verwendet.“

Für die Handelsstatistik besaß das Amt einen eigenen jährlich tagenden „Handelsstatistischen Beirat“, dem nicht weniger als 170 Sachverständige aus Handel, Industrie und Landwirtschaft angehörten, die den Wert der statistisch nur nach dem Gewicht erfaßten Warenein- und -ausfuhr zu schätzen hatten. Das müssen wohl recht bewegte Sitzungen gewesen sein, in denen die amtliche Statistik ihre ersten Gesamtabrechnungen über einen großen volkswirtschaftlichen Vorgang, die „Handelsbilanz“, abhielt!

Der Abteilung Arbeiterstatistik stand bei der Anfertigung von Gutachten ein kleiner, vom Präsidenten des Amtes geleiteter „Beirat für Arbeiterstatistik“ zur Seite. Er setzte sich aus 14 Abgeordneten des Bundesrats und Reichstags zusammen.

Die Stelle eines Beirates für die „Allgemeine Statistik“ der Abteilung I vertrat die jährliche Amtsleiterkonferenz unter der feierlichen Bezeichnung: „Versammlung der Statistiker des Reichs und der Einzelstaaten“. Sie fand ihre glückliche, wenn auch nichtamtliche Ergänzung in der „Deutschen Statistischen Gesellschaft“, zu der sich 1911 alle Statistiker zusammenschlossen. Auf diesen Amtsleiterkonferenzen wurden (und werden noch heute) unter Vorsitz des Präsidenten der statistischen Zentralbehörde einheitliche Grundsätze für die Bearbeitung gemeinsam durchzuführender Zählungen beraten.

So übernahm nach dem Rücktritt von der Borgh'ts der Verwaltungsjurist Ernst Deibrück 1912 ein nach außen und innen gefestigtes Amt zu einem Zeitpunkt, in dem wohl niemand ahnte, was das nächste Jahrzehnt bringen würde. Der Professor für Statistik an der Universität München, Friedrich Zahn, hob bei seiner Antrittsvorlesung im Oktober 1913 die Bedeutung der Reichsstatistik für die Handelsvertragspolitik, die Flottenverstärkung, die Kolonialbestrebungen und die Sozialreform mit Worten typisch wilhelminischer Prägung hervor:

„Die auf der Reichsstatistik basierten Vorschläge haben ganz wesentlich mit zu dem Enthusiasmus beigetragen, der Voraussetzung war, um jene großen Bewegungen zu veranlassen und erfolgreich durchzuführen.“

Als 1914 der Krieg ausbrach, versetzte er auch der Tätigkeit der statistischen Reichszentrale einen empfindlichen Stoß. Zunächst sah es allerdings nicht so aus. Im Gegenteil, mit der Einführung der staatlichen Zwangswirtschaft erhielt die Statistik als solche eine ungeahnte Bedeutung. Sie diente aber nicht mehr den allgemeinen Zwecken der Gesetzgebung und Verwaltung sowie der wissenschaftlichen Erkenntnis der staatlichen und gesellschaftlichen Zustände, wie Bismarcks Thronrede gefordert hatte, sondern der seitdem uns allen satzsaft bekanntem zwangsweisen „Erfassung“ und „Verteilung“ von Waren und Arbeitskräften. Das konnte natürlich nicht eigentlich Aufgabe des Statistischen Amtes sein, und deshalb wurden hierfür alsbald andere Behörden geschaffen.

Nun hatte es zwar schon immer einige Reichsstatistiken gegeben, die nicht im Statistischen Amt, sondern von anderen Reichsbehörden bearbeitet wurden, weil sie dort als „Geschäftsstatistiken“, also gewissermaßen als statistische Zusammenstellungen der Verwaltungsakte entstanden, so z. B. die Statistik für Gewerbeaufsicht beim Reichsamt des Innern, die Medizinalstatistik beim Reichsgesundheitsamt, die Justizstatistik beim Reichsjustizamt, die Statistik für Eisenbahnen und der Post- und Telegraphenverwaltung beim Reichseisenbahn- bzw. beim Reichspostamt. Ähnliche Verhältnisse bestehen ja noch heute, und trotzdem hatte sich, wie wir gesehen haben, das Hauptgewicht der Reichsstatistiken beim Kaiserlichen Statistischen Amt konzentriert.

Jetzt aber schossen alsbald nach Kriegsbeginn zur öffentlichen Bewirtschaftung aller „Bedarfgüter“ mehr als 300 Kriegsbehörden und Kriegsgesellschaften wie die Pilze aus dem Boden und begannen ihre eigene rege statistische Tätigkeit zu entfalten. Ja, einige schufen sich sogar besondere statistische Abteilungen mit sehr gut bezahlten Stellen, die auf das ohnehin durch den Militärdienst zusammengeschrumpfte Personal des Reichsamts eine verständliche Anziehung ausübten. Mußten doch im Kriege eine Anzahl bisher ausschließlich beim Reichsamt geführter Statistiken eingestellt oder, wie z. B. die Außenhandelsstatistik, so stark eingeschränkt werden, daß man einen Teil des Personals mit samt den dazugehörigen Maschinen diesen neuen Behörden zur Verfügung stellte.

Um außerdem zu verhüten, daß in mehr oder weniger laienhafter Konkurrenz zur amtlichen Statistik die wichtigsten Unterlagen für eine Beurteilung der deutschen Nahrungs- und Rohstoffversorgung und Rohstoffbasis mangelhaft oder falsch erstellt würden, besetzte man auch zahlreiche leitende Posten in diesen Kriegsbehörden vom Statistischen Amt her in Personunion. So amtierte Präsident Delbrück zeitweilig auch als Vorsitzender der Reichsverteilungsstelle, als Reichskommissar für Aus- und Einfuhrbewilligungen und als Leiter der Reichspreisprüfungsstelle, die trotz ihres zungenbrechenden Namens noch mehrere Referenten des Statistischen Amtes an sich zog. 1917 verfügte z. B. die statistische Abteilung der Reichsbekleidungsstelle über 250 Büroangestellte, aber vielleicht ist das nicht besonders erstaunlich bei einer für die Weiblichkeit so interessanten Behörde. Immerhin wies auch das Preußische Kriegsamt in seiner statistischen Abteilung fast 200 Büroangestellte auf. Allerdings — ebenso schnell wie sie entstanden, ebenso spurlos verschwanden die „statistischen Kröpfe“ der Kriegsorganisationen beim Abbau der Kriegswirtschaft wieder. Das einzige statistisch noch heute interessante Ergebnis ihres riesigen Papierverbrauchs war eine unvollendete gewerbliche Betriebszählung aus dem Jahre 1917.

Die Revolution von 1918 brachte großen Wandel. Die Weimarer Verfassung verlagerte das Schwergewicht der Aufgaben von den Ländern zur zentralen Reichsgewalt. Im Zusammenhang damit entstanden neue Reichsministerien, von denen das Reichswirtschaftsministerium, das manche Aufgaben der im Kriege entstandenen Wirtschaftsbehörden übernahm, für die Statistik die stärkste Bedeutung gewann. Aus dem Kaiserlichen Statistischen Amt wurde ein Statistisches Reichsamt, das nicht mehr dem Reichsministerium des Innern, sondern dem neuen Reichswirtschaftsministerium unterstellt wurde.

Kaum hatte man sich darüber beruhigt, gab es schon neue Aufregung: Die Abteilung III für Arbeiterstatistik wurde 1920 vom Statistischen Reichsamt abgetrennt und der neugegründeten „Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung“ angegliedert, die dem ebenfalls nach dem Kriege neugeschaffenen Reichsarbeitsministerium unterstand. Nur die Lohn- und Krankenversicherungsstatistik blieben nach dieser schmerzhaften Amputation als Abteilungsrest zurück, und es war schon eine kräftige Blutübertragung durch Zuweisung der Bevölkerungsstatistik nötig, um den Patienten III am Leben zu erhalten.

Das Amt erhielt 1920 eine neue Gliederung:

Abteilung I Verwaltung und allgemeine Statistik (Delbrück)

Abteilung II Handels-, Verkehrs-, Produktions- und Landwirtschaftsstatistik  
(Seiboth, später Susat)

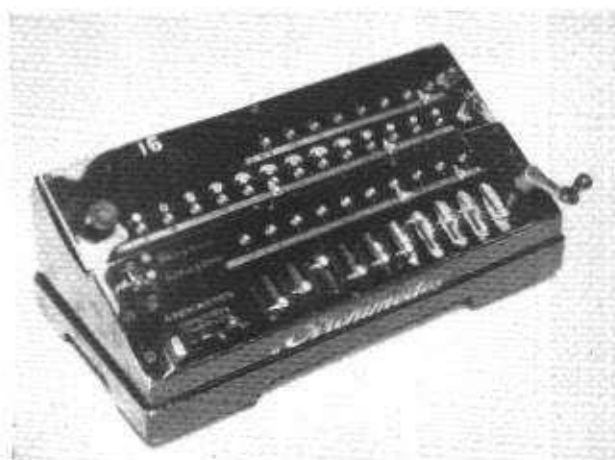
Abteilung III Bevölkerungs- und Sozialstatistik (Dr. Platzer).

Präsident Delbrück hatte es in diesen Jahren wirklich nicht leicht. Die Kriegsteilnehmer kehrten zurück und wollten wieder untergebracht werden; dasselbe verlangten die ehemaligen Amtsangehörigen unter dem Personal der aufgelösten Kriegsdienststellen, und der bisherige Haushalts-, und Stellenplan erwies sich demgegenüber als gänzlich ungenügend. Dazu völlig veränderte politische Verhältnisse, eine Regierung, die zeitweilig vor den Unruhen in Berlin nach Dresden oder nach Stuttgart flüchtete, Ungewißheit über die nächste Zukunft, neue Vorgesetzte und verminderte Selbständigkeit im Geschäftsverkehr. Sicher gehörte eine feste und ruhige Hand dazu, das Amt durch diese gefährlichen Zeiten hindurchzusteuern. Der Stamm der alten Beamten, der damals im wesentlichen erhalten geblieben war, hat gewiß ebenso das Seine dazu beigetragen wie die neuen und jungen Kräfte, die nach dem Kriege in das Amt einströmten, als die Stunde der Volkswirte in der statistischen Verwaltung geschlagen hatte. So ist es ein besonderes Verdienst Delbrücks, der äußerlich so sehr das Bild des vorbildlichen preussischen Beamten der Jahrhundertwende verkörperte, das wertvolle Alte erhalten und neuen Kräften Wirkungsmöglichkeiten gegeben zu haben.

Bei seiner Abschiedsrede kennzeichnete er launig den Unterschied der Generationen im höheren Dienst. Während man früher nach dem Morgenritt im Tiergarten gegen 11 Uhr ins Amt kam und auf die Mitteilung des Amtsdieners „Der Herr Präsident sind gegangen“ sich gegen 3 Uhr wieder nach Hause begab, saßen heute die jungen Leute bis spät in die Nacht hinein im Amt — und arbeiteten wie besessen.

Sah auch das Leben jetzt für die meisten recht viel nüchterner und bescheidener aus als vor dem Kriege, so fing man doch im Statistischen Reichsamt wieder an, mit Eifer und Geduld die Berge an Arbeit abzutragen, die Kriegs- und Nachkriegszeit aufgetürmt hatten. Dabei veränderte sich das Arbeitstempo ganz erheblich. Mit den geruhsam ausgefeilten Jahrestabellen war es aus. Monatlich, ja sogar wöchentlich drängten manche Statistiken ans Licht der Veröffentlichung. Die Statistik war aktuell geworden, nachdem die Verhältnisse der Nachkriegszeit eine ständige Beobachtung der Preise und Löhne verlangten. Neue Rechenmaschinen wurden 1920 angeschafft, deren Stafelwalzen so herrlich ins Schleudern gerieten, wenn die Hand, die sie bediente, schneller war als der umständlich funktionierende Mechanismus. „Archimedes der Letzte“ tut noch heute wie vor 35 Jahren Dienst in der Landwirtschaftsstatistik und zählt unverdrossen unter den Fingern eines alten

Reichsamts-Statistikers Prozente aus Ackerbau und Viehzucht zusammen. Ihm sei an dieser Stelle ein Denkmal gesetzt.





Schon 1921 begann das Reichsamt, eine neue Zeitschrift herauszugeben, die halbmonatliche Berichte und Zahlen aus allen Gebieten der Statistik brachte. Der Titel „Wirtschaft und Statistik“ sollte darauf hinweisen, daß die Zeitschrift vor allem für den praktischen Tagesgebrauch bestimmt war, dem auch ihre besonders zahlreichen graphischen Darstellungen dienten, durch die in einer bis dahin ungewöhnlichen Weise Zahl, Wort und Bild sich zu einem lebendigen Ganzen miteinander verbanden.

Das nüchterne Gedenkblatt zum 50jährigen Bestehen des Statistischen Reichsamts vom Juli 1922 verleugnet nicht die tiefe Niedergeschlagenheit über die politische und wirtschaftliche Gegenwartslage. In dem besiegten Deutschland, das nach dem Wortlaut des Versailler Vertrages die ungeheuerliche Reparationssumme von 132 Milliarden Goldmark zahlen sollte, triumphtierte die Inflation. Die Preise stiegen sprunghaft an, und der Lebenshaltungsindex wurde zeitweilig sogar halbwöchentlich errechnet. Alle Lohn- und Gehaltsempfänger, vor allem aber die Angehörigen des öffentlichen Dienstes, die ja für ihre Leistungen keinerlei Sachwerte erhielten, hatten bei den immer schneller aufeinander folgenden Zahltagen nur noch fast wertloses Papiergeld in den Händen. Der Scheinkonjunktur und hektischen Betriebsamkeit einiger weniger Wirtschaftskreise stand eine erschreckende Verarmung großer Volksteile gegenüber. Als es schließlich im November 1923 gelang, die Währung über die Notbrücke der Rentenmark wieder zu stabilisieren, waren 1 000 000 000 000 (in Worten: eine Billion) Papiermark auf den Wert von einer Goldmark gesunken.

Die Inflationszeit hatte Regierung und Wirtschaft die Notwendigkeit gezeigt, die Entwicklung des deutschen Außenhandels stets besonders sorgfältig zu studieren. Sie hatte außerdem gezeigt, daß das Verfahren, nur die Mengen zu erheben und die Werte nachträglich zu schätzen, für Zeiten rascher Preisveränderungen doch allzu primitiv war. So wurde nunmehr auch die Meldung der Ausfuhrwerte verlangt, deren Aufbereitung bei dem wachsenden Umfang des Außenhandels selbst mit verstärkten Hilfskräften nicht bewältigt werden konnte. Um die monatlichen Nachweise über den Außenhandel so rasch wie gewünscht herauszubringen, wurde 1924 das Hollerith-Verfahren mit seinen inzwischen verbesserten Maschinen wieder eingeführt und auch auf die Binnenschiffahrtstatistik angewandt.

In diese Zeit fiel die Neuregelung der Reparationsverpflichtungen durch den „Dawes-Plan“, der zum erstenmal zumindest den Versuch machte, Reparationsverpflichtungen im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zu sehen. Dazu wurde die Statistik gebraucht, und das Reichsamt lieferte seinerzeit in einer Sonderschrift viele Unterlagen. Auch der sogenannte „Wohlstandsindex“, der die deutschen Verpflichtungen in Einklang mit der wirtschaftlichen Entwicklung bringen sollte, wurde damals als ein Vorläufer der Sozialproduktsberechnungen geschaffen und warf eine Menge statistischer Probleme auf.

Im Jahre 1924 erreichte Delbrück die Altersgrenze. Der alte Präsident, der mit seiner reichen Verwaltungspraxis und geradezu einmaligen Personalkennntnis die ihm anvertraute Behörde ruhig und fest durch ihr wohl bewegtestes Jahrzehnt geführt hatte, übergab das Amt und die Sorge für mehr als tausend Mitarbeiter seinem kaum 40jährigen Nachfolger, Prof. Dr. Ernst Wagemann. Der neue Präsident war Auslandsdeutscher mit beträchtlichen Besitzungen in Chile und nach Persönlichkeit und Auftreten in vielem anders geartet als sein Vorgänger. Während des Krieges war er im Kriegsernährungsamt tätig gewesen und von dort in das Reichswirtschaftsministerium übertreten. Nach dem Nationalökonom Scheel war er der erste Volkswirt auf dem Präsidentenstuhl des Statistischen Reichsamts und hatte zur Zeit seines Amtsantritts bereits eine „Allgemeine Geldlehre“ veröffentlicht.



Neue Aufgaben und weitere Mitarbeiter zogen mit dem Präsidenten Wagemann ins Statistische Reichsamt ein. Bereits in den nächsten beiden Jahren hatte sich die Zahl der Mitarbeiter mehr als verdoppelt, wobei die Angestellten zum ersten Male, und zwar so gleich um das Dreifache, die — 1924 um 30% gekürzte — Beamtenzahl überstiegen, eine Entwicklung, die wohl aus den Haushaltsnöten jener Jahre geboren wurde, in der ganzen Folgezeit jedoch gerade für das Statistische Reichsamt charakteristisch blieb.

Die Neuordnung der auf das Reich übergegangenen Finanzverwaltung, die Verteilung der Einkünfte und nicht zuletzt der Reparationszahlungen auf Reich und Länder fanden ihren gesetzlichen Ausdruck in der Reichsabgabenordnung und dem Finanzausgleichsgesetz. Durch das Gesetz zur Änderung des Finanzausgleichs vom 19. 8. 1925 wurden dem Statistischen Reichsamt auf dem Gebiet des öffentlichen Finanzwesens so umfassende Arbeiten übertragen, daß hierfür eine neue

#### Abteilung für Finanz- und Steuerstatistik

entstand, deren Leitung sehr bald Dr. Wohlmannstetter übernahm. Hier wurden nicht nur die Finanzen des Reichs, der Länder und Gemeinden nach Einnahmen und Ausgaben behandelt, sondern auch eine erste Analyse des öffentlichen Haushaltes überhaupt sowie eine völlige Neugestaltung der Reichssteuerstatistik in Angriff genommen. So gewann das Amt unter anderem auch Unterlagen für die Berechnung des Volkseinkommens, die in der bekannten Einzelschrift zur Statistik des Deutschen Reichs „Das Deutsche Volkseinkommen vor und nach dem Kriege“ ihren Niederschlag fanden.

Bei zahlreichen geplanten und verwirklichten Steuerreformen ließ sich die Regierung vom Statistischen Reichsamt das voraussichtliche Mehr- oder Minderaufkommen berechnen und über die zu erwartenden Belastungsverschiebungen und ihre volkswirtschaftliche Auswirkung beraten. Aus dieser Abteilung ging schließlich auch ein erster für die Reparationszahlungen entscheidend wichtiger internationaler Vergleich des Volkseinkommens und der Steuerbelastung hervor. Die deutsche Delegation, die 1929 in Paris die Vorverhandlungen zur Unterzeichnung des Young-Planes führte, der Deutschland fühlbare Erleichterungen brachte, wurde im wesentlichen vom Statistischen Reichsamt aus mit dem notwendigen Zahlenmaterial versorgt.

Kein Wunder, daß eine mit so bedeutsamen Aufgaben überfüllte Abteilung einen großen Mitarbeiterstab brauchte, und sich deshalb in den Jahren nach 1927 in drei weitere selbständige Abteilungen für Finanzstatistik, für Steuerstatistik und für Finanzen und Wirtschaft auseinandergliederte, die zusammen im internen Sprachgebrauch des Reichsamts als „das Königreich Wohlmannstetter“ bezeichnet wurden.

Die neuen Aufgaben und die veränderte Blickrichtung zeigten sich auch in den Veränderungen, die Wagemann in der traditionell dem Präsidenten persönlich unterstellten Abteilung I vornahm. Neben den Verwaltungsangelegenheiten des Amtes waren hier von alten Zeiten her noch die Kriminal- und die Schul- und Hochschulstatistik beheimatet geblieben sowie verständlicherweise die Wahlstatistik, da ja der Präsident des Amtes seit 1920 gleichzeitig auch Reichswahlleiter war und die stürmischen Wahlen nach dem ersten Weltkrieg keine geringe Verantwortung für ihren Leiter mit sich brachten. In dieser seiner Abteilung brachte der neue Präsident nun zunächst zwei seiner Lieblingskinder unter, die allgemeine Wirtschaftsstatistik und Konjunkturbeobachtung sowie die Auslands- und Reparationsstatistik. Von diesen Referaten wurden die Ergebnisse aller Fachstatistiken systematisch zusammengetragen und in ihrer Bedeutung für die gesamte deutsche Volkswirtschaft, aber auch in ihrem weltwirtschaftlichen Zusammenhang ausgewertet und als Einzelschriften oder Sonderhefte zur amtlichen Statistik veröffentlicht; eine reiche Ernte, die mit einer Darstellung der „Weltwirtschaftlichen Lage Ende 1925“ begann und mit dem stattlichen „Statistischen Handbuch zur Weltwirtschaft 1936“ ein vorläufiges Ende nahm.

Als nach der Inflation der deutsche Handel sich wieder ins Ausland wagte und Regierung und Wirtschaft immer häufiger Zusammenstellungen von neuestem in- und ausländischem Zahlenmaterial beim Statistischen Reichsamt anforderten, wurde 1927 aus Teilen der Präsidialabteilung und aus neuen Aufgaben eine eigene

#### Abteilung „Allgemeine Wirtschaftsstatistik“

unter der Leitung von Dr. Bramstedt gebildet, wirklich als ein Schlußstein in dem von neuem Leben erfüllten Organisationsbau des Statistischen Reichsamts.

Den entscheidenden Wandlungen im inneren Gefüge des Statistischen Reichsamts entsprach der Wechsel in seiner äußeren Unterbringung. Schon 1925 zog der Präsident mit seiner Abteilung in ein schöneres und geräumigeres Haus am Kurfürstendamm und ließ die meisten anderen Abteilungen nachfolgen. Die Abteilung Außenhandelsstatistik übernahm das alte Haus am Lützowufer. War doch für deren Maschinenpark dort erst kürzlich auf einer besonders dicken Betonzwischendecke ein fünftes Stockwerk errichtet worden, in dem sich auch der Lochsaal befand. Dort sollte eine ehemalige Lehrerin noch jahrelang ihr strenges, aber bewährtes Regiment über das knappe Hundert junger Mädchen führen, die jeweils nach 2jährigem anstrengendem Dienst hinter den Lochapparat als Hilfskräfte in die Büros übersiedelten und von neuen jüngeren Kräften ersetzt wurden. Kein Zweifel, die Abteilung Außenhandel in dem altmodischen Haus am Lützowufer erwies sich als besonders damenfreundlich, verfügte sie doch bereits seit 1922 über den ersten weiblichen Referenten des Reichsamts, zu einer Zeit, in der es noch zu den Seltenheiten gehörte, daß eine Frau Staatswissenschaften studiert hatte.



1913/1914 war das Haus Kurfürstendamm 193/194 erbaut worden, also unmittelbar vor dem ersten Weltkrieg. Es hatte als „Cumberland-Hotel“ eine kurze aber glänzende Zeit mit reichen Gästen aus aller Welt erlebt, bis es der Krieg brutal für seine Zwecke beschlagnahmte und das Waffen- und Munitionsbeschaffungsamt, in drohender Abkürzung „Wumba“ genannt, seinen Einzug in die eleganten Schlafzimmer hielt. Als auch diese Behörde bei Kriegsende ihre Tätigkeit eingestellt und das Haus geräumt hatte, wurden die kahlen Hotel- und ehemaligen Badezimmer zum zweitenmal in Büros verwandelt, in denen diesmal jedoch statt der Waffen die Zahl regierte, während in den Erdgeschoß-Sälen eine Zeitlang noch das Kabarett der Komiker gastierte.

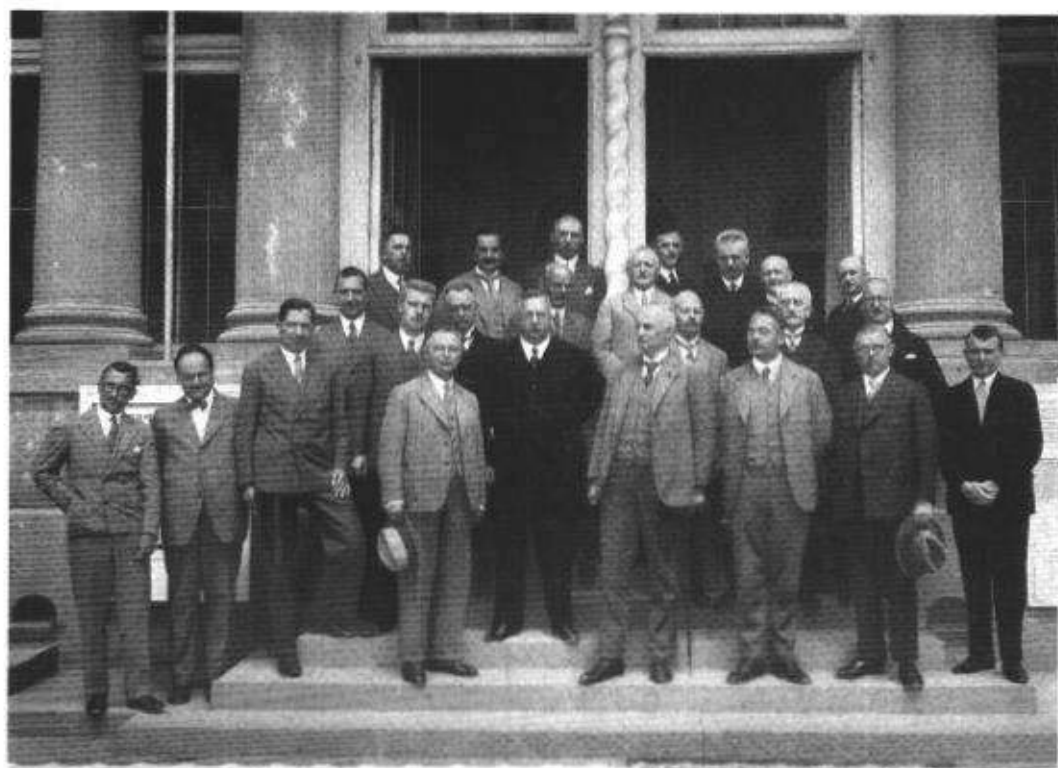
Das geheimnisvolle Verhalten der Zahl in der Wirtschaftsbewegung auf lange Sicht zu beobachten und womöglich einer Gesetzmäßigkeit auf den Grund zu kommen, nach der sie dort steigt und fällt, war zu einem Hauptanliegen Wagemanns geworden. Das beim Statistischen Reichsamt anfallende umfangreiche Zahlenmaterial und dessen Bearbeiter schienen für solche Untersuchungen hervorragend geeignet. Auf der anderen Seite gingen diese Fragen über das eigentliche Aufgabengebiet des Statistischen Reichsamts hinaus. Im Haus am Kurfürstendamm schuf sich Wagemann deshalb 1925 in engster Anlehnung an seine Behörde ein eigenes Institut für diese Arbeiten und nannte es „Institut für Konjunkturforschung“.

Seine besondere Aufgabe war es nicht nur, die „Konjunktur“, also vor allem die Bewegungen im Wirtschaftsablauf, zu beobachten und mit dem jeweils neuesten Zahlenmaterial der Wirtschaftsstatistik Aufschwung oder Krisen festzustellen, sondern vor allem auch die Gesetzmäßigkeiten im Wirtschaftskreislauf und die inneren Zusammenhänge aller Schwankungen im Wirtschaftsleben zu untersuchen, um wenn möglich zu einer zuverlässigen Voraussage der wirtschaftlichen Entwicklung vorzudringen. In der Kantine des Reichsamts erkannte man die Mitarbeiter des Instituts daran, daß sie nur noch von „Zyklus“ und „Trend“ und „Saisonnormale“ sprachen.

An solchen Untersuchungen, die das Institut häufig in Zusammenarbeit mit dem Statistischen Reichsamt veröffentlichte, waren natürlich vor allem die Verbände der Industrie, der Landwirtschaft und des Handels interessiert. Aber auch die Regierung, die Reichsbank und die Reichsbahn, ja selbst die großen Arbeitergewerkschaften beteiligten sich an ihrer Finanzierung. Wagemann gab 1927 die für den Präsidenten bisher obligatorische Leitung der Abteilung I an Meisinger ab, um sich von Verwaltungsgeschäften zu entlasten. Er gewann dadurch die Zeit, sich stärker der Konjunkturforschung zu widmen. Aus dieser Zeit stammt auch seine 1928 erschienene „Konjunkturlehre“.

Das Umzugsjahr des Statistischen Reichsamts, 1925, in dem die Abteilung Finanzstatistik und das Institut für Konjunkturforschung das Licht der Welt erblickten, verhalf noch einem anderen Glied des Amtes zu neuem Leben. Der Abteilung III, die im Jahre 1920 so stark verkleinert worden war, wurde die Vorbereitung und Durchführung der größten „Nachkriegsinventur“, der Volks-, Berufs- und Betriebszählung vom 16. 6. 1925 übertragen. Die letzte Volkszählung hatte 1910, die letzte Berufs- und Betriebszählung sogar schon 1907 stattgefunden, wenn man von den lediglich der Kriegswirtschaft und der Lebensmittelrationierung dienenden Zählungen während des Krieges absah. Die bisher nur geschätzte Volkseinbuße von elf Millionen Menschen durch Krieg und Kriegsfolgen mußte endlich festgestellt werden, um zu gesicherten Einwohnerzahlen zu kommen. Ebenso wichtig und dringend erschien nach Krieg und Inflation die wirtschafts- und sozialstatistische Inventur in dem verarmten und arg zusammengeschrumpften Deutschland durch die Berufs- und Betriebszählung, bei der sowohl die gewerblichen als auch die landwirtschaftlichen Betriebe eingehend befragt wurden.

In der jahrelangen gemeinsamen Arbeit an dem ebenso umfangreichen wie bedeutsamen Erhebungs- und Aufbereitungsprogramm dieser seit 1921 geplanten Zählung nahmen das Statistische Reichsamt und die Landesämter zum erstenmal nach dem Kriege wieder ständige Fühlung miteinander. Das war umso wichtiger, als die Weimarer Verfassung von 1919 mit ihren auf den Einheitsstaat zielenden Grundsätzen unter Umständen geeignet gewesen wäre, das gute Verhältnis zwischen Reichsamt und Landesämtern zu belasten. Nun zeigte sich, daß dies nicht der Fall war. Zwar war von nun an das Reichsamt bei den Vorbereitungen dieser wie aller anderen Reichserhebungen führend. Bei der Aufstellung von Richtlinien für die Aufbereitung, die Gestaltung der Tabellen usw. wirkten aber die Landesämter mit und übernahmen 1925 bis auf wenige Ausnahmen auch alle Aufbereitungsarbeiten selbst. Man zog zu diesen Konferenzen von jetzt ab auch die



*Statistikerkonferenz Bad Homburg 1930*

1. Reihe (von links nach rechts): Reithlinger, Cassau, Furst, Zahn, Wagemann, Saenger, Soltau, Platzer, Buhl

2. Reihe: Schulze, Quante, Schott, Schwarz, Böhmert, Ephraim, Otte, Burgdörfer

3. Reihe: Mahnke, Müller-Weimar, Lind, Raoterberg, Burkhardt, von Tyszkä, Keller

Städtestatistiker regelmäßig hinzu, denn schließlich hatten ja die Gemeinden die Befragung technisch durchzuführen. Und ebenso ließ man sich von zahlreichen Sachverständigen der Wirtschafts- und Berufsverbände bei der Vorbereitung dieses großen Zählwerks beraten, für das vom Reich die für damalige Verhältnisse enorme Summe von 20 Millionen Mark zur Verfügung gestellt wurde. Mit den 18 Bände umfassenden Ergebnissen der Volks-, Berufs- und Betriebszählung 1925 eröffnete das Statistische Reichsamt die 400er Reihe der „Statistik des Deutschen Reichs“. Im Jahre 1927 schloß sich die erste „Reichswohnungszählung“ an.

1929 begannen die schlimmen wirtschaftlichen Depressionen, die von USA ihren Ausgang nahmen und sich rasch über die ganze Welt verbreiteten. Die meisten von uns werden sich wohl noch gut daran erinnern können. Das Kassendefizit des Reiches betrug Ende 1929 bereits 1,7 Milliarden Mark. Die Regierung Brüning griff zu Notverordnungen und kürzte die Beamtengehälter. Der Haushalt des Statistischen Reichsamts wurde 1930 von 13 auf 8 Millionen herabgesetzt. Von den 3000 Mitarbeitern des Jahres 1928 mußten allmählich 1000 entlassen werden, während in diesen Jahren die Zahl der Arbeitslosen von 2 auf 6 Millionen stieg. Überall wurde von Einsparung gesprochen; das Problem der Rationalisierung tauchte auf. 1931 wurde auf Wunsch des Reichstags eine vom

Statistischen Reichsamt unabhängig arbeitende Kommission eingesetzt „zur Untersuchung und Ausarbeitung von Vorschlägen, wie die gesamte deutsche Statistik organisatorisch und systematisch aufzubauen sei“. Der Organisationsplan des Statistischen Reichsamts wies seit 1929 durch Aufspaltung der Abteilung III insgesamt acht Abteilungen mit 91 den Referaten zugewiesenen Arbeitsgruppen auf:

Abteilung	I Allgemeine Verwaltung und Verwaltungsstatistik (Meisinger)
Abteilung	II Handels- und Verkehrsstatistik (Dr. Bramstedt, seit 1931 Dr. Grävele)
Abteilung	III Sozialstatistik (Dr. Platzer)
Abteilung	IV Bevölkerungs-, Landwirtschafts- und Produktionsstatistik (Dr. Burgdörfer)
Abteilung	V Finanzstatistik (Dr. Wohlmanstetter, seit 1931 Dr. Reimer)
Abteilung	VI Steuerstatistik (Dr. Wohlmanstetter)
Abteilung	VII Finanz- und Wirtschaftsstatistik (Dr. Wohlmanstetter)
Abteilung	VIII Allgemeine Wirtschaftsstatistik (Dr. Bramstedt)

Diese Organisation blieb zwar zunächst unverändert, aber es mußte bei andauernder Wirtschaftskrise mit weniger Personal vermehrte Arbeit geleistet werden, wie Präsident Wagemann zum 60jährigen Bestehen des Amtes am 23. Juli 1932 hervorhob. — In Berlin war wenige Tage zuvor wegen des „preußischen Staatsstreichs“ gerade wieder einmal der Belagerungszustand erklärt worden.

Das Jahr 1933 brachte auch in das Statistische Reichsamt eine Menge Unruhe und Veränderungen. Zwei Abteilungsleiter verließen das Amt, als im April 1933 das „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ erlassen worden war, und wurden „aus Ersparnisgründen“ zunächst nicht wieder ersetzt. Wagemann wurde von dem damaligen Reichswirtschaftsminister Hugenberg seines Präsidentenamtes enthoben, behielt aber die Leitung des Instituts für Konjunkturforschung bei, das später in „Institut für Wirtschaftsforschung“ umbenannt wurde. Institut und Reichsamt waren nun räumlich und organisatorisch völlig getrennt. Die Personalunion in der Leitung und bei zahlreichen Mitarbeitern hatte sicherlich die Arbeit beider Institutionen befruchtet, war aber auch der Herd gewisser Schwierigkeiten gewesen, die mit zu dieser radikalen Trennung führten.

Die Leitung des Reichsamts übernahm der um vier Jahre ältere Jurist Wolfgang Reichardt, der aus dem sächsischen Staatsdienst schon während des Krieges in Reichsdienste übergegangen und seit 1919 im Reichswirtschaftsministerium tätig gewesen war. Seit 1927 Ministerialdirektor, hatte er als Reichskommissar für Handwerk schon häufig Berührung mit dem Statistischen Reichsamt gehabt. Als ihm im August 1933 dessen Leitung übertragen wurde, erhielt das Amt in ihm einen Behördenchef von ruhiger Vornehmheit, Menschlichkeit und ausgeprägtem Gerechtigkeitsinn. Ihm ist es zu verdanken, wenn der Arbeitsfriede im Statistischen Reichsamt, der durch den allenthalben ausbrechenden politischen Radikalismus in den folgenden Jahren mehr als einmal gefährdet war, wenigstens so lange wie möglich aufrechterhalten blieb. Und an Arbeit fehlte es ja nicht.

Zunächst wurde eine neue Volks-, Berufs- und Betriebszählung am 16. 6. 1933 vorgenommen, nachdem der durch die „Genfer Konvention zur Wirtschaftsstatistik“ im Jahre 1928 vereinbarte Welttermin von 1930 von Deutschland aus finanziellen Gründen nicht hatte eingehalten werden können. Diese zweite volkswirtschaftliche Inventur im „Depressionstief“ mußte mit der Hälfte der Geldmittel durchgeführt werden, die 1925 zur Verfügung gestanden hatten. Ihr Hauptakzent lag diesmal wegen des übergroßen Arbeitslosenproblems auf der Berufszählung, so daß sie deshalb, aber auch wegen einiger neuer familienstatistischer Fragen das besondere Interesse der Regierung fand, die auf dieser Zählung ihre Bevölkerungs- und Arbeitsbeschaffungspolitik aufzubauen gedachte.





*Blick auf das Statistische Bundesamt vom Wiesbadener Bahnhof*



Dank der Erfahrungen mit der Zählung 1925 konnte die Aufbereitung sehr schnell vorangetrieben werden, so daß nach weniger als fünf Monaten die Zahlen der Wohnbevölkerung und binnen Jahresfrist alle Hauptergebnisse der Zählung fertig vorlagen. Im Herbst 1933 wurde eine Nacherhebung angeordnet, welche die Produktion aller wichtigen Industriezweige für das ganze Kalenderjahr 1933 erfassen sollte. Mit dieser Erhebung war von einem bescheidenen Reichsamtreferat, das bisher nur einige ausgewählte Industriegruppen befragt hatte, der entscheidende Schritt getan zum Ausbau einer nach angelsächsischem Muster die Betriebsstruktur und die Produktion der *gesamten* Industrie genau beobachtenden umfangreichen Statistik, die seit 1935 in einer eigenen

Abteilung „Industrielle Produktionsstatistik“ (Dr. Leisse)

im Statistischen Reichsamt bearbeitet wurde.

Überhaupt fing das ganze Amt an, förmlich in allen Nähten zu krachen. Die Zählung 1933 hatte eine Einstellung von fast 800 Zeitangestellten erfordert, von denen mit dem wachsenden Umfang der Arbeiten viele dauernd übernommen werden konnten. Das Gesetz „über den Neuaufbau des Reichs“ hatte das Land Preußen im Reich aufgehen lassen; das Preußische Statistische Landesamt wurde im Herbst 1934 aufgelöst, und der größere Teil seiner Mitarbeiter, etwa 400, ging an das Statistische Reichsamt über. Damit war in der personellen Besetzung die 3000er Grenze von 1928 wieder erreicht. Dem Statistischen Reichsamt fielen aber von jetzt ab auch für das Gebiet Preußens sämtliche Erhebungs- und Aufbereitungsarbeiten zu, die vorher Aufgabe des Preußischen Landesamts gewesen waren. Außerdem war die nationalsozialistische Regierung von Anfang an bemüht, die Verwaltung immer stärker zu zentralisieren. Es ließ sich also absehen, daß der Personalbedarf des Statistischen Reichsamts weiter ansteigen, ja bei jeder größeren Zählung geradezu sprunghaft in die Höhe schnellen werde.

Schon längst nicht mehr war das Lützowufer mit seiner Außenhandelsstatistik die einzige Außenstelle des am Kurfürstendamm residierenden Reichsamts; sieben bis acht weitere, zum Teil recht umfangreiche Außenstellen waren inzwischen hinzugekommen, und jetzt sah es so aus, als sollten sie noch zahlreicher werden und sich schließlich mehr Amtsangehörige in den Außenstellen als im Amt selbst befinden. Wer von den neu Hinzugekommenen wußte schon, wie der Präsident aussah? Selbst den Abteilungsleiter und den eigenen Referenten hatten die meisten bestenfalls am Tage ihrer Einstellung mal zu sehen bekommen. Nur der Gruppenleiter war der täglich sichtbare, Respekt oder Zutrauen einflößende Repräsentant des Amtes, denn damals hatte der Referent nur mit dem Gruppenleiter, aber nie mit den einzelnen Mitarbeitern zu tun. Wollte man aus dieser zerstreuten Herde ein sich zusammengehörig fühlendes Ganzes, einen an Haupt und Gliedern harmonischen Behördenorganismus machen — und Präsident Reichardt wollte das —, so mußte man ein neues, größeres und schöneres Haus finden, in dem möglichst alle Abteilungen untergebracht werden konnten.

Da bot sich um die Jahreswende 1934/35 ein erst vor wenigen Jahren erbautes Warenhaus, das Karstadtgebäude, in der Gegend des Alexanderplatzes an, dessen riesige imposante Front nach der Neuen Königstraße zu gelegen war. Hier hatte bereits im Frühjahr 1934 das Preußische Landesamt die Volks- und Berufszählung aufbereiten lassen. Jetzt wurde der ganze Gebäudekomplex für 28 Millionen an das Reich verkauft, und das Statistische Reichsamt zog in die großen, hellen Räume ein, nachdem es der Verwaltungsabteilung gelungen war, ebenso wie zehn Jahre zuvor ein Hotel, so nun auch ein Warenhaus zum Behördensitz umzugestalten.

Der Februar 1935 mit seinem Umzug in „das Reichshaus“ ist den meisten der Beteiligten wie der Beginn eines neuen Abschnitts in der Geschichte des Reichsamts im Gedächtnis geblieben. Allerdings hätte wohl damals niemand geglaubt, daß dieser Abschnitt nur neun Jahre dauern sollte.



*Statistisches Reichsamt, Berlin, Neue Königstraße*

Auch in der inneren Struktur des Amtes hatte sich, wie gezeigt, zu dieser Zeit bereits manches verändert. Auf dem Organisationsplan 1935 lesen wir:

- Abteilung I Allgemeine Verwaltung (ab 1937 Dr. von Jonquières)
- Abteilung II Handels- und Verkehrsstatistik (Dr. Grävell)
- Abteilung III Sozialstatistik (Dr. Platzer)
- Abteilung IV Bevölkerungs-, Landwirtschafts- und Kulturstatistik  
(Dr. Burgdörfer)
- Abteilung V Finanz- und Steuerstatistik (Dr. Warnack)
- Abteilung VI Allgemeine Wirtschaftsstatistik (Dr. Bramstedt)
- Abteilung VII Industrielle Produktionsstatistik (Dr. Leisse)

Im nächsten Jahr bereits befanden sich in dem Menschenstrom, der sich morgens durch die großen Portale des Karstadthauses bewegte und sich mit „Proletenbagger“ oder „Bonzenheber“ zu den Arbeitsplätzen befördern ließ, 500 neue Mitarbeiter. Und in jedem folgenden Jahr kamen etwa weitere 500 allein für die ständigen Aufgaben des Reichsamts hinzu. Unter diesen Umständen drohte natürlich die Verwaltungsarbeit dem Präsidenten völlig über den Kopf zu wachsen. Die Verwaltungsabteilung erhielt deshalb nach vierjähriger Vakanz — Meisinger war 1933 ausgeschieden — 1937 wieder einen eigenen Direktor. Außerdem wurde dem Präsidenten ein anderer Abteilungsdirektor als ständiger Vertreter beigegeben. In Vizepräsident Platzer stand dem Präsidenten ein „gebürtiger“ Statistiker zur Seite, der in drei Jahrzehnten als Städte-, Landes- und Reichsstatistiker von der Pike auf gedient hatte und dem das Statistische Reichsamt auch die Herausgabe des ersten volkswirtschaftlich-statistischen Lesebuches „Die Deutsche Wirtschaftskunde“ verdankt, die in der „Wirtschaftskunde der Bundesrepublik Deutschland“ kürzlich wieder aufgelebt und wahrscheinlich das beliebteste und am meisten gebrauchte Buch aus der amtlichen Statistik ist — muß man doch nicht unbedingt vom Fach sein, um es zu verstehen.

Wie kam es aber, daß das Statistische Reichsamt unter der nationalsozialistischen Regierung doppelt so groß wurde wie vorher? Weil Staats- und Wirtschaftsform auch Organisation und Umfang der Statistik beeinflussen.

Unter Bismarck waren der Reichsstatistik von den noch sehr selbständigen Bundesländern nur bestimmte Gebiete von allerdings zentraler Bedeutung zugestanden worden. Als mit der Weimarer Verfassung die deutschen Länder mehr hinter der Reichsgewalt zurücktraten, wurde die Finanz- und Steuerstatistik als die umfangreichste der neu hinzugekommenen Aufgaben von der Reichsstatistik zentral übernommen. Diese Entwicklung setzte sich unter der nationalsozialistischen Regierung fort, die allerdings unter der Herrschaft des „Führerprinzips“ bei der Einführung amtlicher Erhebungen nach einheitlichen Formularen weniger mit den Ländern „verhandelte“, sondern stärker „befahl“. Hinzu kam, daß sich zentral geführte Statistiken, wie zum Beispiel die schon erwähnte industrielle Produktionsstatistik, auch sachlich auszudehnen begannen. Personal und Haushalt des Statistischen Reichsamts mußten also dementsprechend ansteigen, während die Landesämter nicht mehr im gleichen Verhältnis dazu anwuchsen. Im Reichsamt, das seine Betriebsausflüge seit 1935 auf sechs Dampfern zu machen pflegte und für das Gaudi eines solchen Tages eine ganze Havelinsel mietete, wurde deshalb schon wieder einmal nach „Außenstellen“ gerufen.

Die neue Regierungspolitik wandelte nicht nur die Organisation, sondern auch den Charakter der amtlichen Statistik. An die Stelle des bisherigen freien Wettbewerbs in der Wirtschaft trat zunehmend die staatliche Wirtschaftslenkung, die stets der Statistik zusätzliche, aber anders geartete Aufgaben stellt. Statt wie bisher nur Wirtschaftsvorgänge darzustellen, sollte die Statistik zusätzlich Planungsunterlagen liefern. Aus der Wirtschaftsstatistik wurde so eine Bewirtschaftungsstatistik, bei deren Unterlagen nicht mehr nur die Zahlenergebnisse, sondern die einzelnen Menschen und Betriebe interessiert und kontrolliert werden sollten.

Diese Aufgaben waren allerdings mit dem Wesen der bisherigen amtlichen Statistik schwer zu vereinbaren. Schon 1933 und besonders seit der Einführung der „Vierjahrespläne“ 1936 begannen die zahllosen von Staat und Partei geschaffenen Zwangsorganisationen eine eigene und oft wilde statistische Tätigkeit, die bald völlig unkontrollierbare Ausmaße annahm, obwohl die Reichsminister für Ernährung und Wirtschaft und schließlich auch die Reichsleiter der Partei und der Deutschen Arbeitsfront ihren Dienststellen auferlegten, sich vor jeder geplanten statistischen Erhebung mit dem Statistischen Reichsamt in Verbindung zu setzen. Hier sah sich das Reichsamt nicht nur anderen Aufgaben, sondern auch anderen und schwierigeren Verhandlungspartnern gegenüber, als es die Wirtschafts- und Berufsverbände der 20er Jahre gewesen waren.

Erst mit einer zum Vierjahresplan erlassenen „Verordnung zur Vereinfachung der Wirtschaftsstatistik“ vom 13. Februar 1939 wurde ein wirksamer Versuch gemacht, das wild wuchernde Gestrüpp der statistischen Anforderungen zu lichten und zu ordnen. Alle Erhebungen — mit Ausnahme der gesetzlich vorgeschriebenen oder von der Partei angeordneten — mußten nun von einem vom Statistischen Reichsamt geleiteten „Zentralausschuß“ genehmigt werden. Für fast tausend geplante Erhebungen wurde noch im gleichen Jahr eine solche Genehmigung beantragt, aber nicht mehr als die Hälfte hielt der sachlichen Prüfung durch den Statistischen Zentralausschuß stand. Auf diese Weise war es dem Reichsamt auch noch während des Krieges möglich, die gesamte statistische Tätigkeit zu überschauen und Auswüchse zu verhindern.

Eine Wirtschaftspolitik, die einen möglichst hohen Grad der Selbstversorgung erstrebte und bei der schon lange unausgesprochen die Möglichkeit eines Krieges im Hintergrund



stand, warf ihre Schatten auch auf das Planen und Arbeiten des Statistischen Reichsamts. Die Abteilung VII „Industrielle Produktionsstatistik“ wurde 1938 auf zwei Jahre vom Statistischen Reichsamt abgetrennt und in ein „Reichsamt für wehrwirtschaftliche Planung“ verwandelt. Äußerlich blieb zwar alles beim alten — Personal, Dienstaufsicht und die Diensträume auf der Klosterstraße. Aber in dem neuen Reichsamt entstanden doch, während in der deutschen Industrie die Rüstungsproduktion auf vollen Touren lief, eine Reihe von Arbeiten, von denen das Statistische Amt nichts mehr erfuhr und die nur für die Behörden des Vierjahresplanes und das Reichswehrministerium bestimmt waren.

Unmittelbare Kriegserwartung stand wohl auch hinter den verstärkten Bemühungen der Regierung, stets genaue und neueste Zahlen aus allen Gebieten der Landwirtschaft zu erhalten. Hier hatten die Nationalsozialisten schon seit Jahren ständig neue amtliche Statistiken eingeführt, mehr als auf irgend einem anderen Gebiet. Die Notwendigkeit, die Ernährung der Bevölkerung für den Kriegsfall zu sichern, führte dazu, daß im Statistischen Reichsamt 1939 an die Stelle der Industriellen Produktionsstatistik eine neue Abteilung rückte mit der Bezeichnung

#### Abteilung VII Landwirtschafts-, Forst- und Fischereistatistik (Dr. Quante).

Als das Reichsamt für wehrwirtschaftliche Planung von den deutschen Militärbehörden abgelöst wurde, kehrte es 1940 als Abteilung VIII unter der ursprünglichen Bezeichnung zum Statistischen Reichsamt zurück.

Auch auf anderen Gebieten bahnten sich größere statistische Aufgaben an. Die Ergebnisse der „Notzählung“ 1933 waren durch die wirtschaftliche Entwicklung längst überholt. Eine neue Volks-, Berufs- und Betriebszählung wurde für 1938 vorbereitet, aber wegen des Anschlusses Österreichs vertagt. Die Sudetenkrise im Herbst 1938 führte zu einer neuen Erweiterung des Reichsgebietes, und so startete das Mammutunternehmen der ersten und letzten „großdeutschen“ Volks-, Berufs- und Betriebszählung erst am 17. Mai 1939.

Im Reichsamt war ein Hilfspersonal von 2000 Mann angetreten, um die mehr als 70 Eisenbahnwagen beschriebenen Papiere zu bearbeiten und das, obwohl ein Teil der Arbeiten den Landesämtern vom Reich übertragen worden war. Die Deutsche Hollerith-Maschinengesellschaft, der die gesamte maschinelle Aufbereitung oblag, richtete eine eigene Zweigstelle in den Räumen des Reichsamts ein. Gezählt wurden diesmal nicht nur die Landwirtschafts- und Gewerbebetriebe, sondern auch alle Behörden, öffentlichen Unternehmen, freien Berufe usw. unter der weniger schönen als praktischen Bezeichnung „Nichtlandwirtschaftliche Arbeitsstätten“. Auf diesem Teil der Erhebung lag denn auch das Hauptgewicht. Gegen die von oben angeordnete politische Begleitmusik zur Volkszählung war das Reichsamt allerdings machtlos. So wurde auch danach gefragt, welchem Volke jeder Einzelne sich „innerlich verbunden“ fühle.

Die Ergebnisse ließen diesmal länger als geplant auf sich warten, denn schon dreieinhalb Monate nach der Zählung brach am 1. September 1939 der „totale“ Krieg aus.

Das Statistische Reichsamt ging mit fast 5000 ständigen Mitarbeitern, unter denen sich etwa 1000 Beamte befanden, und ca. 2000 Zeitangestellten in diesen Krieg hinein. Es verfügte über einen Haushalt von 23 Millionen Mark und über den größten und modernsten Hollerith-Maschinen-Park unter allen deutschen Behörden. Laufende maschinelle Aufbereitung erfuhren im Reichsamt um diese Zeit nicht nur die Handels- und Binnenschiffahrtsstatistik, sondern u. a. auch die Finanz- und Steuerstatistiken, die monatlichen Industrie- und Handwerksberichte, die damals übrigens nicht mehr vom Reichsamt, sondern von der Reichsgruppe Industrie erhoben wurden, und die Besoldung der Reichsamtangehörigen.



Natürlich zerriß der Krieg auch die fachlichen Verbindungen zum Ausland, die das Reichsamt stets zur wissenschaftlichen Förderung seiner Arbeit als ebenso notwendig wie selbstverständlich angesehen hatte.

Auf Grund der Genfer Konvention über die Wirtschaftsstatistik 1928, die auch das Deutsche Reich unterzeichnet hatte, waren in Genf zum ersten Male Vertreter der amtlichen Statistik in einem Ausschuß statistischer Sachverständiger zusammengetreten. Der Sekretär dieses Ausschusses, aus dem die heutige Statistische Kommission der Vereinten Nationen entstand, war aus dem Statistischen Reichsamt hervorgegangen, es war unser heutiger Präsident.



*Präsident Dr. Fürst in seinem Arbeitszimmer*

In weiter Vergangenheit schienen jetzt die Jahre 1931 bis 1936 zu liegen, in denen ein Deutscher — der Präsident des Bayerischen Statistischen Landesamtes, Prof. Dr. Friedrich Zahn — das Internationale Statistische Institut geleitet hatte. Seit Deutschland 1933 aus dem Völkerbund ausgetreten war, verlor das Reichsamt auch den unmittelbaren Kontakt mit der statistischen Arbeit im Genfer Palais des Nations und im Internationalen Arbeitsamt.

Nach 1933 erfuhr man in Deutschland zwar noch, welche großen technischen und methodischen Fortschritte die Statistik in den angelsächsischen Ländern machte, aber seit 1939 hörten auch diese Informationen auf. Alle amtliche statistische Arbeit hatte, soweit sie durch den sofort einsetzenden Personal- und Materialmangel überhaupt fortgeführt werden konnte, nur noch dem Kriege und seinen Zwecken zu dienen.

Der Druck, der sich damit auf alle fachliche Arbeit legte, wirkte sich auch auf Organisation und Personalpolitik des Amtes aus. Auf Drängen des Berliner Gauleiters wurden die Personalreferate der Verwaltungsabteilung entzogen und formal dem Präsidenten



unmittelbar unterstellt. Die Gründe hierfür waren offensichtlich parteipolitischer Art. Auf diese Weise sollten die von der NSDAP ausgewählten Personalreferenten bei Einstellung, Beförderung und Entlassung der Arbeitskräfte freiere Hand erhalten und von etwaigen Einsprüchen der Verwaltung unabhängig sein.

Unter diesen Umständen wollte Präsident Reichardt die Verantwortung für das Amt nicht weiter tragen. Er zog sich 1940 als ein kranker Mann ins Privatleben zurück. An seine Stelle trat Ministerialrat Godlewski, der bereits 1923/24 als Oberregierungsrat vorübergehend in der Außenhandelsabteilung des Reichsamts tätig gewesen war und später im Reichswirtschaftsministerium Organisation und Haushalt des Amtes betreut hatte. Präsident Reichardt war in den sieben Jahren seiner Amtstätigkeit mit seinem gemüthlichen sächsischen Dialekt für die meisten Amtsangehörigen ein fester Begriff geworden. Der neue Präsident, der das Amt in schwierigsten Zeiten erhielt und es vielfach gegen Ansprüche und Wünsche von außen her abschirmen mußte, regierte dagegen zumeist hinter verschlossenen Türen.

Trotz der kriegsbedingten Einschränkungen war es noch immer eine sehr stattliche Behörde, die Godlewski im zweiten Kriegsjahr übernahm. Aus den fünf Fachabteilungen mit insgesamt 50 Referaten des Jahres 1927 waren nach manchem Auf und Ab sieben Fachabteilungen mit nicht weniger als 140 Referaten geworden. Ihnen waren 159 Arbeitsgruppen mit einer wechselnden Zahl von Personen unter einem Gruppenleiter zugeteilt, deren Arbeitsgebiet in der Regel mit den entsprechenden Fachreferaten übereinstimmte. Zu diesen Fachgruppen kamen noch 32 Gruppen bzw. Büros der Verwaltungsabteilung hinzu, zu der auch die Hollerith- und Veröffentlichungsreferate gehörten. Der Geschäftsverteilungsplan des Statistischen Reichsamts weist 1940/42 folgende Abteilungen aus:

Dem Präsidenten unmittelbar unterstellt:

- Personalreferate, Politische Angelegenheiten, Zentralreferat für Auslandsstatistik, Organisation des Statistischen Dienstes
- Zentralstelle für die Sammelveröffentlichungen (Vizepräsident Dr. Platzer)
- Abteilung I Allgemeine Verwaltung (Dr. v. Jonquières)
- Abteilung II Handels- und Verkehrsstatistik (Dr. Grävell)
- Abteilung III Sozialstatistik (Dr. Jacobs)
- Abteilung IV Bevölkerungs-, Betriebs- und Kulturstatistik (Vizepräsident Dr. Platzer)
- Abteilung V Finanz- und Steuerstatistik (Dr. Warnack)
- Abteilung VI Zusammenfassende Wirtschaftsstatistik (Dr. Bramstedt)
- Abteilung VII Landwirtschafts-, Forst- und Fischerei-Statistik (Dr. Quante)
- Abteilung VIII Industrielle Produktionsstatistik (Dr. Leisse).

Solange wie möglich wurde ein geregelter Arbeitsbetrieb im Reichsamt aufrecht erhalten. Seit 1942 ging der „Heldenklauf“ um, wie wir aus Personalaufstellungen für die Dienststelle des Generals Unruh wissen. Die Zurückbleibenden verrichteten schweigend und selbstverständlich das Mehrfache an Arbeit. Aber die Drucklegung des Statistischen Jahrbuchs 1941/42, das den roten Generalstreifen einer Geheimsache trug, war nur noch unter großen Schwierigkeiten möglich, denn seit 1943 verstärkten sich die Luftangriffe auf Berlin, so daß man bereits öfter im Luftschutzkeller als am Schreibtisch saß. Seit dem Sommer 1943 war man mit der Verlagerung einzelner statistischer Arbeitsgruppen beschäftigt, da krachten um die Mittagszeit des 19. Mai 1944 bei einem massierten englischen Tagesangriff drei Volltreffer auf das Reichsamtsgebäude nieder und zerstörten die improvisierten Luftschutzräume. Das Schlimmste jedoch: von der Belegschaft forderte dieser Angriff 26 Todesopfer, die sich nur zu bald durch weitere Todesfälle unter den 103 Verletzten noch vermehrten. Nach diesem schrecklichen Ereignis

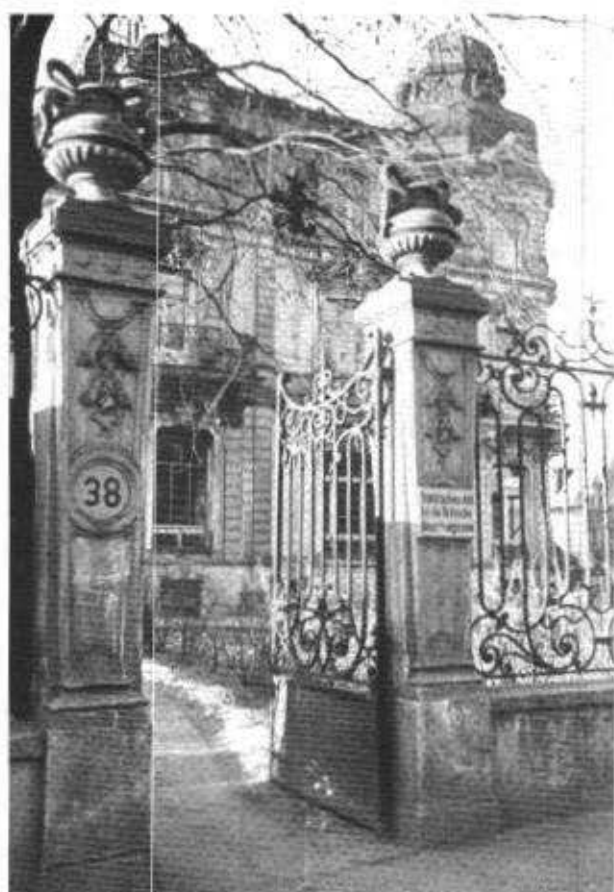
ordnete das Reichswirtschaftsministerium, das zur gleichen Zeit vollständig zerstört wurde und zu einem Teil sich bei seiner nachgeordneten Behörde einquartierte, den sofortigen Bau eines vorschriftsmäßigen Luftschutzbunkers an, der so ziemlich das einzige ist, was von dem ehemaligen Reichsamtssitz auf der Neuen Königstraße bis heute unbeschädigt erhalten blieb. Zwar richtete man sich in dem beschädigten Gebäude notdürftig wieder ein, aber es war nun nicht mehr von der Hand zu weisen, daß der Schutz der Amtsangehörigen eine beschleunigte Evakuierung des Amtes erforderte, zumal auch die Berliner Außenstellen Bombenschäden erlitten. In zahlreichen, über das ganze deutsche Reichsgebiet verstreuten Evakuierungsstellen führten seitdem viele Referate des Reichsamts ein recht kümmerliches Dasein in ungewohnter ländlicher Idylle, bis die apokalyptischen Reiter des deutschen Zusammenbruchs im Frühjahr 1945 über sie hinwegbrausten.

Daß die Welt sehr viel anders aussah, als wir nach dem 8. Mai 1945 die eingezogenen Köpfe erstmals vorsichtig wieder zu heben und Umschau zu halten versuchten, wissen wir alle noch recht gut. Am schlimmsten war die Lage zunächst für die in Berlin selbst Zurückgebliebenen. Wer sich in den heißen Maitagen etwa zu Fuß und über die Reste zerstörter Kanalbrücken balancierend in die Innenstadt wagte, fand wirklich nur noch menschenleere, trostlose Trümmerstätten vor. Beim Endkampf um den Alexanderplatz war das Hauptgebäude Neue Königstraße erneut und diesmal bis zur Unbrauchbarkeit zerstört worden, ebenso die meisten Außenstellen. Nur der Sitz der Industriellen Produktionsstatistik Klosterstraße 80/85 schien noch einigermaßen erhalten zu sein. Und dahin siedelte denn auch allmählich um, was an Menschen und Material des ehemaligen Reichsamts den Zusammenbruch überstanden hatte, unter anderem auch die damals noch 200 000 Bände umfassende Reichsamtsbibliothek. Jeder griff zu, wo es gerade nötig war, und scheute keine Dreckarbeit, sah es doch so aus, als solle nach der Götterdämmerung ein Neuanfang noch einmal möglich sein. Man verhandelte mit den deutschen Bezirksbehörden und den Offizieren der Besatzungsmacht, bis die Alliierte Kommandantura an die Stelle der Berliner Stadtverwaltung trat.

Die willkürliche Zerteilung Berlins in vier Sektoren führte dazu, daß die Reste des Reichsamts in der Klosterstraße im russischen Sektor verblieben und damit im Machtbereich der Sowjetischen Militäradministration, die sogleich großes Interesse an der Neuorganisation einer amtlichen Statistik zeigte. Nachdem sie bereits im September 1945 für ihre Besatzungszone elf deutsche Zentralverwaltungen eingerichtet hatte, entstand auf der Klosterstraße durch den Befehl 105 des Marschalls Shukow vom 19. Oktober 1945 die „Deutsche Zentralverwaltung für Statistik in der Sowjetischen Besatzungszone“ mit 190 ehemaligen Reichsamtstatistikern. Dieses Statistische Zentralamt für die sowjetische Zone begann mit einem aus fünf Landesämtern und 178 Kreisreferaten bestehenden Zentralausschuß auf den verbliebenen Organisationsgrundlagen des Reichsamts zu arbeiten und führte schon am 1. Dezember 1945 in der russischen Zone und in Berlin eine verkürzte Volkszählung durch.

Damit waren die Russen einem Beschluß der Potsdamer Konferenz zuvorgekommen, der vorsah, einen zentralen deutschen Verwaltungsapparat für die Wirtschafts- und Verkehrsfragen aller vier Zonen zu schaffen. Den westlichen Alliierten blieb auf abschbare Zeit nichts anderes übrig, als auch in ihren Zonen eigene Verwaltungen entstehen zu lassen. Das tat nun jede Besatzungsmacht so, wie es ihren jeweiligen politischen Absichten mit Deutschland entsprach. Und auch die Statistik, die für die Lebensmittelverteilung und Gesundheitskontrolle, für den Wiederaufbau der Landwirtschaft und des Verkehrs, aber auch für die geplanten Demontagen und Reparationen notwendig war, wurde vielfach so organisiert und durchgeführt, wie die Besatzung das bei sich zu Hause gewohnt war. Sie bediente sich dazu vorwiegend der noch vorhandenen deutschen statistischen Dienststellen.

So entstand in der britischen Zone aus der Ausweichstelle des Statistischen Reichsamts in Hamburg-Bergedorf ein „Statistisches Amt für die Britische Besatzungszone“, das seine Rechtsgrundlage und seinen offiziellen Sitz in Hamburg zwar erst am 30. 11. 1946 durch die Verordnung 71 der Britischen Militärregierung erhielt, aber schon seit 1945 arbeitete und einen eigenen statistischen Planungsstab bei der Statistischen Sektion der Britischen Militärregierung in Minden aufzuweisen hatte. Das Amt, in preußischer Kürze „StABB“ genannt, bestand Mitte 1946 aus 60 Personen, war aber bereits wieder ein Abbild des Statistischen Reichsamts im Kleinen. Es führte alle notwendigen und von der Militärregierung gewünschten Erhebungen für die ganze Zone zentral durch. Es wirkte auch bei der Gründung der Statistischen Landesämter in den erst Ende 1946 geschaffenen Ländern der britischen Zone mit. Für Nordrhein-Westfalen entstand ein Statistisches Landesamt in Düsseldorf, für Niedersachsen in Hannover. Das Statistische Landesamt für Schleswig-Holstein siedelte endgültig nach Kiel über, und nur das seit jeher bestehende Statistische Landesamt Hamburg war keine Neugründung. „StABB“ wurde bald zum gelohnten Land vieler heimatloser Fachstatistiker; denn es war im Westen das einzige Zonenamt mit zentralen Aufgaben, das aussichtsreiche Arbeitsmöglichkeiten bot. Daß hier die Entnazifizierungsbestimmungen etwas weniger starr und schematisch gehandhabt wurden als in der amerikanischen Zone, daß es markenfreies Essen und Schwerarbeiterzulage gab, hatte sich natürlich auch bald herumgesprochen.



*Der Eingang  
zum Statistischen Amt  
der Britischen Besatzungszone  
Hamburg, Mittelweg 38*

In der amerikanischen Zone waren die Dinge nicht ganz so einfach. Unter allen statistischen Dienststellen, welche die Amerikaner — die nach den Russen als die fanatischsten Statistiker gelten — in ihrer Zone vorfanden und sofort für ihre Zwecke einspannten, erschien die zur ehemaligen Reichsgruppe Industrie gehörige Industrierichterstattung am interessantesten. Diese mit dem Reichsamt eng verknüpfte Dienststelle war in den letzten Kriegsmonaten mitsamt ihren Unterlagen, Hollerith- und Rechenmaschinen von Berlin nach Bad Nauheim evakuiert worden und arbeitete dort in einem Badehaus weiter, so gut das eben ging, wenn man statt hinter Schreibtischen auf den Rändern von Badewannen sitzt. Hier befanden sich also Zahlenangaben über jeden größeren deutschen Industriebetrieb. Man bedenke, welch ein Material! Und Hollerith- und Rechenmaschinen dazu, von denen die letzten noch heute im Statistischen Bundesamt Dienst tun!

Die amtliche Statistik in der amerikanischen Zone, in der alle staatliche Macht den Ländern zugewiesen war und deutsche Zonenbehörden nicht bestanden, wurde zunächst von den guten alten Statistischen Landesämtern in München, Stuttgart und Karlsruhe repräsentiert, deren Länder den Zusammenbruch überlebt hatten. Sie alle hatten aber durch den Verlust an Gebäuden und Material als Bomben- oder Besatzungsfolge mehr als genug mit sich selbst zu tun.

Neben Bayern und Baden-Württemberg schufen die Amerikaner aus früheren preußischen Gebietsteilen und dem Rest des Landes Hessen-Darmstadt im September 1945 das Land „Großhessen“. An dessen Regierungssitz Wiesbaden mußte vom Dezember 1945 ab unter der Leitung von Dr. Fürst ein Hessisches Statistisches Landesamt ganz neu aufgebaut werden, da von dem an sich kleinen Landesamt Darmstadt nach den letzten Luftangriffen kaum noch etwas übriggeblieben war. Die ersten Aufbauarbeiten stießen sich hier wie überall an den Schwierigkeiten der Beschaffung von Raum, Tischen, Stühlen, Papier und einfachstem Handwerkszeug, am Mangel an Glühlampen usw., also an allen Dingen, die überhaupt das Leben in den ersten Nachkriegsjahren erschwerten oder bedeuteten. Gleichzeitig drängte die Militärregierung auf rasche statistische Ergebnisse, waren doch die Amerikaner weit stärker als deutsche Verwaltungsbeamte gewohnt, ihre Entscheidungen auf statistische Unterlagen zu stützen. In erster Linie wurden die Statistiken in Gang gesetzt, die für die Versorgung der Bevölkerung und die Rationierung notwendig waren, vor allem im Zusammenhang mit dem Flüchtlingsstrom und der allgemeinen Wohnungsnot.

*Villa Reitzenstein Stuttgart*

1945—48

*Sitz des Länderrats  
der US-Zone*



Für die Landesstatistiker der amerikanischen Zone, in der statt zentraler Zonenämter die einzelnen Länder gleichberechtigt nebeneinander regierten, wurde die Möglichkeit einer Zusammenarbeit durch den „Länderrat der US-Zone“ geschaffen, der seit November 1945 für die Konferenzen der drei Ministerpräsidenten mit der Militärregierung ein ständiges Sekretariat in der stattlichen Villa Reitzenstein oberhalb Stuttgarts errichtet hatte. Hier traten die Statistiker der amerikanischen Zone, zu der auch Bremen gehörte, seit Dezember 1945 in einem „Statistischen Ausschuß“ zusammen. In den folgenden Jahren fanden zahlreiche Sitzungen statt, in denen die statistischen Erhebungen der Länder geplant und mit den Anforderungen der Amerikanischen Militärregierung abgestimmt oder, wie man seit Kriegsende sagte, „koordiniert“ wurden. Unter dem Vorsitz von Dr. Fürst, der dank seiner in der Genfer Tätigkeit erworbenen Sprachkenntnisse auch gleichzeitig den Dolmetscher spielte, saßen auf der einen Seite des Konferenztisches die deutschen Statistiker und auf der anderen Seite die amerikanischen Offiziere in einer Atmosphäre beisammen, in der auch auf Seiten der Besatzung die politische Situation in den Hintergrund und der Mensch und die Sachkenntnis in den Vordergrund trat.

Am längsten zog sich der Wiederaufbau eines deutschen statistischen Dienstes in der Französischen Besatzungszone hin. Weil sich diese Zone fast nur aus abgetretenen Gebietsteilen ehemaliger deutscher Länder zusammensetzte, war dort von früher her überhaupt kein statistisches Amt vorhanden, mit Ausnahme der Ausweichstelle des Statistischen Reichsamts in Wildbad, wo die Landwirtschaftsstatistik bearbeitet wurde. Länger als in allen anderen Zonen nahmen hier Dienststellen der französischen Militärregierung die statistischen Aufgaben wahr. Für die Volkszählung 1946 wurde in Konstanz eine besondere Stelle geschaffen. Erst allmählich bildeten sich neben dem 1947 von der Militärregierung in Baden-Baden errichteten „Amt für Statistik und Wirtschaftsforschung der Französischen Besatzungszone“ selbständige deutsche statistische Landesämter heraus, und zwar in Tübingen für Württemberg-Hohenzollern, in Freiburg für (Süd-)Baden und nach der Bildung des Landes Rheinland-Pfalz in Bad Ems.

So buntscheckig also nahm sich in den ersten beiden Nachkriegsjahren die Organisation der deutschen Statistik aus. Das Gefäß der Reichsstatistik war zerschlagen; die Zonen hatten zunächst keine Verbindung miteinander; aber selbst in den Splintern spiegelte sich noch ein wenig vom Bild des ehemals geschlossenen Ganzen.

Bedeutende, vielleicht noch heute nicht völlig überschaubare Anregungen gingen von der ebenso plötzlichen wie intensiven Berührung der deutschen Statistik mit der der



*Im ehemaligen  
Palais Hamilton  
Baden-Baden  
war 1947—49 das  
„Amt für Statistik  
und Wirtschafts-  
forschung der  
Französischen  
Besatzungszone“  
untergebracht.*



ausländischen Besatzungsmächte aus. Auch fehlte es trotz aller Vielgestalt nicht an hoffnungsvollen Ansätzen zur Wiedergewinnung einer gewissen Einheitlichkeit. Wir meinen dabei weniger die Einheitlichkeit, mit der manche deutschen Bürgermeister noch lange nach Kriegsende die Zahl der in ihrem Gemeindegebiet abgeworfenen Bomben mit „Fehlanzeige“ meldeten, weil die Verpflichtung zu dieser statistischen Meldung tatsächlich niemals abgeschafft worden war. Sondern wir wollen hier die einzige gesamtdeutsche Statistik erwähnen, die der anstelle einer deutschen Reichsregierung in Berlin amtierende Alliierte Kontrollrat im Herbst 1945 beschloß.

Die vier Besatzungsmächte wollten und mußten wissen, wie groß und von welcher Art die Bevölkerung des Nachkriegsdeutschland war, über die sie regierten. Sie ordneten deshalb für 1946 eine in allen vier Zonen einheitliche Volks- und Berufszählung mit festem Frageprogramm an. Der Ausschuß Statistik beim Länderrat in Stuttgart war die erste von allen zu beteiligenden deutschen Stellen, die im Dezember 1945 durch die Amerikanische Militärregierung etwas von diesem Plan erfuhr und sich daraufhin energisch an die Vorbereitung machte. Diese Arbeiten schufen auch den ersten Kontakt zwischen den Kollegen in den verschiedenen Zonen. An der Sitzung eines Ausschusses des Kontrollrats im Juni 1946, auf der als Termin der Zählung der 29. Oktober bestimmt wurde, nahmen im Gebäude in der Klosterstraße in Berlin deutsche Statistiker der amerikanischen, britischen und sowjetischen Zone als Berater teil.

Es war dies möglicherweise das erste Mal, daß Deutsche zu einer Kontrollratssitzung zugelassen wurden, und bei allen bedrückenden Gedanken, die das erste Wiedersehen mit dem zerstörten Berlin bei den meisten deutschen Teilnehmern auslöste, fehlte es doch nicht an lustigen Mißverständnissen, die sich aus den Sprachschwierigkeiten herleiteten. So konnte selbst manche grimmige Miene unter unseren Besiegern das Schmunzeln nicht verbergen, wenn z. B. auf den bereits gedruckten Haushaltungslisten einer Zone wegen eines Übersetzungsfehlers nicht nach der Hochschulbildung, wie beabsichtigt, sondern nach der höheren Schulbildung gefragt wurde und dieser „Druckfehler“ nicht zu entfernen war.

Das für diese Zählung notwendige Gesetz wurde am 20. Juli 1946 vom Kontrollrat erlassen und ist von militärischer Kürze. Für unrichtige Angaben waren hohe Strafen angesetzt. Auch den beratenden deutschen Statistikern gelang es nicht zu verhindern, daß die Bevölkerung sogar gefragt wurde, ob sie lesen und schreiben könne. Immerhin, von jetzt ab bestand für die Fachstatistiker aller vier Zonen Gelegenheit, sich unter Aufsicht der Besatzung regelmäßig zu gemeinsamen Besprechungen zusammenzufinden, um die größten Zonenunterschiede in der Erhebung und Aufbereitung auszubügeln. Ein „Vierzonoaler Ausschuß der deutschen Statistiker für die Volks- und Berufszählung 1946“ stellte schließlich in Berlin unter erheblichen Schwierigkeiten einigermaßen vergleichbare Zonenergebnisse für ganz Deutschland zusammen. Die amtliche Statistik ist damit eines der wenigen Gebiete, auf dem seit Kriegsende ein Stück Gesamtdeutschland vorübergehend wieder in Erscheinung trat. Es zeigte sich, daß auf dem um ein Viertel verkleinerten deutschen Raum fünfeinhalb Millionen Menschen mehr wohnten, als 1939 in ganz Deutschland. Gezählt wurden zehn Millionen Vertriebene, dreiviertel Million „verschleppter Personen“ und fast eine halbe Million Zivilinternierter. Dem Frauenüberschuß von sieben Millionen stand ein geschätzter Kriegsverlust von fünf Millionen Männern gegenüber.

Als die Bilanz dieser „Zählung zwischen Krieg und Frieden“ gezogen wurde, war Deutschland von einer Einigung weiter entfernt als je. Selbst die geplante wirtschaftliche Einigung scheiterte am russischen und französischen Widerstand, der schon in einer der nächsten, auf die Volkszählungsberatung folgenden Sitzungen des Kontrollrats zum Ausbruch kam.

Da schlossen im Dezember 1946 die angelsächsischen Militärregierungen die britische und amerikanische Zone zur „Bizonie“ zusammen und übertrugen am 1. Januar 1947 deren wirtschaftliche Aufgaben einer deutschen „Verwaltung für Wirtschaft“ in Minden. Gleichzeitig nahmen andere Anfänge bizonaler Verwaltungen — in Kissingen für Ernährung und Landwirtschaft, in Bielefeld für Transport und in Hamburg für Nachrichten — die Arbeit auf. Auch ein kleines bizonales Amt mit einem je aus einem Vertreter der amerikanischen und britischen Zone bestehenden Sekretariat war bereits im Januar 1947 vorgesehen, wurde aber noch nicht verwirklicht.

In diese Zeit fallen die Zusammenkünfte der Statistiker der britischen und amerikanischen Zone, die mit und neben den Militärregierungen an den Plänen für die Reorganisation einer amtlichen deutschen Statistik arbeiteten.

Im Juli 1947 wurde nach dem Scheitern der einzigen Konferenz aller deutschen Länderchefs in München den bizonalen Verwaltungen im Wirtschafts- und Exekutivrat ein parlamentarisches Kontrollorgan mit Sitz in Frankfurt/Main beigegeben und die beiden Besatzungsmächte errichteten dort ein „Bipartite Control Office“. So stand im August 1947 die „Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes“ (wie es hieß „bis zur Errichtung von Regierungs- und Verwaltungsstellen für ganz Deutschland“) auf den Beinen, und die bizonalen Verwaltungen zogen nach Frankfurt um.

Die im Winter 1947/48 nochmals umgestaltete neue Organisation sah unter dem Vorsitz eines Oberdirektors einen „Verwaltungsrat“ vor, in dem die Direktoren der Verwaltungen für Wirtschaft, Ernährung und Landwirtschaft, Finanzen, Verkehr, Post und Fernmeldewesen gewissermaßen ein Kabinett bildeten. Zu dessen Sitzungen wurden später auch die Direktoren der noch zu schaffenden anderen bizonalen Behörden (des Personalamts, des Rechtsamts und des Statistischen Amtes) hinzugezogen. Damals hatte die Statistik also sozusagen „Kabinettsrang“ (— und infolgedessen auch Ministerialzulage!), Unter den ersten Gesetzen, über die der in der Frankfurter Börse tagende Wirtschaftsrat beschloß, befand sich auch ein „Gesetz über die Errichtung eines Statistischen Amtes des Vereinigten Wirtschaftsgebietes“, das am 21. Januar 1948 angenommen wurde. Dieses Amt sollte die für das Vereinigte Wirtschaftsgebiet erforderlichen statistischen Arbeiten vorbereiten, methodisch lenken und vereinheitlichen („koordinieren“), die Ergebnisse zusammenfassen und veröffentlichen. Es hatte die bizonalen Verwaltungen mit statistischen Unterlagen zu versorgen und sie bei ihren Bewirtschaftungs- und Geschäftsstatistiken zu beraten. Die Länder sollten beabsichtigte statistische Erhebungen dem neuen Statistischen Amt vorher melden. Damit konnte nach dem Zusammenschluß der britischen und amerikanischen Zone eine erste Ordnung der zersplitterten statistischen Tätigkeit erfolgen.

Das neue Amt unterstand unmittelbar dem Oberdirektor des kleinen bizonalen Kabinetts im vornehmen Frankfurter Cassella-Haus. Im IG-Hochhaus der gleichen Stadt befand sich das Bipartite Statistical Office, mit dem das Statistische Amt seine Arbeiten wöchentlich besprechen mußte und das den genehmigten bizonalen Statistiken sogenannte BICO-Nummern verlieh. Und dann saßen ja im Frankfurter Raum auch alle anderen bizonalen Verwaltungen, so zum Beispiel die für Wirtschaft in Höchst, für Finanzen in Homburg, für Verkehr in Offenbach, die im steigenden Maße ihre Wünsche an das Statistische Amt herantrugen. Der Volkswagen mit der bizonalen Behördennummer sauste also damals ebenso häufig zwischen Frankfurt und Wiesbaden hin und her, wie heute die geräumigeren Opel des Statistischen Bundesamts zwischen Wiesbaden und Bonn.

Das nur als kleiner „Statistischer Generalstab“ gedachte Amt begann als zentrale statistische Stelle zu funktionieren. Der Unterschied zum Statistischen Reichsamt war groß. Die „Bizonie“ war ja kein politisches, sondern nur ein wirtschaftliches Gebilde. Das Amt durfte sich also nur mit Wirtschaftsstatistiken befassen, deren Erhebung und Aufbereitung grundsätzlich auf die Länder übergegangen war.

Die Länder der britischen Zone erhielten und die der amerikanischen Zone behielten dadurch Aufgaben, die vor dem Kriege ausschließlich beim Reichsamt gelegen hatten, so auf dem Gebiet der Industriestatistik, der Finanz- und Steuerstatistik, der Lohn- und Preisstatistik. Nur die Außenhandelsstatistik und Teile der Binnenschiffahrtsstatistik wurden wieder dem zentralen Amt zugewiesen. Es war also zwar gelungen, auch gegenüber den Besatzungsmächten den alten deutschen Gedanken einer aus den Ressorts herausgelösten fachlich zentralen Statistik zu erhalten. In regionaler Hinsicht war aber eine starke Dezentralisation eingetreten. Die Zeit der Ausschufarbeiten und des „Geleitzugfahrens“ begann, denn der Termin jedes Gesamtergebnisses hing von dem Zeitpunkt ab, an dem auch das letzte Landesamt seine Meldung abgegeben hatte. Da alle bizonalen Statistiken und deren Inhalt und Umfang nur durch die Verwaltungen oder den Wirtschaftsrat angeordnet, die Kosten aber von den Ländern getragen wurden, übten die Verwaltungen und Länder des Vereinigten Wirtschaftsgebietes einen starken und manchmal auch einander widerstrebenden Einfluß auf die amtliche Statistik aus.

Die dem Gesetz vorangegangenen Verhandlungen waren von seiten der amerikanischen Zone durch den Vorsitzenden des Statistischen Ausschusses beim Stuttgarter Länderrat geführt worden; der gleichzeitig als Direktor des Hessischen Statistischen Landesamtes in Wiesbaden unmittelbarer Nachbar des Wirtschaftsrates war. Dem ehemaligen Reichsamtstatistiker Gerhard Fürst waren die Fachkollegen der ganzen Welt seit 1930 als Sekretär des statistischen Sachverständigen-Ausschusses beim Völkerbund in Genf begegnet. Später hatte er in der volkswirtschaftlichen Abteilung der IG-Farbenindustrie A.-G. die Auswertungsseite der Statistik kennengelernt. Als man ihn zum Leiter des neuen Statistischen Amtes ernannte, stand fest, daß dieses Amt seinen Sitz in Wiesbaden haben würde, zunächst unter einem Dach mit dem Hessischen Landesamt. Der Aufbau war jedoch gar nicht so einfach, wie das kleine graue Heft zeigt, mit dem das Amt ein Jahr später seinen ersten Tätigkeitsbericht vorlegt.

Die zu dieser Zeit immer noch üblichen technischen Hindernisse beim Start einer neugegründeten Behörde, den Mangel an Raum, Maschinen und Material, erleichterte die freundliche Symbiose mit dem Hessischen Landesamt. Im obersten noch kriegszerstörten Stockwerk des Neuen Verwaltungsgebäudes der Firma Kalle in Biebrich begann ein Hämmern und Klopfen, bis im Mai 1948 die ersten „Bizonesen“ aus den darunter gelegenen Räumen des Hessischen Landesamtes, mit hessischen Leihgaben ausgestattet, ihr noch kalkfeuchtes Quartier im Oberstock beziehen konnten. Damit war die neue statistische Zentrale als erste der künftigen Bundesbehörden von der Spree an den Rhein verpflanzt worden, genauer: an die Mündung des trüben Gerinnels, das sich Salzbach nennt und in alten Zeiten die Ehre hatte, Grenze zwischen Nassau und Hessen, noch früher zwischen Nassau und Kurmainz zu sein. Das Statistische Amt befand sich also auf historischem Boden und hat auch mit seinem Neubau die „Ufer“ des Salzaches nicht verlassen.

Recht schwierig zeigte sich die Personalfrage. Der erste Haushalt des Amtes 1947/48 hatte 127 Bedienstete vorgesehen. Beim ersten Betriebsausflug im Juni 1948 waren auf dem kleinen Motorboot, das sinnigerweise „Deutschland“ hieß und in Richtung Bonn fuhr, nicht mehr als 90 Personen versammelt, die fröhlich ihre Weinzuteilung und die von der Beschaffungsstelle höchst eigenhändig bestrichenen Brötchen zu sich nahmen. Die Fachkräfte aus dem Reichsamt waren zum Teil bereits in andere Behörden abgewandert oder hatten durch die Landesämter Anstellung und Wohnung gefunden. Es gehörte schon die Begeisterung für die größere Aufgabe dazu, um die zunächst ungesicherte Rechtsstellung und das Untermieterdasein eines bizonalen Verwaltungsangehörigen auf sich zu nehmen, zumal mit diesem Tausch eine erneute politische Überprüfung verbunden war, die strengere Maßstäbe anlegte, als es bisher



*Der erste Hauptsitz des Statistischen Bundesamtes: Die beiden Obergeschosse des Verwaltungsgebäudes der Firma Kalle & Co. in Bielefeld*

in der britischen Zone der Fall gewesen war. Der neue Amtsleiter zitierte gern den Ausspruch Churchills, daß er nur „Blut, Schweiß und Tränen“ bieten könne. Aber die Aufgabe lockte dennoch; manche treuen Mitarbeiter aus der hessischen Zeit begleiteten „ihren Fürsten“ ins bizonale Amt. Auch aus anderen Landesämtern der amerikanischen Zone kam Zuzug, und bei der Auflösung des Statistischen Amtes der Britischen Besatzungszone zogen viele den Dienst in der Bizonie dem Übergang zu einem der neuen Landesämter vor. Aus Hamburg kam auch der erste Stellvertretende Amtsleiter, Dr. Soltan, dem statistischen Dienst schon im Reichswirtschaftsministerium Jahrzehnte hindurch verbunden, und stellte seine reiche Verwaltungserfahrung dem Aufbau des Amtes zur Verfügung.

In der damaligen Zeit „verlockend“ war außerdem höchstens die Verheißung zusätzlicher Verpflegung, die eines schönen Maitages tatsächlich auch im Dienstwagen des Amtsleiters aus Frankfurt ankam, so daß die ältesten Bizonesen am Abend triumphierend mit ihrer Zuteilung seit Januar, einer Riesenwurst, nach Hause wandern konnten. Besonders bedürftigen Zeitgenossen, die das Amt nur unrasiert und fern der Heimat erreicht hatten, wurde vom Frankfurter Verwaltungsrat außerdem auf Wunsch Waschgeschirr, Kleiderschrank oder sogar ein komplettes Bett zur Miete in die Hand gedrückt. Letzteres sicher nicht, damit der Büroschlaf durch den Mangel an einem solchen Privatmöbel allzu ausgedehnte Formen annehme.

Zum Schlafen war wirklich wenig Zeit. Galt es doch, bei jeder Statistik die Interessen der bizonalen Verwaltungen, der Länder, Wirtschaft und Gewerkschaften und nicht zuletzt der Militärregierungen unter einen Hut zu bringen. Bei der Vorbereitung dieser Statistiken wurde das Amt von einem Statistischen Ausschuß und mehreren Fachausschüssen beraten, in denen alle an der Statistik beteiligten Stellen vertreten waren. Der erste Organisationsplan des Amtes enthielt schon den heute noch gültigen Aufbau der Abteilungen, obwohl es noch schwer zu übersehen war, wie schnell sich dieser Plan mit Leben füllen würde. Dabei hielt die berühmte „Gleichberechtigung“ mit dem Aufbau des Amtes durchaus Schritt. Jede Abteilung, die etwas auf sich hielt, legte sich mindestens eine Referentin zu, und die Abteilung II glänzte sogar mit einer Abteilungsleiterin.

Der Organisationsplan 1948 wies die folgenden Abteilungen aus:

**Abteilung I Allgemeine Verwaltung, Organisation und Koordination der Statistik**  
(Dr. Soltan, später Dr. Szameitat).

Diese Abteilung organisierte die Zusammenarbeit mit den Landesämtern und bereitete die Rechtsgrundlagen für alle statistischen Erhebungen vor. Sie hielt die zunächst sehr intensive, allmählich aber immer stärker abflauende Verbindung zur Militärregierung

*Abteilungsleiter-Besprechung im kleinen Konferenzzimmer (von links nach rechts: Werner, Szameitat, Fürst, Müllenmeister, Herrmann, Deneffe, Bartels, Schmidt, Rautenberg)*





und leitete die maschinelle Aufbereitung, um nur das Wichtigste zu nennen. Ursprünglich befand sich hier auch das Zentralreferat (für Personalien, Haushalt, Beschaffungen usw.), aus dem später eine Abteilung Z entstand.

#### Abteilung II Zusammenfassende Wirtschaftsbeobachtung, Volkswirtschaftliche Bilanzen, Veröffentlichungen (Dr. Bartels).

Die Abteilung II stellte zunächst vor allem das Zahlenmaterial für die größeren Aufgaben der Verwaltungen, wie z. B. den geplanten Lasten- und Finanzausgleich, zusammen. Sie übernahm den Auskunftsdienst und mußte sich noch öfter mangels geeigneter Unterlagen mit Schätzungen behelfen, so z. B. bei der Errechnung der Kriegsschäden. Die Schätzungen und Berechnungen des Sozialprodukts und des Volkseinkommens nach dem Kriege wuchsen sich zu einer der wichtigsten Aufgaben aus. Hier wurden auch die gesamten Amtsveröffentlichungen geplant, vor allem die Wiederaufnahme von „Wirtschaft und Statistik“ und des Statistischen Jahrbuches.

Diesen beiden Abteilungen, die allgemeine und zusammenfassende Aufgaben hatten, aber selbst keine einzelnen Statistiken betreuten, schlossen sich weitere Fachabteilungen an.

#### Abteilung III Ernährungs- und Landwirtschaftsstatistik (Dr. Rauterberg).

Hier wurden die für die Rationierung wichtigen Statistiken der Bodenbenutzung und Ernte sowie die Viehzählungen wieder aufgebaut und auch die Statistiken über die Ausgabe von Lebensmittelkarten weitergeführt.

#### Abteilung IV Industrie- und Gewerbestatistik (Dr. Lucae, seit 1951 Dr. Werner).

Das Schwergewicht der Arbeit lag hier zunächst bei der monatlichen Industrieberichtserstattung, ergänzt durch einen Produktions-Eilbericht und die laufenden vollständigen Produktionsmeldungen für eine große Zahl von Waren. Dieses Material diente weitgehend auch der Bewirtschaftung, denn für die Zuteilung von Rohstoffen und Halbwaren waren die statistischen Unterlagen genauso wichtig wie für die Verteilung der fertigen Produkte an die Bevölkerung. Der Eilbericht lieferte das Material für die Berechnung der Indexziffer der industriellen Produktion, an der wie an einem Barometer die wirtschaftliche Entwicklung abgelesen werden konnte. Bald fanden die Industrieberichte durch eine ähnliche laufende Berichterstattung des Bauhauptgewerbes weitere Ergänzung.

Beide Abteilungen (III und IV) führten während der noch andauernden Bewirtschaftung den üblichen Kampf gegen die Windmühlenflügel der unzuverlässigen Angaben. Ein besonders interessantes Kapitel in der Amtsgeschichte war

#### Abteilung V Handels- und Verkehrsstatistik (Dr. Richter, später Patrick Schmidt).

Trotz aller grundsätzlichen Bedenken, die besonders bei den Amerikanern dagegen standen, das kleine bizonale Statistische Amt außer seiner „Generalstabsarbeit“ am grünen Tisch auch eine Statistik selbst erheben oder aufbereiten zu lassen, wurde das Amt schon im Juli 1948 mit der zentralen statistischen Erfassung des Außenhandels der Bizone betraut. Denn das Statistische Amt der Britischen Besatzungszone stellte seine Arbeiten ein, und dieser Teil seiner Aufgaben ging an Wiesbaden über. Gleichzeitig gaben die Länder der amerikanischen Zone die von ihnen bisher aufbereiteten Außenhandelsmeldungen nach Wiesbaden ab. Es war, wie der Bericht sagt, „ein Umladen von fahrenden Zügen auf andere fahrende Züge“ und veränderte den ursprünglichen Charakter des Amtes ganz entscheidend. Fortan arbeitete die in Hamburg ansässige Außenhandelsstatistik zunächst als Außenstelle weiter und veröffentlichte vom Juli 1948 ab im Druck die „Monatliche Außenhandelsstatistik des Vereinigten Wirtschaftsgebietes“ in drei Teilen mit geradezu fabelhafter Schnelligkeit (leider wegen des „Lochs im Westen“ mit



*Frontalansicht des Hochhauses mit Kasino. Dahinter der Seitenbau für die Maschinelle Aufbereitung*

nicht ebensolcher Vollständigkeit). Zum Außenhandel trat die Interzonenhandelsstatistik, denn das Vereinigte Wirtschaftsgebiet hatte im Osten eine lange Grenze, die keine Landes- und keine Zollgrenze war. Diese Interzonenhandelsstatistik war ein kränkliches Nachkriegskind, das während der einjährigen Berliner Blockade mit ihrer Luftbrückenstatistik eine schlimme Krise durchlebte. Mit der bald ebenfalls zentral aufbereiteten Binnenschiffahrtsstatistik zusammen gehörte sie zur gleichen Abteilung, die ihre verstreuten Referate allmählich wie eine Henne ihre Kücken an sich zog und deren Anzahl allmählich noch um die Referate der Verkehrs- und Binnenhandelsstatistik vermehrt wurde.

**Abteilung VI Statistik der Preise und Löhne, des Bau- und Wohnungswesen, Sozialstatistik (Dr. Deneffe).**

Mit der Währungsreform wurden auch die Geldwerte der Preise und Löhne wieder interessant. Aus der Zwangsjacke der offiziellen Höchstpreise entlassen, kletterten und purzelten die Preise höchstlebendig umher, um ihr richtiges Niveau zu finden. Sie machten deshalb anfänglich der statistischen Betreuung viel Sorge, aber der schwarze Markt

wurde sehr bald zum weißen Markt, und nur der schwarze Kaffee und die schwarzen Zigaretten behielten noch längere Zeit ihre Bedeutung. Abteilung VI schlug sich mit den Ländermeldungen der Erzeuger-, Groß- und Einzelhandelspreise aller dieser Märkte herum, baute Schritt für Schritt die Preisindizes auf neuer Grundlage und besseren Methoden auf und erlangte einen ganz großen Sieg bei der Einführung einheitlicher Haushaltsbücher für die Aufstellung der Wirtschaftsrechnungen in der Bizone. Bald trat noch die Lohnstatistik in der alten Form der vierteljährlichen Lohnsummenstatistik hinzu, die in der Folgezeit durch eine einmalige Lohnstrukturerhebung ergänzt wurde. Die Statistiken über Wohnungsbau, Bautätigkeit und Fürsorge gehörten ebenfalls zu den Aufgaben dieser Abteilung.

#### Abteilung VII Finanz- und Steuerstatistik (Dr. Herrmann).

Das Finanz- und Steuerwesen brauchte längere Zeit, bis sich die Währungsreform und deren Folgen in den öffentlichen Haushalten niederschlug und die notwendigen Neubewertungen eine Festsetzung und Statistik der Steuern erlaubten. Auf diesem Gebiet war die Uneinheitlichkeit in den Ländern besonders groß. Abteilung VII nahm den Kampf mit den Länder- und Kommunalbehörden um einheitliche Anschreibungen der Einnahmen und Ausgaben auf, der von allen Seiten heroisch und erbittert geführt wurde. Ihm sollte erst in besseren Bundeszeiten ein sichtbarer und druckfähiger Erfolg beschieden sein: 1950 wurde die ansehnliche Bandreihe „Statistik der Bundesrepublik Deutschland“ mit den ersten Früchten der Finanzstatistik eröffnet.

Am Jahresende 1948 bestand jede dieser Abteilungen aus einem Chef und drei oder vier Referenten, die ihrerseits wieder in der Regel nicht mehr als fünf bis sechs Mitarbeiter zur Verfügung hatten. Das Referat Maschinelle Aufbereitung war sogar nur durch einen einsamen Referenten vertreten, denn die Hollerithmaschinen des Hessischen Landesamtes arbeiteten auch für das bizonale Statistische Amt im Lohnvertrag.

Erst nach der Währungsreform am 20. Juni 1948 erhielt das Amt ein wenig mehr Bewegungsfreiheit. Es konnte Maschinen, Büromöbel und Papier kaufen, ja sogar die ersten Veröffentlichungen auf eine Art Löschpapier im Selbstverlag drucken, d. h. eigentlich nur vervielfältigen. Die allererste Amtsveröffentlichung präsentierte sich am 29. Juni 1948 als ein „Statistischer Bericht über die Viehzwischenzählung vom 3. März 1948“; wenige Tage später erschien dann allerdings auch ein entsprechender Bericht über „Die Bevölkerung Deutschlands“. Von da ab kamen auch wöchentlich die ersten „Wirtschaftszahlen zur Währungsreform“ heraus und wurden überall eifrig gelesen (schon deshalb, weil natürlich jeder wissen wollte, ob er für das Pfund Butter oder die Zigaretten auf dem schwarzen Markt in der letzten Woche zuviel gezahlt habe). Seit September 1948 gab das Amt im Umdruckverfahren seine erste Sammelveröffentlichung in Form von sogenannten „Statistischen Monatszahlen“ heraus. Als Vorläufer der ab 1949 wieder erscheinenden Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ ermöglichten sie einen Überblick über die allgemeine wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Bizone.

Es waren sehr bescheidene Anfänge, und wir lachen heute, wenn wir im ersten Bericht des Amtes lesen, daß bis Januar 1949 „eine sprunghafte Vergrößerung“ des Personalbestandes auf 245 Köpfe erforderlich war, so daß bereits im Oktober 1948 für die aus Hamburg eintreffenden Außenhandelsstatistiker auf der Bahnhofstraße in Wiesbaden zusätzliche Diensträume angemietet werden mußten. Wir sind nun schon seit Jahren gewöhnt, mit ganz anderen „Kopfsprüngen“ zu rechnen. Aber nur Geduld, es kommt noch!

Das Jahr 1949 wurde außen- und innenpolitisch und also auch für das Amt das Jahr der Entscheidungen. In dem Ende 1948 eingereichten Haushaltsplan für 1949, als man glaubte, die Anzahl der auf dem Kalleschen Olymp zu erwartenden statistischen

*1948–1955 war dieses alte Wiesbadener Hotel auf der Bahnhofstraße 51/53 immer wieder Residenz der Statistiker des Bundes und des Landes Hessen.*



Neuzugänge einigermaßen übersehen zu können, waren noch ganz brav nicht mehr als 380 Stellen (47 Beamte, 257 Angestellte, 24 Arbeiter und 50 Hilfskräfte für einmalige Zählungen) beantragt. Es ist aber sehr wahrscheinlich, daß der Amtsleitung bereits wenig später himmelangst geworden ist und sie von Stund an, wie dann in jedem folgenden Haushaltsjahr, ihr einziges Heil im Nachtragshaushalt sehen lernte, der zum Entsetzen der „Vorgeordneten“ beim Statistischen Amt in jenen Jahren beinahe ebenso groß zu sein pflegte wie der ordentliche Haushalt.

Zunächst wurden durch einen Beschluß des Verwaltungsrats vom 5. Januar 1949 die Amtsaufgaben, die sich bis dahin auf die Statistiken im Zuständigkeitsbereich des Wirtschaftsrates beschränkt hatten, erweitert. Es galt, nun auch das umfangreiche Gebiet der Bevölkerungsstatistik zu koordinieren. Dazu gehörte ein halbes Jahr später die ebenso wichtige wie aktuelle Flüchtlingsstatistik, die Medizinal- und Kriminalstatistik, alle untergebracht in

#### Abteilung VIII Bevölkerungsstatistik (Dr. Horstmann).

die beinahe komplett von dem „in der Abwicklung befindlichen“ Statistischen Amt der Britischen Besatzungszone übernommen wurde und als Spätestheimkehrer noch heute die letzte Abteilung des Amtes ist. Nun, last but not least, wie sich zeigen sollte!

Und nun kam es Schlag auf Schlag, ohne daß den Beteiligten Hören und Sehen vergehen durfte!

Am 2. April 1949 erließ der Wirtschaftsrat das Gesetz für eine Landwirtschaftliche Betriebszählung, die in allen drei Zonen am 22. Mai stattfinden sollte — vorbereitet vom Statistischen Amt. Durch sie wollte sich Westdeutschland über die ihm nach Krieg und Zonentrennung verbliebene Ernährungsgrundlage Klarheit verschaffen. Wie genau man es dabei nahm, zeigt jeder Betriebsbogen mit seinen 200 Fragen!

Am 1. Juni 1949 bestätigte — und erweiterte — eine „Gemeinsame Anordnung der Verwaltungen des Vereinigten Wirtschaftsgebietes zur Durchführung von Statistiken“ den schon recht stattlichen Katalog der Arbeiten des Amtes. Zwar fielen damals von 47 ständigen Erhebungen noch immer 21 der Abteilung Landwirtschaftsstatistik zu (welche die Lebensmittelkartenstatistik mit der 121. Zuteilungsperiode sang- und klanglos begraben hatte), aber das mit dem wirtschaftlichen Wiederaufbau beginnende Übergewicht von Industrie- und Handelsstatistik war doch schon deutlich zu erkennen.

Am 18. August 1949 folgte das Gesetz über eine Handwerkszählung mit Stichtag vom 30. September. Wie hatte das Sorgenkind der deutschen Wirtschaft in Westdeutschland den Krieg überlebt, und wie sah es jetzt aus? In den Betriebszählungen der Vorkriegszeit war es so ziemlich untergegangen, und die Abteilung IV hatte nicht wenig Mühe, es so kurzfristig statistisch wieder greifbar zu machen.

Im Kalle-Neubau „am herrlichen Rhein“ war es schon lange zu eng geworden. Neue Außenstellen mußten angemietet werden. Durch einen Tausch des Gebäudes Bahnhofstraße 51 endete auch die räumliche Gemeinschaft mit den hessischen Kollegen, nachdem das Zusammengehörigkeitsgefühl in der solidarischen Aufregung über einen Brand im gemeinsam benutzten Hollerith-Maschinensaal lebhaften Ausdruck gefunden hatte. Das Landesamt verzog mit Sack und Pack in das dunkle alte Hotel in der Bahnhofstraße in Wiesbaden. Aber auch die beiden obersten Stockwerke, welche die Firma Kalle trotz des eigenen Mangels an Verwaltungsräumen großzügig weiterhin unserem Amte zur Verfügung stellte, reichten längst nicht mehr aus.

Das Statistische Amt war nicht das einzige unter den bizonalen Ämtern und Verwaltungen, das sich um diese Zeit reckte und streckte, so daß seine Personalstärke sich 1949 dem ersten halben Tausend näherte. Aus der Bizone wollte und mußte bei der immer deutlicher werdenden Trennung vom russisch besetzten Mitteldeutschland eine Trizone werden. Schon seit September 1948 beriet der „Parlamentarische Rat“ in Bonn über ein deutsches Grundgesetz, das Fundament eines westdeutschen Bundesstaates als künftigen Partners der westlichen Besatzungsmächte. Die Abteilung I des Statistischen Amtes in Biebrich bekam immer mehr zu tun, denn die statistischen Ämter der französischen Zone nahmen jetzt an allen Ausschusssitzungen teil. Die Abteilung II baute vorsorglich ihr Auslands- und Veröffentlichungsreferat aus, um Vergleichszahlen über die am Marshallplan beteiligten Staaten Europas und über die USA bereit zu haben, wenn sie gebraucht wurden. Den „Statistischen Monatszahlen“ gab sie erste internationale Übersichten bei und errechnete seit Gründung des Europäischen Wirtschaftsrates der Marshallplanorganisation (OEEC) in Paris im Sommer 1948 das Sozialprodukt Westdeutschlands, dessen Höhe für die Frage, ob und wieviel der amerikanischen ERP-Mittel bewilligt wurden, von großer Bedeutung war, ebenso wie alle mit der Rohstoff- und Nahrungsmittelversorgung zusammenhängenden Statistiken.

Als sich für die Betreuung der Amtsveröffentlichungen der Kohlhammer-Verlag in Stuttgart gefunden hatte und das Amt dort seit April 1949 die altbekannte Zeitschrift des Statistischen Reichsamts „Wirtschaft und Statistik“ wieder herausgeben konnte, begannen auf diesem Forum die Bemühungen Dr. Fürsts, alle die zunächst nur für den Bedarf der Verwaltungen bestimmten Einzelstatistiken zu einem Gesamtbild der Wirtschaftsstruktur und des Wirtschaftsablaufs zusammenzufügen. Wenn der Krieg schon — auch auf dem Gebiet der Statistik — ein Trümmerfeld hinterlassen hatte, so mußte



man wenigstens die Vorteile nutzen. Alle statistischen Reihen waren ohnehin unterbrochen; so konnte auf einem leeren Platz nach neuen und einheitlichen Plänen gebaut werden.

Die mehr als zehn Jahre verschlossene Tür zum Ausland öffnete sich seit Mai 1949 allmählich auch wieder für die deutschen Statistiker. Die Statistische Gesellschaft der nachbarlichen Schweiz ging mit gutem Beispiel voran und lud zu ihrer Tagung in Schaffhausen ein. Dank der Vermittlung britischer Statistiker wurden der Amtsleiter und die Abteilungsleiterin II zu Mitgliedern der „Internationalen Gesellschaft zum Studium der Volkseinkommens- und Volksvermögensfragen“ gewählt. Sie konnten im August 1949 an einer Tagung in Cambridge teilnehmen und kamen mit der Erkenntnis zurück, wie weit wir durch den Krieg gegenüber den anderen zurückgeblieben waren im Bau der statistischen Instrumente zur Erfassung aller wirtschaftlichen Zusammenhänge und Vorgänge, die zur Aufstellung volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen benötigt wurden.

Zur gleichen Zeit erlebte die Abteilung VIII am 14. August 1949 einen Großkampftag bei der Leitung der ersten Bundestagswahl im Wiesbadener „Büro der Ministerpräsidenten“. Und als Anfang September 1949 am 2. Nachkriegskongreß des Internationalen Statistischen Instituts in Bern auch Dr. Fürst und Dr. Wagner (München) als neugewählte deutsche Institutsmitglieder teilnahmen, lagen bereits die Vorschläge für die Einordnung des Amtes im neuen Bundesstaat vor. Was sich im Aufbau der deutschen Statistik in den Nachkriegsjahren an Gedankengut entwickelt hatte und welche Folgen daraus für die statistische Organisation zu ziehen seien, legte Dr. Fürst auf der auch von prominenten ausländischen Gästen besuchten Tagung der Deutschen Statistischen Gesellschaft am 14. September 1949 in Freiburg dar, als er über „Aufgaben und Organisation der amtlichen Statistik“ sprach.

*Der Bundeseinwohnenleiter  
Dr. Fürst  
und sein Stellvertreter  
Dr. Horstmann  
im Bonner Büro der  
Bundestagswahl 1953*



Inzwischen hatten Bundestag und Bundesrat Bonn zur neuen Bundeshauptstadt gewählt, und Wirtschafts- und Verwaltungsrat in Frankfurt schlossen ihre Pforten. Das Frankfurter Bipartite Statistical Office wurde nach Beitritt der Franzosen zum Central Statistical Office der Alliierten Hohen Kommission, die von ihrer herrlich gelegenen Residenz, dem Petersberg bei Bonn, herunter am 21. September 1949 ein neues „Besatzungsstatut“ für ganz Westdeutschland erließ, demzufolge auch die alliierte Aufsicht über die amtliche deutsche Statistik immer mehr zurücktrat. Die großen bizonalen Verwaltungen wanderten rheinabwärts am Statistischen Amt vorbei und verwandelten sich im fernen Bonn in vornehme Bundesministerien.

Der Bundeskanzler, dessen unmittelbarem Schutz das Amt sich entsprechend seiner bisherigen Stellung im Verwaltungsrat und in Erinnerung an 1872 am liebsten anvertraut hätte, beauftragte das neugegründete Bundesministerium des Innern mit der Dienstaufsicht. Am 14. Oktober ermächtigte der Bundesinnenminister Dr. Fürst zur Weiterführung der laufenden Geschäfte. Das Wiesbadener Amt durfte sich jetzt nennen: „Statistisches Amt des Vereinigten Wirtschaftsgebietes mit der Führung der Statistik für Bundeszwecke beauftragt“. Das gab einen prachtvollen Briefkopf und tröstete ein wenig, bis ein volles Jahr später der nachgeordneten Bundesoberbehörde die Bezeichnung „Statistisches Bundesamt“ und ihrem Leiter der Titel „Präsident“ verliehen wurde.

Sollte auch das Statistische Amt nach Bonn übersiedeln? Für fast 1000 Menschen stand dort jedoch weder genügend Büro- noch Wohnraum zur Verfügung. So blieb es provisorisch und schließlich endgültig in Wiesbaden. Es dauerte auch noch bis zum März 1950, bis die statistischen Ämter der französischen Zone der Bundesstatistik gesetzlich völlig angeschlossen waren. Die Abteilung I, die sich jetzt „Allgemeine Organisation und Allgemeine Fragen der Statistik“ nannte, hatte alle Hände voll zu tun, so daß die Verwaltung des Amtes als selbständige

#### Abteilung Z Organisation und Verwaltung des Amtes

mit damals 110 Personen aus diesem Aufgabenbereich herausgenommen werden mußte. Nach dem Ausscheiden von Polenz, der in der schwierigsten Aufbauzeit das Zentralreferat geleitet hatte, übernahm Anfang 1952 Dr. Blaessing die Abteilung. Er eröffnete damit den bunten Reigen der Abteilungsleiter Z; denn schon Ende 1953 wurde er von Blank abgelöst, dem 1954 Dr. Mullenmeister folgte. Die ständige Raumnot ließ die Sorgen des „Inneren Dienstes“ nie abreißen. Der sachliche und personelle Aufbau hielt das Haushaltsreferat und das Personalreferat ständig in Atem, denn nur wenige machen sich ein klares Bild davon, was es bedeutet, Jahr für Jahr Hunderte von neuen Kräften einzustellen, alle Papiere zu prüfen, Gehälter zu berechnen, Beihilfen und Unterstützungen zu bearbeiten, dafür zu sorgen, daß jeder einen Platz, Tisch und Stuhl, Möbel und Arbeitsmaterial erhält.

Abteilung I bot sich reichlich Gelegenheit, die bisher gesammelten Erfahrungen im „Organisieren“ und „Koordinieren“ zu erweitern. Dem Statistischen Ausschuß und seinen immer zahlreicher werdenden Fachausschüssen traten nicht nur die drei statistischen Landesämter der französischen Zone, sondern auch 13 neue Bundesministerien an Stelle der 6 bizonalen Verwaltungen bei. In Bonn wurde zunächst im Bundesministerium des Innern und dann in einem Bürohaus in Beuel eine kleine Verbindungsstelle des Amtes eingerichtet, um die praktische Zusammenarbeit mit den Bundesministerien und anderen Bundesstellen technisch zu erleichtern.

In Berlin — das seit Oktober 1949 das deutsche Schicksal der Spaltung in Ost und West teilt und seitdem ein eigenes Statistisches Landesamt hat — zog am Jahresende 1949 zusammen mit anderen Beauftragten der Bundesministerien eine Zweigstelle des Statistischen Bundesamtes in das sogenannte „Bundeshaus“ ein. Die zunächst 74 Personen der Zweigstelle übernahmen vom Juni 1950 ab die Aufbereitung der Interzonen- und



*Der Lenzbau 1955,  
das neue Heim der Berliner Zweigstelle des Statistischen Bundesamtes, Kurfürstenstraße 87*

Berlin-Handelsstatistik. Zu dieser Daueraufgabe kamen im Rahmen der „Hilfsaktion Berlin“ in den nächsten Jahren weitere Sonderaufgaben aus den verschiedensten Gebieten und damit personelle Verstärkungen. Die Verbindung zum Statistischen Zentralamt der Sowjetischen Besatzungszone, das um diese Zeit dem ostzonalen Ministerium für Planung völlig eingegliedert wurde und schließlich als „Staatliche Zentralverwaltung für Statistik bei der Staatlichen Plankommission“ auch die letzten vertrauten Züge des ehemaligen Statistischen Reichsamts verlor, gestaltete sich allmählich immer schwieriger. Im Februar 1950 nahm sein Leiter zum letztenmal an einer Tagung in Frankfurt teil, auf der die Tragik deutlich wurde, daß politische Unterschiede auch zu fachlichen Entfremdungen führen können. Im November 1950 tagte die Deutsche Statistische Gesellschaft in Berlin, ohne daß ein Vertreter der Klosterstraße dabei sein konnte. Viele in Berlin gebliebene ehemalige Reichsamtsangehörige verließen das Sowjetzonenamt, und die Zweigstelle des Bundesamts hat sich ein soziales Verdienst erworben mit dem ständigen Bemühen, die Wiederverwendung ehemaliger Reichsamtsangehöriger im statistischen Dienst des Bundes oder der Bundesländer zu vermitteln.

Der Gründung der Bundesrepublik Deutschland folgte ein ungeahnter wirtschaftlicher Wiederaufstieg, dem es mit statistischen Meßgeräten auf den Fersen zu bleiben galt. Das rasche Ansteigen des deutschen Außenhandels stellte plötzlich wesentlich erhöhte Anforderungen an die Außenhandelsstatistik. Aus den 20 Mann, die im Oktober 1948 zur Bearbeitung von 20 000 Außenhandelsmeldungen von Hamburg her auf der Wiesbadener Bahnhofstraße Einzug gehalten hatten, waren schon ein Jahr später in Betrieb beinahe 250 Mann geworden, die dem Zehnfachen an Meldescheinen zu Leibe gingen. Die deutsche Außenhandelsstatistik hat immer sehr schnell gearbeitet, und sie setzte auch jetzt allen Ehrgeiz darcin, den „Weltrekord“ in ihren Veröffentlichungsterminen



*Einer der Büroräume des neuen Hauses*

zu halten. Die Entwicklung des Außenhandels und die damit zusammenhängende rasche Vermehrung der Meldescheine war die Hauptursache — zeitweilig die alleinige Ursache — für den wachsenden Personalbedarf des Amtes.

Aber Ende 1949 fehlte es noch immer an einem eigenen Hollerithapparat für die Aufbereitung, was sich besonders schmerzlich bemerkbar machte, seit die Maschinen des Hessischen Landesamtes auf der Luisenstraße in Wiesbaden standen. Da kamen am Neujahrstag 1950 die ersten zwei eigenen Maschinensätze angeliefert. Zunächst verlor sich die kleine Gruppe der 10 Mann Bedienungspersonal beinahe in dem großen leeren Saale des Kalle-Neubaues, in dem vorher die Hollerithanlage des Hessischen Landesamtes Platz gefunden hatte. Aber schon wenige Monate später war das Gedränge von Menschen und Maschinen und der dazugehörige Lärm so toll, daß der Hausherr Kalle im September 1950 für eine neue Unterkunft der 6 Großmaschinensätze und der 100 Angestellten auf seinem Fabrikgelände sorgte, wo für den sich ständig vergrößernden Maschinenpark und dessen — streng nach Männlein und Weiblein getrennte — Bedienung zweckmäßige und wenigstens eine Zeitlang ausreichende Arbeitsräume geschaffen werden konnten.

Die Neuorganisation der Bundesministerien brachte es mit sich, daß einige noch bei der Verwaltung für Wirtschaft geführten statistischen Aufgaben an die statistische Zentralbehörde abgegeben wurden. So ging die Berechnung des Index der Industriellen Produktion als einer der wichtigsten Kennzahlen für den wirtschaftlichen Wiederaufstieg an das Bundesamt über. Ferner wurde die aus der ehemaligen Wirtschaftsgruppe Eisen und Stahl hervorgegangene und bisher der Verwaltung für Wirtschaft unterstellte Dienststelle für die zentrale Bearbeitung der Eisen- und Stahlstatistik, die während der ganzen Zeit ihren Sitz in Düsseldorf behalten hatte, mit 43 Mitarbeitern als „Außenstelle Düsseldorf“ vom Amt übernommen.

Der Eintritt der jungen Bundesrepublik in den Europarat und den Europäischen Wirtschaftsrat (OEEC) bereitete sich vor. Die Marshallplan-Organisation in Paris forderte eine regelmäßige geschlossene Berichterstattung über die gesamte deutsche Wirtschaftssituation. Der Leiter des Statistischen Amtes der Vereinten Nationen bat von New York aus seinen Amtsvorgänger im Völkerbund, Dr. Fürst, um laufende Belieferung mit deutschem Zahlenmaterial für die statistischen Veröffentlichungen der UN. Das brachte viele neue Aufgaben für die Abteilung II. Von den Fachabteilungen und Bundesministerien mußten die jeweils neuesten Ergebnisse erfragt und zu einem möglichst vollständigen Gesamtbild der deutschen Wirtschaft zusammengetragen werden. Dabei war auch Entwicklung und Auswirkung der neuen Wirtschaftspolitik in Westdeutschland, der freien „sozialen Marktwirtschaft“, zu beobachten und statistisch zu messen. Immer genauer galt es, Volkseinkommen und Sozialprodukt zu errechnen, die ja bei allen internationalen Verhandlungen und Berichten als Maßstab für die Leistungsfähigkeit einer Volkswirtschaft angesehen werden und auch bei allen Verhandlungen über den deutschen Verteidigungsbeitrag eine Rolle spielten. Darüber hinaus ging von solchen Anforderungen internationaler Organisationen ein starker Impuls aus, eine wirklich umfassende Darstellung aller Zusammenhänge und Vorgänge in der Wirtschaft eines Volkes, mit der andere Länder schon begonnen hatten, auch in Deutschland offiziell einzuführen. Die Abteilung II übernahm 1950 auch diese schwierige Aufgabe und führte fortan statt der „Volkswirtschaftlichen Bilanzen“ den übergeordneten Begriff der „Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen“ in ihrem Schild.

Über die „Probleme eines statistischen Gesamtbildes von Wirtschaftsstruktur und Wirtschaftsablauf“ sprach Dr. Fürst ein Jahr später vor der Deutschen Statistischen Gesellschaft und schloß mit folgender Kurzfassung: „Wir brauchen Statistiken über das, was in jeden Wirtschaftsbereich hineinkommt, was innerhalb des Wirtschaftsbereichs vorgeht, was aus jedem Wirtschaftsbereich herauskommt, welche Einkommen daraus entstehen und wofür diese Einkommen verwendet werden.“

Das Jahr 1950 war das Jahr der Weltzählungen um die Jahrhundertmitte. Die Vereinten Nationen entwarfen ein „Mindestprogramm“, und 76 Staaten, unter ihnen auch Westdeutschland, beteiligten sich daran. Für Deutschland war damit die Möglichkeit zu einer Nachkriegsinventur gegeben, der gegenüber sich die Zählung von 1925 fast bescheiden ausnahm. Am 27. Juli 1950 setzte der Bundestag das „Gesetz über eine Zählung der Bevölkerung, Gebäude, Wohnungen, nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten und landwirtschaftlichen Kleinbetriebe“ auf die Tagesordnung. Das Amt erhielt die Nachricht erst am gleichen Tage, und als die „Prominenz“ nach rasender Autofahrt das Bundeshaus in Bonn erreichte, war das Gesetz schon ohne Debatte in dritter Lesung angenommen. Wozu ein „Treibhausklima“ Ende Juli nicht gut sein kann!

Die Zählung fand am 13. September 1950 statt. Zur Aufklärung der Bevölkerung tat das Statistische Bundesamt ein übriges — es ging zum Film. 1946 waren die Bayern schon mit gutem Beispiel vorgegangen: „Sag es mir per Fragebogen“ hieß der erste deutsche Film nach dem Kriege — und gemeint war der Fragebogen zur Volkszählung.



Diesmal drang die Filmkamera unter den Klängen des sinnigen Volksliedes „Weißt Du, wieviel Sternlein stehen?“ in das Haus „Schillerstraße 16“ ein und tat dort ihre segensreiche Aufklärungsarbeit.

Die Nöte und Probleme der Zeit hatten das Zählungsprogramm mitbestimmt. Vertriebenfragen, Familientrennung, Pendelwanderung, Altersversorgung gingen in den Plan der Volks- und Berufszählung ein, Wohndichte und Mieten in den der Wohnungszählung. In der Arbeitsstättenzählung wurde großer Wert darauf gelegt, die Anzahl der beschäftigten Flüchtlinge und Schwerbeschädigten festzustellen. Und zum ersten Male in Deutschland wagte man auch, nach den Umsätzen der Betriebe zu fragen. Ergänzungserhebungen sollten die Kostenstruktur der Unternehmungen aufzeigen, und eine besondere Untersuchung galt den Verkehrsbetrieben.

Jetzt mußte das Statistische Bundesamt einmal zeigen, was es konnte. Eine so umfassende Zählung zog beinahe sämtliche Fachabteilungen in ihren Bann und erforderte zu den 1000 Mann, die der Bundestag in diesem Jahr hatte bewilligen müssen, noch eine Hilfstruppe von etwa 180 Zeitangestellten, wenn auch die eigentliche Erhebung und Aufbereitung wiederum bei den Landesämtern lag.

Die Abteilung IV verschwand sofort in einem ziemlich hauffälligen Haus auf der Wiesbadener Rue — für Nichteinheimische: die Wilhelmstraße — und kam erst 6 Jahre später wieder heraus. Inzwischen mußten in diesem Hause alle Balkontüren kreuzweise mit Brettern vernagelt werden, damit nicht etwa jemand seinen Lufthunger mit dem Leben bezahlte.



Wiesbaden, Wilhelmstraße 3, Sitz der Industriestatistik

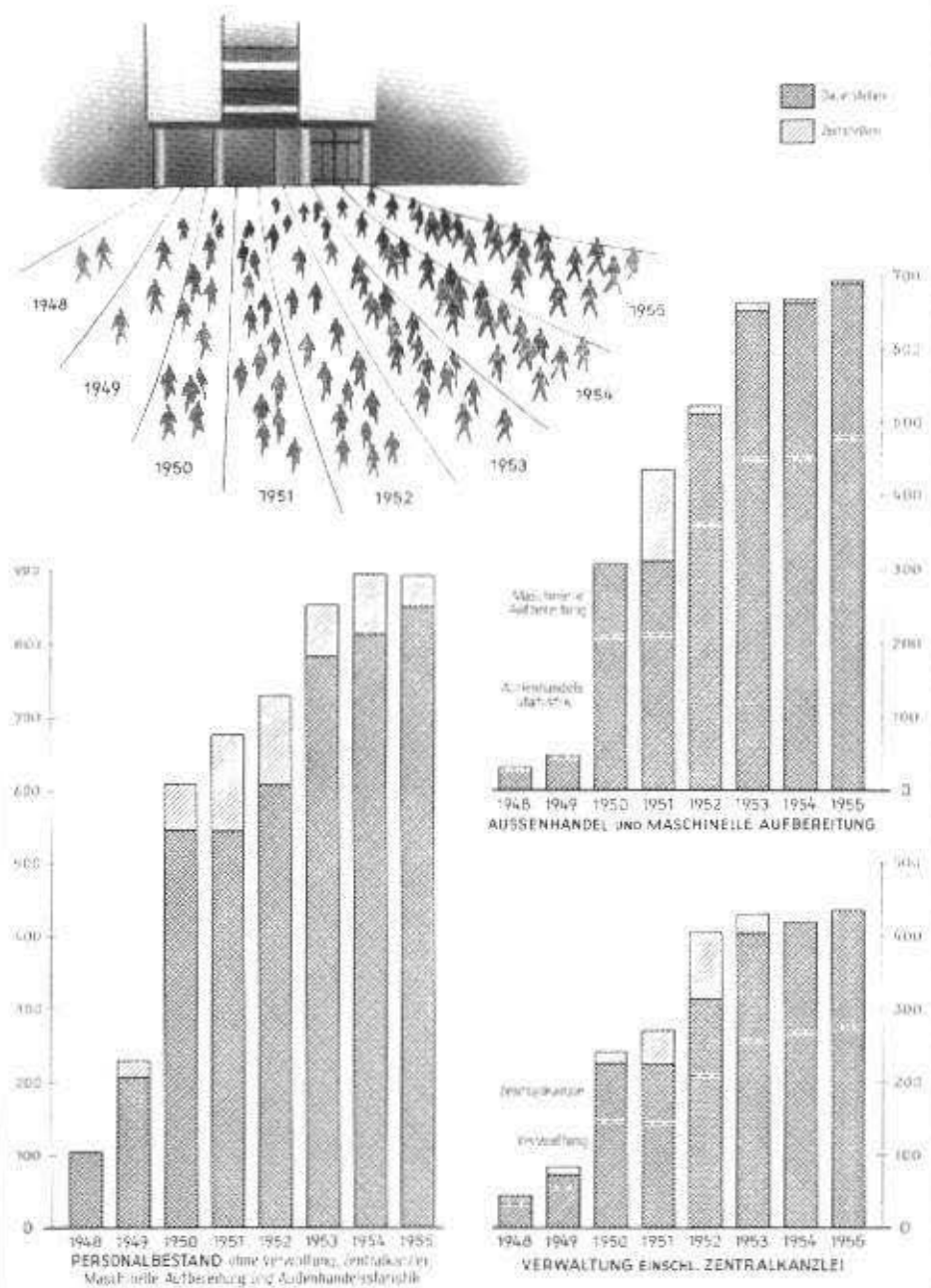
Die Hauptlast der Volks- und Berufszählung lag natürlich bei Abteilung VIII, die in der jahrelangen Arbeit an dieser Aufgabe ruhelos von einer Außenstelle zur nächstgrößeren zog und dadurch nach dem Gesetz des „Bäumchenwechsels“ auch alle anderen Abteilungen in dauernder Bewegung hielt. 1953 ließ sie sich schließlich endgültig neben dem Wiesbadener Museum in der sogenannten „Hermes-Baracke“ nieder, der man es wirklich nicht ansieht, daß hier ein großer Teil der Nachkriegsbestandsaufnahme Westdeutschlands errechnet wurde.



Die Wohnungszählung wurde der Abteilung VI anvertraut und brachte ihr damit eine große zusätzliche Arbeitslast. Ja sogar Abteilung II, die sonst Statistiken niemals selbst aufbereitet, mußte sich für die Kostenstrukturerhebung 1950 eine Zweigstelle in der Friedrichstraße zulegen. Die Zählung der Verkehrsbetriebe wurde bei Abteilung V bearbeitet, und Abteilung I hatte Mühe und Kummer genug, um die allen Zählungen gemeinsamen Aufgaben zu koordinieren, die Hilfestellung der Berliner Zweigstelle zu organisieren und über die gerechte Verteilung der einheitlich veranschlagten Kosten zu wachen.

Das Amt fürchtete diese Riesenaufgabe nicht, denn es hatte sich schon seit 1949 auf eine solche Zählung vorbereitet, eine große Berufs- und Arbeitsstättensystematik ausgearbeitet und die in der Zeit größter Wohnungsnot schwierige Frage zu klären versucht, was eigentlich eine Wohnung oder eine Haushaltung sei. Auch mit den neuesten statistischen Methoden des Auslandes hatte man sich inzwischen genügend bekannt gemacht. Repräsentativverfahren und mathematische Statistik des „goldenen Westens“ wurden heftig diskutiert. Dank der Bereitstellung amerikanischer Gelder und deutscher Beträge aus den ERP-Gegenwertmitteln war es schon im Jahre 1950 möglich gewesen, drei Vertreter des Statistischen Bundesamtes und einen Landesamtsleiter zum Studium der amerikanischen statistischen Organisation in die USA zu entsenden. Weitere Reisen folgten, so daß auf dem Wege dieser „Technical Assistance“ im Laufe der Zeit acht Angehörige des Bundesamtes und fünf Leiter von Landesämtern die Vereinigten Staaten besuchen und dabei mancherlei lernen konnten. Die besonders in den USA entwickelten modernen Stichprobenverfahren, mit deren Hilfe bei großen Erhebungen erste Ergebnisse überraschend schnell errechnet werden können, wurden auch bei der Aufbereitung der Zählung 1950 verwendet. So ist es der geheimnisvollen „hundertsten Haushaltungsliste“ zu

# PERSONAL DES STATISTISCHEN BUNDESAMTES



STATISTIK-BUNDESAMT

verdanken, daß wichtige Ergebnisse des Zählungswerkes schon am Jahresende 1950 bekannt waren: Die Bevölkerung Westdeutschlands hatte seit 1946 um fast vier Millionen zugenommen, unter denen sich 1,2 Millionen zurückgekehrte Kriegsgefangene und fast eine halbe Million Ostzonenflüchtlinge befanden.

Seitdem ist das Stichprobenverfahren, für das eine breite Grundlage notwendig ist und dem wegen seiner vielseitigen Verwendbarkeit eine große Zukunft vorausgesagt wird, wie ein kleiner hilfreicher Kobold bei allen statistischen Erhebungen in Deutschland anwesend und hat sein Hauptquartier beim Statistischen Bundesamt aufgeschlagen.

In der gemeinsamen Arbeit am Zählungswerk 1950 festigte sich das Vertrauensverhältnis zwischen Bundesamt und Landesämtern, das in der vorangegangenen Aufbauzeit einige Schwankungen erlebt hatte. Eine Aussprache im „weinfrohen Rheingau“ verlief schließlich ebenso erfolgreich wie alle anderen vom Wiesbadener Bundesamt in weiser Voraussicht dort angesetzten Konferenzen. Vom Geist von „Hansenberg“ und dessen besten Jahrgängen beschwingt, versicherten die Landesämter 1951: „Es ist wohl niemand unter uns, der sich einen gedeihlichen und erfolgreichen weiteren Aufbau der amtlichen Statistik anders vorstellen kann als unter der unbestrittenen Führung des Statistischen Bundesamts im Wege einer stetigen, von gegenseitigem Vertrauen getragenen Zusammenarbeit.“

Eine übersichtliche Zusammenfassung der Ergebnisse des gesamten Zählungswerkes 1950 war ein besonderer Anziehungspunkt des im Mai 1952 erschienenen ersten „Statistischen Jahrbuchs der Bundesrepublik Deutschland“, das mit seinem Überblick über die gesamte Bundesstatistik von vielen als der vertraute „grüne Freund“ aus der Vorkriegszeit freudig begrüßt wurde.

Am Ende des ereignisreichen Jahres 1950 war das Statistische Amt zwar aus allen Bewährungs- und Belastungsproben siegreich hervorgegangen, aber diese Herkulesarbeiten hatten seine Muskeln so gestählt, daß ihm sein Anzug wirklich nicht mehr paßte. Für 1951 war eine Personalstärke von rund 1400 vorgesehen. Wie sich das Amt in diesen Jahren entwickelte, zeigt das vorstehende Bild.

Aber wie wollte man so viele Leute unterbringen? Die Firma Kalle hatte, da sich ihr Betrieb gleichfalls ständig vergrößerte, allmählich das berechtigte Bedürfnis, wieder Alleinherrscher in ihrem Verwaltungsbau zu werden. Sie erklärte sich jedoch bereit, die zum Teil kriegszerstörten älteren Verwaltungsgebäude auf ihrem Fabrikgelände zusammen mit dem Statistischen Bundesamt wieder aufzubauen. Vom März 1951 an fanden in „Kalle-Alt“ mehrere Abteilungen Platz, und nur in der Karnevalszeit wagten es einige Vorwitzige, den allzunahen riesigen Gasometer, der einem Teil der wiederhergestellten Räume Licht und Luft versperrte, mit leeren Flaschen zu bombardieren. Im obersten Stock des Kalle-Neubaus blieb nur der Präsident mit Abteilung II zurück.

Um die gleiche Zeit wurden die 400 Außenhandelsstatistiker mit Mühe und Not in der mehr historischen als schönen Rheumaklinik am Wiesbadener Schloßplatz untergebracht, aus deren Krankenzimmern und Bädern der Krieg schon längst trostlose Büroräume gemacht hatte.

Für einige Zeit schien geholfen zu sein, aber nicht für lange. Im Februar 1952 mußte Abteilung III dazu übergehen, ihre Landwirtschaftsstatistik hoch über der Stadt, im Dachgeschoß der Wiesbadener Augenheilanstalt, zu bearbeiten. Bei der Außenhandelsstatistik, die mit Hilfe einer neuen kleinen Außenstelle in Hamburg enge Verbindung zu den Zollstellen und der Hamburger Außenwirtschaft unterhielt, wuchs die Flut der Anmeldescheine bald auf eine halbe Million im Monat an, und die finstere Rheumaklinik war mit Papier- und Menschenmassen vollgepfropft bis unters Dach. Da war es wirklich kein Luxus, wenn das Amt alle ihm möglichen Hilfestellungen leistete, damit die Stadt



*Das alte Verwaltungsgebäude der Firma Kalle & Co., Bielefeld*

das zerstörte Kavalierhaus zwischen dem Wiesbadener Schloß und der Rheumaklinik wieder aufbaute. Erhielten doch im März 1953 Teile der Abteilung V und Abteilung VII dadurch zum ersten Male schöne und moderne Arbeitsräume.

Jetzt bestand das Amt aus nicht weniger als zehn verschiedenen Dienststellen, die weit voneinander entfernt über das ganze Stadtgebiet verstreut lagen und laufend riesige Summen für Miete und Unterhalt erforderten. Nicht nur der Dienstbetrieb mit seinem ewigen Hin und Her zwischen der Amtsleitung, den Fachabteilungen in den verschiedenen Dienststellen und den zentralen Diensten wie Posteingang und -ausgang, Vervielfältigung, Veröffentlichungen, Bibliothek, Maschinelle Aufbereitung litt unter dieser Zersplitterung, sondern auch die fachliche Arbeit. Die Angehörigen der einzelnen Abteilungen wußten kaum mehr etwas voneinander. Von der Größe des gesamten Amtes erhielt man höchstens anläßlich der Betriebsversammlungen in der Kalle-Kantine oder in einem halbdunklen Kino ein ungefähres Bild. Man begann, sich auch menschlich nicht mehr so recht zusammengehörig zu fühlen: die Betriebsausflüge wurden abgelöst von Abteilungsfesten, diese wiederum von Referatsveranstaltungen.

Das Statistische Bundesamt schuf seit 1950 durch den Ausbau zerstörter Häuser Wohnungen für seine Angehörigen und war schon 1952 zum Neubau von ganzen Siedlungen übergegangen, in denen Hunderte von Familien der Bundesstatistiker ein neues Heim





*Die Außenstellen am Wiesbadener Schloßplatz*

finden. Sollte es da nicht möglich sein, auch für die Behörde selbst einen Neubau zu schaffen, in dem alle Abteilungen zusammengeführt werden konnten?

Die Wiesbadener Stadtverwaltung zeigte ein Einsehen und stellte am Gustav-Stresemann-Ring in der Nähe des Wiesbadener Hauptbahnhofes 20000 m<sup>2</sup> Baugelände kostenlos zur Verfügung, und im Haushaltsjahr 1952 beantragte das Amt 9 Millionen für die Errichtung eines eigenen Dienstgebäudes. Als die ersten Mittel in Bonn genehmigt wurden und eine Entscheidung über die Vorschläge der Architekten zugunsten des Entwurfs des Architekten Schaeffer-Heyrothsberge gefallen war, begann im September 1953 der erste Bagger auf dem Gelände eine riesige Baugrube auszuheben, aus der das neue Hochhaus des Statistischen Bundesamtes emporwachsen sollte.

Sicher fragt mancher: „Warum denn ausgerechnet ein Hochhaus, während die Behörden anderer Länder sich am liebsten in Bergstiefen verkriechen?“ Aber, liebe Leute, bei einer Atombombe ist eh' alles hin, und wir Deutschen sind schon immer mutig gewesen, wenn uns gar nichts anderes übrigbleibt! Zu einem Hochhaus entschloß man sich, nachdem aus den Bonner Regierungsquartieren die Schreckenskunde von einem Referenten drang, der von seinem Minister telefonisch in eine Sitzung des Hauses bestellt das fragliche Zimmer im Langstreckenlauf erst erreichte, als die Sitzung schon zu Ende war. Solange Menschen leichter und schneller per Lift als per Fließband zu



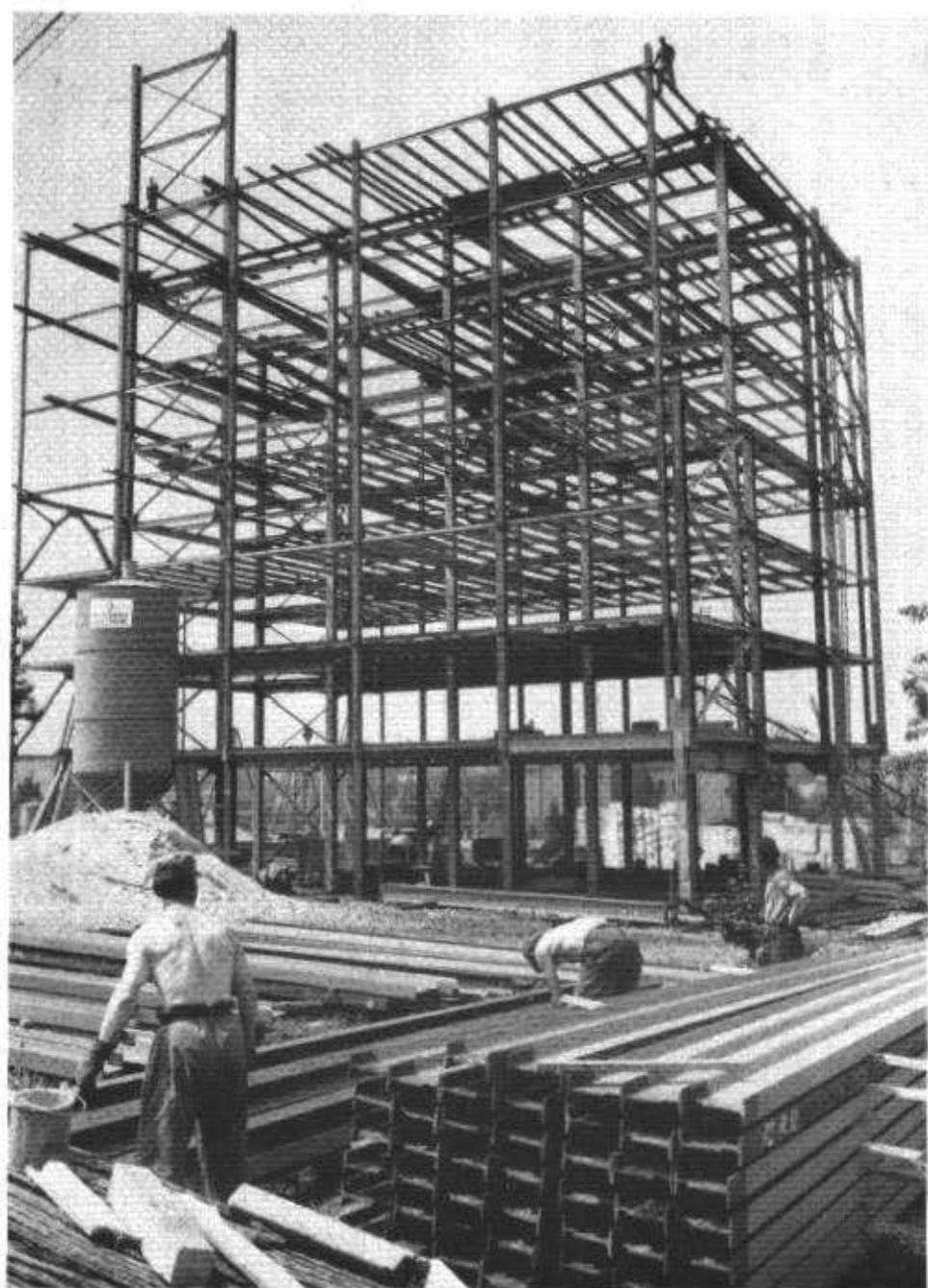
1953: Bohrtürme auf dem Neubaugelände

transportieren sind, ist eben ein Hochhaus für eine große Behörde das gegebene, ganz abgesehen von den Ersparnissen an Raum und Areal, die damit verbunden sind.

Als das Statistische Bundesamt den Grundstein zu seinem neuen Hause legte, leuchtete bereits der Neubau des 1952 nach Wiesbaden übergesiedelten Bundeskriminalamtes wie ein florentinischer Herrnsitz aus dem Grün der Taunushöhen auf die Wilhelmstraße herab und hatte auch schon die schmucken Reihenhäuser seiner Mitarbeiter um sich versammelt. Aber man sagt ja wohl nicht umsonst, daß Kriminalbeamte besonders geschickte Leute seien.

Während die 93 Pfeiler viele Meter tief in den Baugrund betoniert wurden, auf denen jetzt das 13stöckige Hauptgebäude ruht, erhielt endlich auch der Aufbau der fachlichen Organisation des Statistischen Bundesamtes sein dauerhaftes Fundament in dem „Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke“, das am 3. September 1953 als eines der letzten vor der neuen Bundestagswahl erlassen wurde.

Das Gesetz vom 21. Januar 1948, mit dem der Frankfurter Wirtschaftsrat ein bizonales Statistisches Amt ins Leben rief, hatte schon den Anfang zu einer grundsätzlichen rechtlichen Regelung amtlicher Statistik gemacht und sich durchaus bewährt. Seine Grundgedanken wurden in das neue Gesetz übernommen, um dessen Entwurf sich seit Jahren die gegensätzlichen Temperamente der Statistiker und Juristen bemühten.



1954: Das Stahlskelett des Hochhauses wird errichtet

Eine ganze Reihe von Justitiaren des Amtes biß sich nacheinander an den Entwürfen zum „Statistischen Gesetz“ die Zähne aus. War dies doch das erste Gesetz, das eine „Bundesoberbehörde“ schuf, und damit „Versuchskaninchen“ für ganz neue verfassungsrechtliche Überlegungen. Zum erstenmal in der Geschichte der deutschen Statistik sollten mit einem solchen Gesetz auch die Grundlagen des Organisations-, Verfahrens- und materiellen Rechts der amtlichen Statistik geschaffen werden. Das Statistische Reichsamt hatte sich zeitlebens vergeblich um eine solche umfassende statistische Gesetzgebung bemüht und sich von Fall zu Fall mit besonderen Gesetzen oder Verordnungen für einzelne Zweige der Reichsstatistik behelfen müssen.

Das Statistische Gesetz vom September 1953 umreißt die Aufgaben des Statistischen Bundesamtes und erweitert den Statistischen Ausschuß zum „Statistischen Beirat“. Es bestimmt, daß jede Bundesstatistik durch Gesetz oder Rechtsverordnung anzuordnen ist und wer die Kosten zu tragen hat. Es regelt Auskunft- und Geheimhaltungspflicht und die Bestrafung bei Verstößen. Alle Rechtsfragen der amtlichen Statistik finden hier — nicht in einem dickleibigen juristischen Kodex, sondern in 18 knappen Paragraphen — ihre grundsätzliche Regelung. Das Gesetz befreit in seiner Begründung den Präsidenten des Statistischen Bundesamtes in methodischen und wissenschaftlichen Fragen der Statistik ausdrücklich von der Bindung an fachliche Weisungen. Damit haben die Bemühungen des ersten Bundesamts-Präsidenten, aus dem Amt eine politisch neutrale Behörde zu machen, deren oberster Grundsatz die Objektivität ist, die am besten dem Parlament, allen Ressorts und der Öffentlichkeit dient, ihre Bestätigung gefunden.

Nach diesem Erfolg bedeutete es Dr. Fürst wenig, daß er am 6. September 1953 als Bundeswahlleiter zusammen mit einer kleinen Gruppe seiner Statistiker eine hitzige Schlacht mit viel nächtlichem Kaffeeverbrauch in Bonn zu bestehen hatte, nach deren glücklichem Ausgang der Rechnungshof zwar die Bezahlung des Kaffees genehmigte, aber die Rückzahlung der Übernachtungsgelder verlangte, da man ja nachts gearbeitet habe.

Der innere Bau des Statistischen Bundesamtes war vollendet, und die deutsche Statistik hatte auch im Ausland wieder Anerkennung gefunden.

Auf dem Gebiet der internationalen Zusammenarbeit der Statistiker hat sich seit der Vorkriegszeit viel geändert. Damals trafen sich die Fachleute im allgemeinen nur auf

#### *1. Europäische Statistikerkonferenz in Genf 1953*

*(Mitte links: Burtels, Schmidt; Mitte rechts: Fürst, Deneffe)*



den Kongressen des Internationalen Statistischen Instituts. Gemeinsame statistische Erhebungen der Regierungen bahnten sich erst allmählich im Völkerbund und Internationalen Arbeitsamt an. Nach dem Krieg ist die Zusammenarbeit der Regierungen auf vielen Gebieten sehr viel enger geworden und hat fast die Form von Staatenbünden, wenn auch mit beschränkten Aufgabengebieten, angenommen. Die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl zeigt für ihren Wirtschaftsbereich nahezu überstaatlichen Charakter. Neben der Montanunion, die sechs Länder umfaßt, steht die Organisation des Europäischen Wirtschaftsrates in Paris (OEEC) mit 14 westeuropäischen Mitgliedsländern. Über einen noch größeren europäischen Rahmen unter Einschluß der osteuropäischen Staaten verfügt die Europäische Wirtschaftskommission (ECE) in Genf, die als regionale Unterorganisation der Vereinten Nationen auf statistischem Gebiet sehr aktiv geworden ist. Das Statistische Bundesamt hat der Deutschen Vertretung in diesen Organisationen ebenso wie die Statistischen Ämter der anderen Mitgliedsnationen ständig Arbeitsunterlagen zu liefern und ist auf diese Weise eine Art europäisches Statistisches Landesamt unter vielen anderen im Rahmen der größeren Gemeinschaft geworden. Zu all den Statistischen Fachausschüssen, die im Bundesgebiet selbst vom Bundesamt einberufen werden, um mit den deutschen Ländern zusammenzuarbeiten, treten nun noch die Fachausschüsse der internationalen Behörden, in denen die Bundesrepublik Mitglied ist.

In weltweitem Rahmen arbeiten die Vereinten Nationen und ihre Sonderorganisationen, wie z. B. das Internationale Arbeitsamt (ILO), die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation (FAO), die Weltgesundheitsorganisation (WHO), die Organisation für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO), die Weltbank und der Weltwährungsfonds. Auch in all diesen Sonderorganisationen ist die Bundesrepublik Mitglied, und sie alle stellen Ansprüche an das statistische Material und nicht zuletzt an die Arbeitszeit der Statistischen Ämter aller Nationen. Die „Spitzen der Behörde“ nehmen seitdem zu den ständigen Fahrten nach Bonn auch noch die Unbequemlichkeit häufiger Fahrten nach Luxemburg und nach Genf freudig auf sich. Die Weltpolitik der Nachkriegszeit wirkt sich also auch auf die Stellung des Statistischen Bundesamtes aus, denn es ist nicht mehr nur die oberste statistische Behörde im Bund, sondern gleichzeitig auch ein dienendes Glied in kleineren oder größeren oder weltumfassenden Völkergemeinschaften geworden.

Nachdem sich so die Stellung des Amtes nach innen und außen in den letzten Jahren gefestigt hatte, fiel es leichter, darauf zu warten, bis auch der gewaltige Bau aus Stahl und Zement fertig sein würde, obwohl die zunehmende Raumnot immer mehr mit kleinen Splittergruppen besetzte Außenstellen notwendig machte (so auf der Langgasse, Friedrichstraße und im Biebricher Rheindienst) und sogar der Präsident zur Zeit des Richtfestes am 22. September 1954 aus dem Kalle-Neubau in das alte Standquartier der Statistiker auf der Wiesbadener Bahnhofstraße umziehen mußte. Wenn er dort von seinem Schreibtisch aus durchs Fenster sah, konnte er wenigstens die Fortschritte am Neubau übersehen, in den am 1. Juli 1955 bereits die ersten Amtsangehörigen einzogen, wenn sie auch noch Gefahr liefen, nach Überstunden von den wilden Hunden der Baubewachung zerrissen zu werden. Der Neubau wuchs, und wer will sagen, daß er so buchstäblich unter den Augen des Herrn nicht besonders rasch und gut gediehen sei? Selbst der stattliche neue „Lenzbau“ auf der Kurfürstenstraße, den die Zweigstelle Berlin mit ihren zahlreichen Notstandsangestellten im April 1955 beziehen durfte, sähe neben dem weitleuchtenden Hochhaus in Wiesbaden wie ein Zwerg aus.

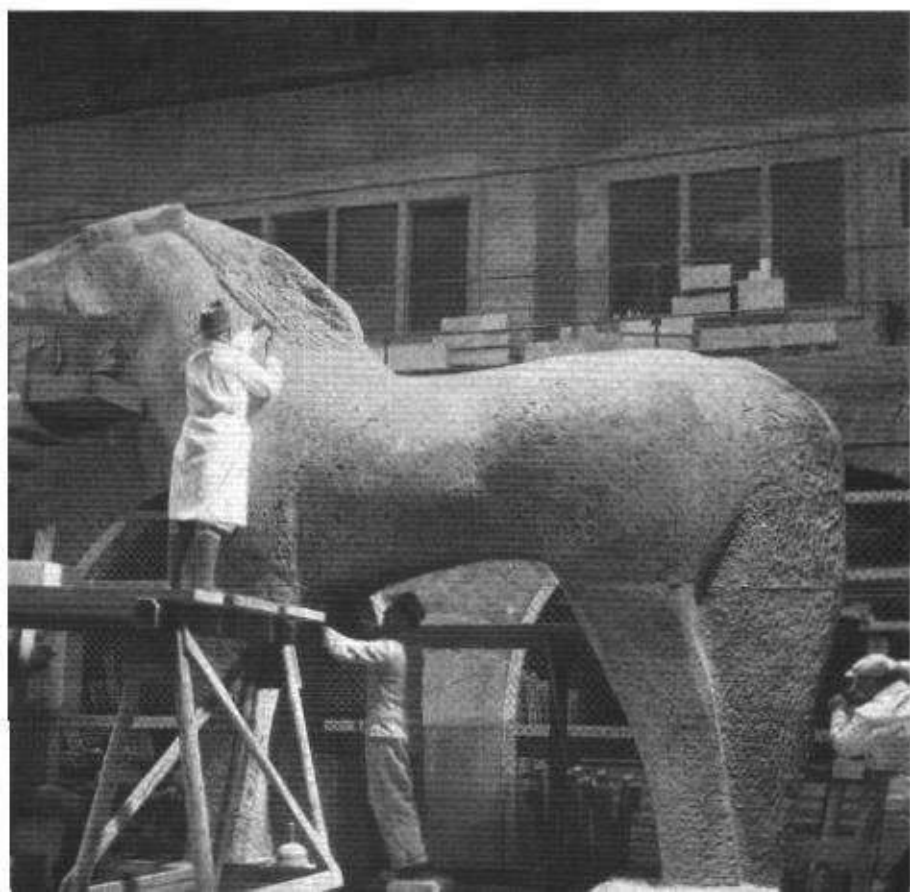
Wir hoffen alle, daß das schöne Spiel des „Kämmerchen-Vermietens“ zwischen Stadtverwaltung und Statistischem Bundesamt nun nicht mehr so oft begonnen zu werden braucht. Denn das neue Dienstgebäude des Statistischen Bundesamtes bietet in 650 Büroräumen etwa 2000 Arbeitsplätze, die ausreichen, um unseren heutigen Personal-





*Der große Speisesaal im Kasinopavillon wartet mit 600 bunten Stühlen auf den täglichen Mittagssturm*

*Richtfest  
September 1954*



*Aus schwäbischem Muschel-  
kalk wird dieses  
stolze Tier  
gemeißelt, das  
vor dem Ein-  
gang des Amtes  
seinen Platz  
finden wird*

bestand von 1436 Angestellten, 254 Beamten und 114 Arbeitern (Stellenzahl am 1. 1. 1956) unterzubringen nebst einer Anzahl zeitweiliger Aushilfskräfte.

Für den, der das Haus vom Wiesbadener Bahnhof her zum erstenmal erblickt, wirkt es beinahe wie eine Fata Morgana. Die grünen Mosaikbänder des Hauptbaues spiegeln aus der Entfernung Farbe und Stimmung des Himmels wider und beleben aus der Nähe gesehen mit ihren verschiedenen Farbtönen die Front der 1000 Fenster. Das Pferd vor dem Eingang ist nicht etwa der Amtsschimmel, der vor die Türe gestellt wurde und Pfötchen gibt, sondern ein tapferes Streitroß, das die Ohren gehorsam nach der „Stimme von oben“ spitzt. Ist es außerdem symbolisch, daß ihm die Vorderbeine gebunden sind, so daß es nicht ganz so laufen kann, wie es vielleicht möchte? Ein Kunstwerk ist auch die bunte Wand in der Eingangshalle, die der Pförtner in seinem Glashäuschen bewacht und die deshalb nicht eigenmächtig weiter verschönert werden darf. Sie lieben das Treppensteigen nicht trotz der schönen grünen Steinstufen? Bitte sehr, wir haben allein im Hauptgebäude für je 10 Personen 6 Schnellaufzüge — sie denken automatisch und trotzdem manchmal falsch — 2 Paternoster, einen Akten- und auch einen Lastenaufzug, falls es sich um gewichtigere Persönlichkeiten handelt. Zu Beginn und Schluß der Arbeitszeit könnten 2000 Personen binnen 20 Minuten befördert werden, wenn sie es wirklich so eilig haben sollten, nachdem von der Einführung einer Stechuhr in letzter Minute abgesehen wurde. Es gibt in diesem Hause keine endlos öden Flure. Ein bunter Kunststoffteppich erfreut alle, die von der Arbeits-

*Leseräume der Bibliothek*





*Der große Sitzungssaal*

last zu Boden gedrückt sind. Jedes Bürozimmer hat eine farbige Rückwand, jedes eine andere, was gut zu erkennen ist, sofern keine Schränke oder Regale davorstehen. Je höher Sie fahren, um so vornehmer wird es. Das macht der erweiterte Gesichtskreis. Im zwölften Stock sitzt der Präsident. Böse Amtszungen haben die schöne Front des neuen Hauses schon die „Bundestabelle“ genannt: in der „Vorspalte“ die Abteilungsleiter, in der „Kopfleiste“ der Präsident, und die im Erdgeschoß untergebrachte Bibliothek, das kulturelle Stiefkind jeder Verwaltung, kann sich wenigstens damit trösten, daß sie in der Spaltenspalte erscheint. Dort darf sie, nachdem sie 1948 mühselig genug mit einem einzigen Statistischen Jahrbuch angefangen hat, ihre z. Z. 35 000 Bücher und 1200 Zeitschriften aufbewahren und weiterhin emsig jedes Jahr um 3—4000 Bände vermehren, die aus aller Welt zum größten Teil im Buchtausch oder als Geschenk anderer Bibliotheken hier eintreffen. Ganz oben im Dachgeschoß befindet sich der große Sitzungssaal, an dessen Stirnwand die Kontinente der Erde in feinem Metallfiligran dargestellt sind. Es soll sich während mancher Ausschußsitzung nicht gerade empfehlen, diesen geheiligten Raum neugierig zu umkreisen.



2 Elektronenrechner im Tabelliersaal

In dem langgestreckten Seitenbau ist die Hollerithanlage mit 20 Maschinensätzen, über 200 Hollerithleuten und einem Teil ihrer Hauptkunden aus der Abteilung V untergebracht. Hier summt es den ganzen Tag, nicht nur von Maschinen, die durch geheimnisvolle Elektronenröhren in einer Stunde 27 000 Karten zählen und sortieren können, sondern auch von hübsch gekleideten Locherinnen. Ein Kasino haben wir natürlich auch, einen großen Saal, wo unter einem riesenhaften Kachelwandbild 600 Personen auf einmal futtern und simpeln können. Die Abteilungsleiter ziehen es vor, mit ihren Gästen in einem besonderen Zimmer beim Essen ungestört zu lachsimpeln — um die Amtsangehörigen nicht durch ihre Anwesenheit an die Kürze der Mittagspause zu erinnern. Auf der einen Seite des Hauptgebäudes ist ein großer Garagen-Fahrrad- und Motorradhof für die Dienstwagen und die Fahrzeuge unserer Kapitalisten. Auf der anderen Seite sollen Rosen und Gänseblümchen blühen, und vielleicht wächst dort auch mal wieder Gras, damit vorübergehend unbeschäftigte Statistiker etwas zu zählen haben.

Das Statistische Bundesamt ist sehr stolz auf sein neues Heim und allen dankbar, die ihm dazu verholfen haben, ist doch damit nach genau 80 Jahren ein Zentrum der deutschen Statistik zum erstenmal wieder sichtbare, greifbare Wirklichkeit geworden.



*Blick auf Wiesbaden*

*vom Dach des Statistischen Bundesamts*





*Foto:*

*Titelblatt, Seite 4, 11, 12, 16, 20, 27, 31,  
42, 43, 45, 47, 52, 58, 59, 60, 61, 64,  
66, 67, 68 und 69*

*Herbert Bicking, Wiesbaden*

*Seite 33, 54, 55 und 65 oben*

*Roland Fürst, Wiesbaden*

*Seite 49 dpa-Bild*

•

*Kischnetz:*

*Klausen-Clisché, Wiesbaden*

•

*Druck:*

*Carl Ritter & Co., Wiesbaden*